

# Sand im Getriebe 130



## Übergänge

<p><b>Klimagerechtigkeit!</b> Aktionen anlässlich von COP 24 <u>Rosa-Luxemburg Stiftung</u>: Gerechte Übergänge <u>Attac Frankreich</u>: Preiserhöhungen bei Kraftstoffen sind unfair und ineffizient Kein Geld mehr für Kohle, Öl und Gas</p>	3	<p><b>Widerstand gegen Aufrüsten</b> <u>Ingo Schmid</u>: Kampf um Asien <u>German Foreign Policy</u>: Armee der Europäer <u>Pascal Luig</u>: Das Ende des INF-Vertrages wäre das Ende einer internationalen Abrüstungspolitik <u>Leo Ensel</u>: Neues Wettrüsten und kein Widerstand? – Warum es so schwer ist, Druck von unten aufzubauen</p>	17
<p><b>Politische Krise in Frankreich</b> <u>Attac Frankreich</u> zur Rede E. Macrons an die Nation (10.12.2018): Nebelkerzen, um Steuerungerechtigkeit und Geschenke an die Reichen zu retten! <b>Appell: Ein Kurswechsel muss durchgesetzt werden</b> <u>DIE LINKE</u> Solidarität mit den sozialen Protesten der Gelbwesten <u>M.D.Vernhes</u>: Der Aufstand der Gelbwesten – Thesen <u>Sylvie Ducatteau</u>: Gleichheit. Lucille, Margot, Karine und die anderen, vereint im Kampf <u>Rachel Knaebel</u>: Was braucht es für eine Konvergenz zwischen Gelbwesten und Gewerkschaften? Aufruf der CGT <u>Attac Frankreich</u>: Ende der Welt und Ende des Monats, gleicher Kampf <u>Schüler/-innen Proteste</u> <u>Andreas Nölke</u>: Ende einer wunderbaren Freundschaft</p>	6	<p><b>Nicaragua</b> <u>Matthias Schindler</u>: Konstruktionsfehler in der Revolution – zur internen Entwicklung im Land <u>Georg Stein</u> zur Rolle des IWF, <u>Rudi Kurz</u> zur Rolle der USA (Nica-Act) <u>Gerd Schumann</u> zur Geschichte des Landes Christian Rollmann: „Wasser ist mehr wert als Gold“, <b>Bergbau-Proteste in Patagonien</b></p>	22
<p><b>1914 -1918</b> <b>Jean Jaurès, 25 Juli 1914:</b> Europa kämpft wie in einem Alptraum Rosa-Luxemburg-Stiftung / Winfried Wolf zur <b>November-Revolution</b></p>	14	<p><b>Großbritannien</b> <u>François Chesnais</u>: <b>Jeremy Corbyn</b>, die Wiedereroberung der Labour Party durch die Linke und ihre Aussichten auf Übernahme der Regierung <u>German Foreign Policy</u>: <b>BREXIT</b>: An die EU gefesselt <u>S. Gondro</u>: Labour-Partei: To Brexit or not To Brexit? <u>N. Deardon</u>, Global Justice Now zum Brexit-Abkommen <b>Noam Chomsky</b></p>	28 29 31 37 40

## Vorwort

„Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster.“ (Gramsci)

Übergänge – so haben wir diese Ausgabe von „Sand im Getriebe“ getitelt. *Spannungen* wäre auch ein treffender Titel gewesen angesichts der Themen, auf die wir hier unsere Scheinwerfer richten. Aber *Übergänge* zeigt besser, dass sich die Welt, wie die Älteren unter uns sie kannten, Stück für Stück aufzulösen beginnt - schleichend und manchmal gar nicht wahrgenommen. In diesem Jahr aber sind die Veränderungen, denen wir uns stellen müssen gleich in vielfacher Hinsicht massiv ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Und doch entsteht etwas Neues – chaotisch, verletzlich – .

Die Gelbwesten-Bewegungen haben die politische Krise in Frankreich offenbart, deren Ausgang nicht absehbar ist. Annick Coupé, ehemalige Sprecherin der Gewerkschaft Solidaires, jetzt Generalsekretärin von Attac Frankreich denkt, „die Gelbwesten sind sich bewusst, dass die Kämpfe der letzten Jahre an der Unnachgiebigkeit der Regierungen abgeprallt sind und dass es notwendig ist, andere Wege, andere Formen zu finden, um gehört zu werden.“

„Ein Kurswechsel muss durchgesetzt werden“ erklärt ein breites Bündnis.

Welcher Kurs? Wie? Diesen Suchprozess dokumentieren wir.

Wie kann auch endlich ein Durchbruch im Klimaschutz erreicht werden? Welche sind die *jetzt* - nicht später - wirksamen Schritte? Es besteht immer mehr Konsens: „Kein ökologischer Übergang ohne soziale Gerechtigkeit!“ (Attac FR). Und es braucht ein Bündel von Kampagnen und Aktionen, von der individuellen bis zur politischen – internationalen – Ebene, wo jeder seinen Platz findet und selber aktiv wird.

Der „Pact for the transition - From words to action“ in Kanada ist dafür ein Beispiel.

In Deutschland - „Fossil des Tages“ - ist der Kohleausstieg weiterhin mit Wucht auf die Tagesordnung zu bringen.

Spätestens seit der Kündigung des INF-Vertrages durch US-Präsident Trump zeichnet sich ein für Europa hochgefährliches neues atomares Wettrüsten ab. Warum ist dennoch keine internationale Friedensbewegung in Sicht, die diesen Namen verdienen würde?, fragt Leo Ensel.

Wenn eine „Armee der Europäer“ salonfähig werden soll, wenn die Militarisierung der Pazifik-Region (*Kampf um Asien*) vorangetrieben wird, dann sollte man die verzweifelte Mahnung von Jean Jaurès kurz vor dem Ersten Weltkrieg lesen.

Die politische Situation in Nicaragua analysiert Matthias Schindler („In der Revolution hat es einen Konstruktionsfehler gegeben“); die Einmischung der USA gießt nur Öl ins Feuer.

Abdellah Elharif zeigt auf, wie zerstörerisch die Freihandelsabkommen mit Marokko gewirkt haben und meint „nur durch den Kampf der Bevölkerungen der EU für ein Europa in ihrem Interesse und der Bevölkerungen des Südens für nationale Befreiung und Demokratie werden die Voraussetzungen für Beziehungen auf Augenhöhe geschaffen.“

„Das von Theresa May angekündigte Brexit-Abkommen enthält die schlimmsten möglichen Konsequenzen, die nach dem Referendum für uns denkbar waren“. (Nick Deardon, Global Justice Now)

Soll es ein zweites Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs (UK) in der EU geben?

Die britische Labour-Partei ist offensichtlich tief gespalten in dieser Frage.

Ein Artikel von German Foreign Policy zeigt auf, wie der BREXIT Großbritannien „an die EU fesselt.“

Eine Analyse über die Labour-Partei und die Wahlerfolge von *Corbyn* liefert nicht nur wertvolle Informationen über Großbritannien, sondern fordert heraus: Was können wir in anderen europäischen Ländern daraus lernen?



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

**Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! [www.coorditrad.attac.org](http://www.coorditrad.attac.org)**

**Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:**

**Eintragung online** (rechte Spalte!): <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

**Das Inhaltsverzeichnis aller Nummern und Sondernummern steht auch [hier](#) zur Verfügung.**

**Gedruckte Exemplare** von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (2 €). **Bestellung in Deutschland per Mail an [sig-abo@gmx.de](mailto:sig-abo@gmx.de).**  
(Nov. 2018) Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 5 €, 3 Hefte: 7 €, ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft

**Bis zur Nr. 120: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften**

**Abonnement: 17 € für 6 Ausgaben.**

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Marie-D. Vernhes

# Klimagerechtigkeit!

## Deutschland „Fossil des Tages“

Auf der UN-Klimakonferenz in Katowice ist die deutsche Klimapolitik mit dem Negativpreis "Fossil des Tages" bedacht worden, der von der Klimabewegung Climate Action Network an Klimasünder vergeben wurde. [zeit.de 07.12.2018]

Begründet wurde dies vor allem damit, dass die Bundesrepublik ihre Klimaschutzziele verfehlt; diese sahen ursprünglich eine Reduzierung der deutschen CO2-Emissionen zwischen 1990 und 2020 um 40 Prozent vor. Inzwischen ist nur noch von einer Reduzierung um 32 Prozent die Rede [tagesschau.de 03.12.2018], obwohl rechnerisch der Zusammenbruch der DDR-Industrie in den frühen 1990er Jahren klimapolitisch für die Bundesrepublik als Sondereffekt stark positiv zu Buche schlägt. Erschwerend kommt laut Climate Action Network noch hinzu, dass die Bundesrepublik sich weigert, "ehrgeizige Klimaziele bis 2030 mitzutragen", und dass sie den Kohleausstieg immer weiter verzögert. Berlin hat tatsächlich immer noch keinen Zeitplan für das Ende der Kohleverstromung festgelegt.

Wenn "Deutschland als größte europäische Volkswirtschaft" nicht handele, dann stünde "die Gesamtheit der EU-Ziele auf dem Spiel", erklärt Climate Action Network. Deshalb stehe die Bundesrepublik inzwischen in der "Schmuddelecke" - gemeinsam mit Saudi-Arabien, Kuwait, Polen und Brasilien, die ebenfalls mit dem Negativpreis bedacht wurden.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7814/>

### **Berichte über COP 24**

**Rosa-Luxemburg-Stiftung**

<http://www.climatenetwork.org/>, <http://www.caneurope.org/>  
**SiG-Artikel:** Klimagerechtigkeit / Konferenzen (2007-2018)

## Verursacher ... und Notleidende

Amjad Abdulla, Vertreter einer Verhandlungsdelegation von über 40 kleinen Inselstaaten, machte auf der Vorbereitungskonferenz zum Weltklimagipfel in Bangkok deutlich: "Uns stehen verheerende Klimafolgen bevor und einige Inseln könnten durch die steigenden Meeresspiegel für immer untergehen", so Amjad Abdulla. "Wirtschaftsstarke Staaten sind historisch gesehen für die überwiegende Mehrheit der Emissionen verantwortlich und viele haben durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe erhebliche Gewinne erzielt."

Delegierte, die einige der kleinsten und ärmsten Länder der Welt vertreten, warfen den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern vor, dass sie ihren Verpflichtungen für grüne Investitionen nicht nachgekommen seien. Aus [radio canada](#)

### **Kurz notiert:**

Kritik am **Luftverkehr** - [Heft](#) von finance and trade watch  
Am Boden bleiben! [Positionspapier](#) des weltweiten Bündnisses

**Klima und Umwelt:** mehrere Beiträge auf [kontext.tv](#)

Latin American Unions Adopt Radical Energy Agenda:  
"De-privatize, Democratize, De-commodify" (11.10.2018)  
<http://unionsforenergydemocracy.org/latin-american-unions-adopt-radical-energy-agenda/>

## Aktionen anlässlich von COP 24

### Kanada: „Pact for the transition - From words to action“

- 200 000 Kanadier haben den Pakt unterschrieben:  
<https://www.lepacte.ca/english.html>

Sie verpflichten sich, in ihrem Alltag durch eine Vielzahl von Maßnahmen zu einer Reduzierung von Treibhausgasen beizutragen. Sie sind sich auch dessen bewusst, dass solche individuelle Handlungen angesichts der Klima-Herausforderungen nicht ausreichen und dass politische Maßnahmen dringend notwendig sind und fordern also im Gegenzug die Regierungen auf, das Pariser Abkommen umzusetzen. Sie fordern auch, dass der ökologische Umbau sozial gerecht stattfindet.

### 50 000 Demonstranten in Québec am 10.11.2018, Fotos



### Deutschland am 1. Dezember:

36 000 Menschen fordern den Kohleausstieg - [Bericht](#)



### Großbritannien am 1. Dezember

Belgien am 2. Dezember: 75 000 Menschen demonstrieren in Brüssel [klimaatcoalitie.be](http://klimaatcoalitie.be)

### Frankreich:

**13. Oktober 2018:** Demonstrationen in 80 Städten in Frankreich fürs Klima (Paris: 15000 Teilnehmerinnen): [Infos](#), auch [hier](#) und [Bilderreihe](#)

### **8. Dezember – Soziale und Klimagerechtigkeit!**

[Bericht](#) von Attac (Aktionen in vielen Städten, 10 000 in Marseille, 10 000 in Lyon, 25000 in Paris) S. auch Seite 11

# Rosa-Luxemburg Stiftung

## Gerechte Übergänge («Just transition»)

Beim Thema «loss & damage» zeigt sich wie unter einem Brennglas, wie sehr die Klimakrise und die sich dadurch zuspitzenden sozialen Konflikte grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit berühren. Genauer gesagt: Die Klimakrise ist eine der zentralen globalen Gerechtigkeitskrisen. Mit den zunehmenden gesellschaftlichen Konflikten um einen Ausstieg aus den fossilen Industrien taucht die Forderung nach Gerechtigkeit jedoch auch immer stärker im Begriff der «Just Transition» auf.

Ursprünglich gemeinsam von Gewerkschaften und Aktivist\*innen für Umweltgerechtigkeit in die Diskussion gebracht, um die Spaltung von Arbeiter\*innen und vom Klimawandel betroffenen Communities zu verhindern, fordern nun neuerdings auch Regierungen und fossile Großkonzerne gerechte Übergänge. Damit droht aber die Gefahr einer Umdeutung des Konzepts «Just Transition»: Nicht mehr die schnelle und radikale

bzw. umfassende Transformation steht im Mittelpunkt, sondern die Frage um fossile Arbeitsplätze in dreckigen Industrien vor allem im globalen Norden. Die Debatte um gerechte Übergänge könnte somit vor allem den Interessen fossiler Industrien nützen. Die von der polnischen Regierung verfasste «Solidarity and Just Transition Silesia Declaration» wie auch das Ringen der «Kohlekommission» in Deutschland werden vor diesem Hintergrund zu bewerten sein.

Jedoch gilt: **«Gerechte Übergänge» kann es nur innerhalb einer umfassenden Klimagerechtigkeit geben.**

Die beinhaltet, **erstens**, den Temperaturanstieg auf maximal 1,5 Grad einzudämmen, ohne die sich soziale Ungerechtigkeit weltweit klimabedingt weiter verschärfen würde. Das bedingt die schnelle und radikale Abkehr von Kohle, Öl und Gas; dieser Punkt ist nicht verhandelbar, und kann auch nicht von Arbeitsplätzen abhängig gemacht werden.

**Zweitens** – und dafür wurde der Begriff «Just Transition» ursprünglich stark gemacht – sollen die Arbeiter\*innen in den fossilen Industrien während dieses sozial-ökologischen Umbauprozesses nicht allein gelassen werden in ihrem Bedürfnis nach Absicherung, einem sinnvollen Arbeitsplatz und sozialer Anerkennung. Es geht also um die sozial gerechte und demokratische Gestaltung dieses Prozesses selbst. Nur so kann das Ringen um «Just Transition» die Diskussion um das Verhältnis zwischen ambitioniertem Klimaschutz und fossilen Arbeitsplätzen, vor allem im globalen Norden, sinnvoll voranbringen.

Und, **drittens**, geht es bei der Diskussion um eine umfassende und gerechte Transformation auch darum, alle betroffenen Gruppen zu beteiligen, d.h. Geschlechtergerechtigkeit und die Einbeziehung vulnerabler Gruppen und indigener Communities gehört ebenfalls dazu.

Vollständiger Text [hier](#)

## Attac Frankreich

### Preiserhöhungen bei Kraftstoffen sind unfair und ineffizient, wenn es keinen echten ökologischen und sozialen Umbau gibt

**Dienstag, 13. November 2018**

Attac ist der Ansicht, dass die Klimakrise eine radikale Politik erfordert, um den ökologischen Umbau zu gewährleisten und die Treibhausgasemissionen so zu reduzieren, dass die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreicht werden. Attac ist außerdem der Ansicht, dass gegen die Zunahme der sozialen Ungleichheiten eine proaktive Politik für die Gleichheit erforderlich ist. Aber Präsident Macron tut weder das eine noch das andere.

(...) Die Ausgaben für Energie machen 14,9 % des Einkommens der ärmsten Haushalte aus und nur 5,9 % bei den reichsten, die dennoch die größten Verschmutzer sind [1]. Für die Reichen sind Preiserhöhungen schmerzlos.

Aufgrund der sozialen Segregation in den Wohngebieten haben viele Menschen mit niedrigem Einkommen keine andere Wahl, als ein Fahrzeug zu benutzen und/oder mit Heizöl zu heizen, und sind stark von steigenden Brennstoffpreisen betroffen.

Die Kraftstoffsteuer der Regierung wird als Antwort auf die Herausforderungen der globalen Erwärmung präsentiert.

Aber sie wird vor allem dazu dienen, die Haushaltslücken zu schließen: Von den geplanten 37 Milliarden Energiesteuern werden 2019 nur 7,2 Milliarden für den ökologischen Umbau bereitgestellt.

#### Ein ökologischer und sozialer Umbau, der auf mehr Steuergerechtigkeit basiert

Angesichts der immensen Herausforderungen in den Bereichen Umwelt und Gesundheit kann die Besteuerung ein Instrument zur Finanzierung des ökologischen Umbaus sein, sofern sie nicht zu Ungleichheiten führt. Die Nutzung der Besteuerung, um einen ganzen Verbrauch an fossilen Brennstoffen zu reduzieren, ist nur dann sinnvoll, wenn sie gleichzeitig die Umverteilung der Sozialausgaben zulässt. Wir müssen Investitionen in fossile Brennstoffe zurückfahren und massiv in Alternativen investieren: in öffentliche Verkehrsmittel, um nicht nur in Ballungsgebieten ihre Zahl zu erhöhen und sie billiger und sauberer zu machen, den Ausbau von Fahrradwegen, die Beendigung der Zersiedlung, die die Verkehrsprobleme und die Flächenversiegelung ver-

schärft, die Relokalisierung von Wirtschaftstätigkeiten, öffentliche Dienstleistungen und wohnortnahes Gewerbe, Maßnahmen zur Bereitstellung erschwinglicher und gut isolierter Wohnungen, die Neuausrichtung der gesamten Produktion, um den notwendigen und nachhaltigen sozialen Bedarf für die Mehrheit der Bevölkerung zu decken. (...)

(1) Ademe, 2010 – bei Kraftstoff sind es 4,6 % und 2,4 %.

Aus : [attac France](#)

<https://france.attac.org/#flux>

(Übersetzung: SiG-Redaktion)

**"Die Reichen tragen 8mal mehr zur Umweltverschmutzung bei!"**

<https://francoisruffin.fr/les-riches-polluant-8-fois-plus/> (Video, 5 Min.) )



# Kein Geld mehr für Kohle, Öl und Gas!

**Die Kohle-, Öl- und Gaskonzerne sind die reichsten und mächtigsten Unternehmen auf dem Planeten.**

Mit ihrem Geld blockieren sie jeden ernsthaften Versuch, den Klimawandel aufzuhalten. Wir wenden die öffentliche Meinung gegen Kohle, Öl und Gas und bringen unsere Institutionen dazu, entsprechende Geldanlagen abzuziehen. Daher:

- Divestment von Kohle-, Öl- und Gaskonzernen.

- Defunding neuer Kohle-, Öl- und Gasprojekte.

- Desponsoring von Museen und kulturellen Organisationen.

<https://gofossilfree.org/de/kein-geld/>

**Aufgedeckt: Diese 5 Bundesländer haben immer noch klimaschädliche Pensionstöpfe**

**(Bayern, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt)**

Investigative Journalisten von **CORRECTIV** haben es aufgedeckt:

Fünf deutsche Bundesländer finanzieren ihre Beamtenpensionen besonders klimaschädlich und stecken ihre Millionen weiter in fossile Brennstoffe. Das ist moralisch falsch und finanziell riskant.

**Die Steckbriefe der "Schmutzigen 5"**

**Erste Erfolge:** Auf Druck der Divestment-Bewegung ziehen drei Regierungen schon heute ihr Geld aus alten Energiekonzernen ab: **Berlin** >>, **Bremen** >>, **Baden-Württemberg** >>

RWE, Total, BASF und viele andere heizen mit riesigen Mengen an Treibhausgasen aus fossilen Brennstoffen das Klimachaos an. Deshalb hat Berlin sogar einen fossilfreien [Nachhaltigkeits-Aktienindex](#) erstellen lassen.

**Das beweist: Klimafreundliche Investitionen sind machbar!**

[https://gofossilfree.org/de/super\\_pages/divest-deutschland-bundesland-fuer-bundesland-mainpage/](https://gofossilfree.org/de/super_pages/divest-deutschland-bundesland-fuer-bundesland-mainpage/)

**Ausgestrahlt: Richtig abschalten! Kohle- und Atomausstieg sind kein Widerspruch / Stromwechseln! GewerkschafterInnen für Klimaschutz**  
- Positionierung zu Klimaschutz. [Jw](#)  
- [Flyer](#)

## Attac Frankreich

**Attac streicht die Fassade der Caisse des Dépôts et Consignations (CDC) neu: Die Sparbücher (LDDS) dürfen die Klimazerstörung nicht mehr finanzieren**



Am Sonntag, dem 2. Dezember 2018, dem Tag der Eröffnung der COP 24, haben 50 Attac-Aktivist:innen die Fassade der CDC in Paris auf ihre Weise neu gestaltet. Im Rahmen der von Attac Frankreich und 350.org [1] initiierten nationalen Kampagne **#PasAvecNotreArgent (Nicht mit unserem Geld)** verurteilten die Aktivist:innen den Einsatz der Ersparnisse der breiten Bevölkerung durch die CDC.

Sie haben die Glasfassade mit schwarzer Flüssigkeit gestrichen, eine schwarze Platte auf den Boden gelegt, ein Transparent mit der Aufschrift „Les petits pas ça ne suffit pas“ (Kleine Schritte sind unzureichend!) ausgerollt und Plakate geklebt, auf denen die Investitionen der CDC in für Menschen und den Planeten zerstörerische Projekte angeprangert wurden. Passend zu der Klimamobilisierung für

den 8. Dezember 2018 (#ClimateAlarm), läuteten die Aktivist:innen auch den „Klimaalarm“ mit einem Konzert mit Töpfen und Pfannen ein.

24 Millionen Menschen in Frankreich besitzen ein Sparsbuch zur nachhaltigen und solidarischen Entwicklung (LDDS). Die CDC verwahrt mindestens 60 % dieser Ersparnisse, während Privatbanken bis zu 40 % verwahren dürfen [2]. Obwohl sich die CDC kürzlich zum Abstoß der Aktien von Kohleunternehmen verpflichtet hat [3], investiert sie weiterhin in klimaschädigende Projekte, die zu unserer zunehmenden Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beitragen.

### Anmerkungen

[1] Mehr Informationen unter

<https://france.zerofossile.org/ldds/>.

Die Kampagne hat bereits mehr als 15.000 Unterstützer:innen via Onlinepetition gewonnen.

Studie über die CDC:

<https://gofossilfree.org/fr>

12 neue Projekte der CDC:

<https://france.zerofossile.org/cdc/#twelve>.

[2] [Où va l'argent du LDDS, explications en un schéma](#).

[3] Die CDC zieht ihre Investitionen in Kohle zurück, [Attac FR](#).

[Mehr](#); weitere Aktionen am 8. Dezember in [Aix-en-Provence](#), in [anderen Städten](#)

Die „Caisse des Dépôts et consignations“: „Die CDC ist unter anderem auf die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus und Förderung kommunaler Infrastruktur spezialisiert. Außerdem hält sie Beteiligungen an französischen Unternehmen, etwa La Poste, Veolia Transdev, CNP Assurance und Bpifrance.“ Siehe [Kfw](#)

Übersicht über die Geldflüsse von CDC <https://france.attac.org/IMG/pdf/tablo.pdf>

„Heute ist das Unternehmen:

- die führende Verwaltungsgesellschaft für französische Spareinlagen, Pensionsfonds und private Investmentfonds, die in Frankreich gesetzlich geschützt sind,
- Marktführer in der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus in Frankreich sowie im Bereich der Stadtentwicklung und der Verkehrsinfrastrukturen,
- langfristiger Finanzierungspartner für lokale und regionale Behörden,
- Investor in die französische Wirtschaft.

Die CDC verwaltet demnach in erster Linie Renten- und Staatsgelder, die dann im öffentlichen und privaten Bereich investiert werden.“ Siehe [wikipedia](#).

# Attac Frankreich

## zur Rede Emmanuel Macrons an die Nation (10.12.2018)

# Nebelkerzen, um Steuerungerechtigkeit und Geschenke an die Reichen zu retten!

10. Dezember 2018

Während das ganze Land mehr soziale und Steuergerechtigkeit fordert, hat sich Emmanuel Macron nach drei Wochen Schweigen endlich zu Wort gemeldet. (1) Er weigert sich allerdings, seinen Kurs zu ändern.

Mit einigen "sozialen" Maßnahmen tarnt er Sozialabbau und die Ablehnung von generellen Lohnerhöhungen. Vor allem hat er die drei wichtigen Steuergeschenke an die Superreichen bekräftigt, ebenso wie Fortsetzung seiner neoliberalen Agenda (Reform der Renten, des öffentlichen Dienstes und der Arbeitslosenversicherung) und die weitere Kürzung der öffentlichen Ausgaben zu Lasten von Verfügbarkeit und Qualität öffentlicher Dienstleistungen.

Glaubt die Regierung wirklich, dass sie aus einer großen sozialen und politischen Krise herauskommt, indem sie eine Politik noch beschleunigt, die auf breite Ablehnung im Land stößt?

### Emmanuel Macron ist nach wie vor der Präsident der Superreichen.

Er hat sich dafür entschieden, die Interessen des reichsten ein Prozent zu vertreten, indem er weder auf die Abschaffung der Vermögenssteuer, die Senkung der Exit-Steuer oder die Einführung einer Flat Tax verzichtet. Anders als behauptet, hört die Regierung nicht auf die Forderungen nach einer Steuerpolitik, die von oben nach unten umverteilt, wie sie in den letzten Wochen von der Bevölkerung erhoben werden. Er hält an dem Kurs einer zutiefst ungerechten und ineffektiven Politik fest, die zudem zu Lasten der öffentlichen Haushalte geht.

Die Ankündigung, den Mindestlohn um **100 Euro** zu erhöhen, ist reiner **Schwindel**. Weder der Mindestlohn noch die Einkommen für Geringverdiener bekommen eine zusätzliche Erhöhung. Denn schon vorher war geplant gewesen, den Beschäftigungsbonus zu erhöhen.

Also ein wunderbarer Taschenspielertrick des Präsidenten. Statt die Unternehmen zu Lohnerhöhungen zu bewegen, werden die Steuerzahler zur Kasse gebeten. Die Steuerbefreiung für Überstunden kommt übrigens vor allem Besserverdienern zugute, die überhaupt nur die Gelegenheit dazu haben.

Das bedeutet auch weniger Mittel für den Staatshaushalt und wird logischerweise zu einer weiteren Destabilisierung unseres Sozialsystems führen.

Auch die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen werden ignoriert: es wurde keinerlei Erhöhung der sozialen **Mindestversorgung** angekündigt. Die **Renten** sind noch immer nicht an die Lebenshaltungskosten gekoppelt - eine Forderung, die seit Wochen erhoben wird. **Studenten und Gymnasiasten**, die auf die Straße gegangen sind und massive Repression erleben, werden von der Regierung vollkommen ignoriert.

Macron beharrt auf einer Politik, die darin besteht, **die Unternehmensbesteuerung auf die Haushalte zu verlagern** und die Interessen multinationaler Unternehmen und ihrer Aktionäre zu schützen. Gleichzeitig stagnieren die Investitionen der französischen Unternehmen in den Klimaschutz seit mehreren Jahren und könnten 2018 sogar sinken. Die Regierung vergibt die Chance, Privatinvestitionen mit regulatorischen und fiskalischen Instrumenten auf den ökologischen Um-

bau zu orientieren und damit die Treibhausgasemissionen des Landes, die wieder gestiegen sind, zu reduzieren.

Mit seiner Weigerung, die steuerlichen und sozialen Ungerechtigkeiten im Land strukturell abzubauen, unterstreicht Macron, seine Rolle als *Präsident der Reichen*. Und das auf Kosten der Ärmsten und Schwächsten, aber auch auf Kosten des immer dringenderen ökologischen Umbaus.

Die **Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben** werden die Situation der öffentlichen Dienstleistungen und der Sozialsysteme nur noch verschlimmern. Die Fortsetzung der neoliberalen Agenda verdeutlicht die Verachtung und das Unverständnis der Regierung für die gegenwärtigen Proteste.

Darüber hinaus scheut sich Macron nicht, sich in der Migrationsfrage an die extreme Rechte anzubiedern, um so zu versuchen, die Wut auf die soziale Lage umzulenken.

Die Regierung bleibt taub gegenüber den legitimen Forderungen. **Attac Frankreich fordert seine Mitglieder und Lokalgruppen weiterhin zu Protesten auf** und in den kommenden Tagen, insbesondere am **Freitag, dem 14. Dezember**, dem Aufruf der Gewerkschaften zu folgen, und am Samstag, dem 15. Dezember, am „**5. Akt**“ der **Bewegung der Gelbwesten teilzunehmen - für mehr soziale, steuerliche und ökologische Gerechtigkeit**.

Übersetzung aus dem Französischen:  
Peter Wahl

französischer Text: [france.attac.org](http://france.attac.org)

(1) Video:

Macrons [Rede](#) am 10. Dezember 2018

### Jean Jaurès : Wessen Gewalt?

*"Die Arbeitgeber brauchen keine ungeordneten Gesten und tumultartigen Worte, um eine gewalttätige Aktion durchzuführen! Einige Männer versammeln sich hinter verschlossenen Türen, in Sicherheit, in der Vertraulichkeit eines Vorstands, und ohne Gewalt, ohne ungeordnete Gesten, ohne Schreie, wie Diplomaten, die um den grünen Tisch sitzen, beschließen sie, dass den Arbeitern ein anständiger Lohn verweigert wird; sie beschließen, dass die Arbeiter, die den Kampf fortsetzen, ausgeschlossen werden, entlassen werden, dass sie durch unmerkliche, aber den anderen Bossen bekannte Zeichen der universellen Rache der Bosse ausgeliefert werden. (...) Während der Gewaltakt des Arbeiters immer ersichtlich, klar ist, und es immer leicht ist, drauf zu hauen, entzieht sich die grundlegende und mörderische Verantwortung der großen Bosse, der großen Kapitalisten, sie verschwindet in einer Art Dunkelheit."*  
(Rede von Jean Jaurès vor der französischen Abgeordnetenkammer, 1906, Zitiert in [Là-bas](#); Übersetzung: SiG-Redaktion)

# Gemeinsamer Appell

## Soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit: Ein Kurswechsel muss durchgesetzt werden

Freitag, 7. Dezember 2018

*Auf Initiative von Attac und der Stiftung Copernic rufen Gewerkschafter/-innen, Vertreter/-innen von Vereinigungen und politischen Parteien, Forscher/-innen, Wissenschaftler/-innen und Künstler/-innen zur Teilnahme an einer friedlichen und riesigen Demonstration am 8. Dezember auf, dem Tag der internationalen Mobilisierung für Klimagerechtigkeit, in Konvergenz mit dem vierten Tag der Mobilisierung der Gelbwesten.*

*Dieser Aufruf wurde in der Zeitung Libération veröffentlicht.*

Die Bewegung der Gelbwesten bringt die gesamte Sozialpolitik der Regierung in die öffentliche Debatte. Genauer gesagt, geht es um die neoliberale Politik, die von aufeinander folgenden Regierungen seit Jahrzehnten umgesetzt wird.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit der wachsenden Schwierigkeit konfrontiert, am Monatsende über die Runden zu kommen, mit zunehmender Prekarisierung der Arbeit, Steuerungerechtigkeit, teuren Wohnungen, sich verschlechternden Lebensbedingungen. Dies betrifft insbesondere Frauen, die in dieser Bewegung sehr zahlreich vertreten sind.

Gleichzeitig war die Steuerhinterziehung noch nie so hoch und den Reichsten wurden mehrere Steuererleichterungen angeboten: Abschaffung der Vermögenssteuer, Abgeltungssteuer von 30% für Kapitaleinkünfte, die nicht mehr der progressiven Besteuerung unterliegen, Senkung der Körperschaftssteuer....

Unter diesen Bedingungen war die Erhöhung der Kraftstoffsteuer der Funke, der einen Brand entfachte.

Trotz des Versuchs der extremen Rechten, die Bewegung zu kontrollieren, zeichnet sie sich durch ihre horizontale Selbstorganisation aus und fordert eine echte Demokratie gegen eine autoritäre und arrogante Präsidentschaft.

In einer Zeit, in der die COP 24 in Polen stattfindet und der Kampf gegen die globale Erwärmung dringend ist, hebt diese Bewegung auch den Zusammenhang zwischen der sozialen Frage und den ökologischen Erfordernissen hervor: Die größten Umweltverschmutzer sind von jegli-

chen Anstrengungen ausgenommen, die Hauptursachen der globalen Erwärmung werden nicht angegangen, der Abau der lokalen öffentlichen Dienste und Einkaufsmöglichkeiten und die Zersiedlung der Städte gehen weiter, Alternativen im Bereich des öffentlichen Verkehrs werden nicht entwickelt. Das Sozialwohnungsmodell in Frankreich ist wegen seiner Kommerzialisierung zugunsten großer privater Konzerne in Gefahr.

Unter diesen Bedingungen ist es sicherlich nicht Aufgabe der Menschen mit geringem Einkommen und der Mittelschicht, den ökologischen Wandel zu bezahlen.

Die Regierungspolitik ist weder eine Antwort auf den Zorn über die soziale Schieflage noch eine auf ökologische Notwendigkeiten. Die Regierung lässt multinationale Konzerne und produktivistische Lobbys tun, was sie wollen, und stellt dabei immer ihre eigenen Interessen und die ihrer Aktionäre in den Vordergrund, zum Nachteil der Mehrheit und der Zukunft des Planeten. Tagelang stand die Regierung kompromisslos da, lehnte die geringste Geste ab und behauptete, dass sie den Kurs beibehält, obwohl eine große Mehrheit der Bevölkerung diese Bewegung unterstützte. Diese Haltung hat zu wachsender Frustration geführt, die sich in Gewalttaten entlud. Die Regierung hoffte vergeblich, sie zu nutzen, die öffentliche Unterstützung blieb stark.

Die Regierung hat gerade unter anderem das Einfrieren und dann die Aufhebung der Erhöhung der Kraftstoffsteuer angekündigt. Das ist ein erster Schritt zurück,

aber es ist zu wenig, zu spät, denn die gesamte Sozialpolitik und ihre wirtschaftlichen und ökologischen Folgen muss in Frage gestellt werden.

Jetzt, da auch junge Menschen beschlossenen haben, sich in Bewegung zu setzen, um die Bildungspolitik der Regierung zu kritisieren, muss ein Kurswechsel durchgesetzt werden.

Zunächst muss auf die Forderungen der Gewerkschaften reagiert werden, indem der Mindestlohn erhöht wird und die Obergrenze für Rentenerhöhungen auf 0,3 % zurückgenommen wird, die Vermögenssteuer wieder einführt wird und multinationale Unternehmen, darunter Total, GAFAs und Banken, die fossile Brennstoffe finanzieren, besteuert werden, um massiv in die Wärmedämmung von Gebäuden und erneuerbaren Energien zu investieren.

Deshalb unterstützen die Unterzeichner, Gewerkschafter/-innen, Vertreter/-innen von Vereinigungen und politischen Parteien, Forscher/-innen, Wissenschaftler/-innen und Künstler/-innen usw. die Forderungen der Gelbwesten-Bewegung nach steuerlicher und sozialer Gerechtigkeit. Sie rufen die Bevölkerung auf, sich für eine Politik einzusetzen, die ein besseres Leben ermöglicht, und friedlich auf der Straße zu demonstrieren, am 8. Dezember, dem Tag der internationalen Mobilisierung für Klimagerechtigkeit, in Konvergenz mit dem vierten Tag der Mobilisierung der Gelbwesten.

**Rund 300 Unterschriften – Liste [hier](#).**  
Übersetzung: SiG-Redaktion

### **DIE LINKE - Solidarität mit den sozialen Protesten der Gelbwesten in Frankreich Beschluss des Parteivorstandes vom 8. Dezember 2018**

DIE LINKE solidarisiert sich mit den sozialen Protesten der Gelbwesten in Frankreich.

Ihr Widerstand gegen den neoliberalen und autoritären Kurs des französischen Präsidenten Macron ist berechtigt.

DIE LINKE unterstützt die französischen Linken der France Insoumise und des PCF in ihrem Kampf gegen die Regierung Macrons, die allein den Interessen der Superreichen dient, an der Seite der Gelbwestenbewegung, auch um Unterwanderungsversuchen der Rassemblement National entgegenzuwirken.

DIE LINKE begrüßt die Solidarisierungen von Gewerkschaften, Schülerinnen und Schülern und Studierenden mit den sozialen Protesten und verurteilt die brutalen Repressionen gegen sie. Sie sieht in der Breite des sozialen Widerstands auch eine Ermutigung für Deutschland.

[Link](#)

# Marie-Dominique Vernhes

## Der Aufstand der Gilets Jaunes - Einige Thesen

1. Mit einem Lied beginnen: [LES GUEUX](#)  
Die Gelbwesten-Bewegungen haben die politische Krise in Frankreich offenbart, deren Ausgang nicht absehbar ist. Annick Coupé, ehemalige Sprecherin der Gewerkschaft Solidaires, jetzt Generalsekretärin von Attac Frankreich denkt, „die Gelbwesten sind sich bewusst, dass die Kämpfe der letzten Jahre an der Unnachgiebigkeit der Regierungen abgeprallt sind und dass es notwendig ist, andere Wege, andere Formen zu finden, um gehört zu werden.“ (S. 10)

"**ras le bol!**" Die Erhöhung der Steuern auf Treibstoff und Heizöl war nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat: manche Menschen in Frankreich haben schon lange "die Schnauze voll", da sie unter den vielen "Reformen" von Macrons Regierung zu leiden haben, das Geld bis zum Monatsende nicht ausreicht (S. 9), und die Unverfrorenheit der Geld- und politischen Elite zutiefst ablehnen. Macron ist der „Präsident der Reichen“, ist „Jupiter“. [Interview](#) von Gilets Jaunes mit Untertiteln auf Englisch (Video); [Stellungnahme](#) von Edouard Louis

2. **Würde.** Diese hat Macron nicht nur mit Maßnahmen verletzt, sondern auch mit seinen spitzen verachtenden Bemerkungen gegenüber „den da unten“.

3. Gelbwesten-Gruppen haben sich **weitere Ziele** als nur die Rücknahme der CO2-Steuern gesetzt, sie wollen Steuergerechtigkeit, sie wollen gut über die Runden kommen, u.v.m. (S. 9 und 10)

4. In den Medien sieht man nur die Aktionen in Paris – aber in ganz Frankreich sind Menschen **aktiv**, manche zum ersten Mal. Sie demonstrieren, besetzen nicht nur Kreisverkehr und Zahlautomaten bei den Autobahnen, sondern machen z.B. Blockaden, Camps vor großen [Betrieben](#) (Amazon, Auchan, [Monsanto](#), [Vuitton](#), ...), um den Gegensatz arm/reich, die Arbeitsbedingungen, die Vergiftung ihres Lebens anzuprangern.

Die Vielfalt kann man auf dieser Seite <https://www.frontsocialuni.fr/actu/> sehen. Oft wird hervorgehoben, dass sie bei solchen Aktionen ihre Vereinzelung überwinden und mit Freude miteinander reden (sich auch wegen unterschiedlicher Ansichten zeitweilig streiten), dass **Solidarität** auch für alltägliche Dinge entsteht.

5. Diese Bewegungen finden nach und parallel zu **vielen anderen starken sozialen Bewegungen**, auf nationaler Ebene insbesondere gegen die Zerstörung des Arbeitsrechts und die „SNCF-Reform“ als Schritt zur Privatisierung (s. Berichte in den letzten "Sand im Getriebe" SiG [128](#), [125](#), [124](#),

[122](#), [120](#), [119](#)), aber auch auf lokaler Ebene (gegen die Schließung der Post, des Krankenhauses, der Schule, ...)

**Chansons** geben davon einen Eindruck: Gilets Jaunes komponieren und [singen](#) nach der Melodie von „Bella Ciao“. / „Für deine Zukunft und für den Frieden“ [Video](#) Von Thomas Gaetan: [Macron rentre chez toi ; Ils ont 5 ans pour dégager](#) , [Si j'avais un barbouze](#) , [Monsieur le Président](#), u.a.m. **Plakate:** <https://www.infocmcgt.fr/>

6. Es gibt nicht DIE Erklärung (wie gut oder wie schlecht sie auch sein kann) DER Gilets Jaunes (z.B. [hier](#)), die Bewegung ist je nach Ort unterschiedlich und hat keine Strukturen. Und doch findet man immer wieder ähnliche Forderungen (S.9, 10).

7. Menschen mit **rechten** Positionen gibt es auch bei den Gilets Jaunes, ebenfalls Versuche der Vereinnahmung durch „Rassemblement National“ (dazu S. 10) – „Antidot“ dazu: in den vielen Treffen sich über (politische, gewerkschaftliche) Ziele und Aktionen zu verständigen (s. [Ruffin](#) am 17. November).

8. Nach anfänglichem Zögern haben die **Gewerkschaften** diejenigen Forderungen der Gelbwesten aufgegriffen, für deren Durchsetzung sie seit langem selber kämpfen und den Zusammenschluss gesucht (S. 10) [CGT](#) „Gemeinsam siegen, das ist möglich“; [Solidaires](#), [Appell](#) von Gewerkschaftsmitgliedern

9. Die rund **10 Mrd. Mehrausgaben**, die Macron unter dem Druck der Bewegungen am 10.12. angekündigt hat, sollen aus der Staatskasse finanziert werden ... Die Ausschüttung von 40 Mrd. an Unternehmen (Gegenleistung wird dabei nicht gefordert) läuft aber weiter, die Subventionen der oberen 10% auch - und die Einnahmeseite zum Beispiel mit Vermögenssteuern (= ISF), Steuern auf Unternehmensgewinne wird nicht verbessert (mehr dazu: S. 6, 7).

10. Also gehen die Proteste **nicht nur** der Gelbwesten weiter. Die Regierung setzt verschiedene Mittel dagegen ein: Zuckerbrot (einzelne Zugeständnisse, schmeichelnde Rede) und Peitsche ([Polizeieinsätze](#) mit viel Tränengas, Abschießen von Sprengkörpern (*sting-ball grenade*) und [Gummigeschossen](#); 1700 [Festnahmen](#) vor Demonstrationen; Abriegelungen, so dass manche nicht die Demonstration nicht erreichen können). Hunderte von Menschen haben in [Eilverfahren](#) eine Gefängnisstrafe (nur zum Teil auf Bewährung) von mehreren Monaten erhalten, nicht weil sie gewalttätig waren, sondern weil [angenommen](#) wurde, dass sie an gewaltsamen Aktionen teilnehmen würden.

Die Regierung kann mit Unterstützung von Medien rechnen, u.a. wird versucht, einen Keil zwischen den „Vernünftigen“ und den „Radikalen“ zu treiben.

### 11. Wie geht es weiter?

Es häufen sich die Beispiele von gemeinsamen Aktionen von (Attac)-Aktivisten, Gewerkschaftsmitgliedern, Mitglieder der schon lange engagierten Vereinigungen mit den Gelbwesten ([Kämpfe](#), die man nicht sieht).

Die in den Protesten gegen die „Reformen“ der Macron-Regierung aufgebauten lokalen und nationalen Bündnisse sind wieder sehr aktiv. Sie haben auf der Grundlage von einigen zentralen Forderungen zu einer Konvergenz mit den Gelbwesten aufgerufen (S. 7).

Die so oft beklagte Zersplitterung der linken Gruppen wurde - den ewigen Warnern am Straßenrand zum Trotz - in den letzten Wochen praktisch überwunden:

**Attac - Solidaires - Fondation Copernic - DAL - CNDF - GDS - Ensemble - Génération-s - LFI - PG - CAC - Mouvement ECOLO - DIEM25 – NPA erklären:**

„Wir unterstützen die Forderungen nach Steuer- und sozialer Gerechtigkeit, die die Gelbwesten-Bewegung erhebt. Wir rufen zu einer **Demonstration am 15.12. auf, für die Steuer- und soziale Gerechtigkeit, für eine echte Demokratie, für gleiche Rechte, für einen echten ökologischen Umbau und für die internationale Solidarität.**“ ([Attac FR](#))

Wir können den Engagierten nur wünschen, dass diese Einigung auf ein Minimalprogramm standhält und so ausgebaut wird, dass sie sich als glaubwürdige, anziehende politische Alternative entwickeln – sowohl zu Macron als auch zu Le Pen. Das wäre gleichzeitig ein Wegweiser für die Bewegungen in anderen (europäischen) Ländern.

Und hier, was tun? Ihnen den Rücken stärken durch Solidaritätsadressen ist nie überflüssig und tut ihnen in diesen so angespannten Zeiten einfach gut.

Aber es steht mehr an: Manolis Glezos erklärte auf der 1.Mai-Kundgebung des DGB 2015 in Hamburg „Wir fordern nicht, dass Ihr uns helft, wir fordern nicht Eure Solidarität! Wir fordern, dass Ihr das Gleiche tut!“ Und er fügte hinzu:

„Die Geschichte klopft an unsere Tür. Können wir sie hören oder nicht? Werden wir die Tür öffnen oder nicht?“

12. **AKTUELLE INFOS** aus Frankreich : [france.attac.org](https://france.attac.org)  
<https://www.frontsocialuni.fr/actu/>  
Die [Kämpfe](#), die man nicht sieht <https://www.bastamag.net> , <https://reporterre.net/> u.v.m.  
Aktions-Kalender in Paris <https://paris.demosphere.net/>



# Sylvie Ducatteau Gleichheit

## Lucille, Margot, Karine und die anderen, vereint im Kampf

Donnerstag, 6. Dezember 2018

Raff 63. übersetzt: Raffinerie Puy-de-Dôme. So heißt das Lager der gelben Westen von Cournon-d'Auvergne, die "widerständigen Gallier", so steht es auch auf einem Banner, in Anlehnung an einen der kurzen Sätze von Emmanuel Macron gegen diejenigen, die seine Reformen ablehnen. "Die Gallier, Vercingetorix, das kennen wir", sagt Séverine, eine Bewohnerin von Cournon, einer Stadt im Gebiet von Clermont-Ferrand, nur einen Steinwurf von der gergowischen Hochebene entfernt, wo der gallische Häuptling und die römischen Divisionen des Kaisers aufeinander trafen. Wie diese junge Verkäuferin, die seit mehreren Monaten arbeitslos ist, sprechen etwa zehn Frauen über ihr Engagement. "Vor den gelben Westen war ich noch nie zuvor aus meinem Haus rausgegangen. Niemals. Aber jetzt sagte ich mir, dass ich mit der Faust auf den Tisch schlagen musste", betont Anne, Teilzeitsekretärin. Fast alle von ihnen erleben ihr erstes Eintauchen in eine soziale Bewegung [...]

Für sie alle beginnt die Geschichte auf die gleiche Weise: eine gelbe Weste, die sichtbar auf dem Armaturenbrett ihres Autos platziert ist. Und der Wunsch, die ersten, die sich mobilisiert haben, zu unterstützen. "Mit meinem Mann beschlossen wir, kurz zum Treffpunkt zu gehen, um

zu sehen, was die Anhänger der Bewegung der gelben Westen denken und wollen. Schließlich blieben wir. Wirklich, es ist sehr cool. Wir können mit unseren Familien kommen", erklärt Séverine. [...]

Was führt sie dazu, ihr Leben auf diese Weise durcheinanderzubringen, "alles eilig zu machen, einzukaufen, zu waschen, sich um die Kinder zu kümmern" oder schwere Holzpaletten zu suchen und zu transportieren, um die nahe gelegene Raffinerie zu blockieren, wie es Nicole tat? In dieser Frage sind sie sich alle einig: Ungerechtigkeit, die jetzt unerträglich geworden ist. [...] Für sie alle unerträglich, "nicht mehr zu leben, sondern zu überleben". Alles kurz zu halten: Urlaub, Freizeit, das Vergnügen eines kleinen Restaurantbesuchs von Zeit zu Zeit. "Sich schuldig zu fühlen, wenn man sich etwas Kleines gönnt", sagt Margot. Ihre Wut ist da. Stark wegen ihrer Kinder. "Diese zukünftigen Generationen, für die wir verantwortlich sind", sagt Anne.

Ihre Empörung ist nicht neu. Es geht Jahre zurück. "Seit uns das genommen wurde, was uns erlaubte, mehr oder weniger korrekt zu leben", erinnert sich Karin. Lucille stimmt zu, zumal ihr Vermieter gerade eine Mietsteigerung von 17 Euro im Januar angekündigt hat. "Wir haben den Eindruck, dass die Kluft zwischen

Arm und Reich immer größer wird und dass die Armen immer zahlreicher werden", klagt Nicole und sie befürchtet, dass soziale Errungenschaften sich in Luft auflösen. "Es wäre notwendig, den Reichtum anders zu verteilen", schlägt sie vor. Alle stimmen zu. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (ISF) ist daher eine Voraussetzung dafür, dass sie die Besetzung aufheben können.

Das gilt auch für die Erhöhung der Löhne. Nicht 3%, wie Edouard Philippe für den Smic (Mindestlohn) vorschlägt. "Es ist nicht genug", sagte Séverine. Sie reden von 10%, nicht weniger. [...] Es überrascht nicht, dass keine von ihnen der Politik und insbesondere Emmanuel Macron gegenüber freundlich gesonnen ist, dass er als "Königlein" wahrgenommen wird, der Entscheidungen auf "geheime" Weise trifft. "Wir haben das Gefühl, dass wir nicht mehr in einer Demokratie leben", sagt Annie, die bis dahin sich nicht beteiligt hatte.

So freuen sie sich hier, wie heute Abend, wieder miteinander zu reden. "Frauen arbeiten. Sie nehmen den ihnen gebührenden Platz in der Gesellschaft ein. Es ist daher normal, dass das Gleiche für die Bewegung der gelben Westen gilt. "<https://www.humanite.fr/egalite-lucille-margot-karine-et-les-autres-unies-dans-la-lutte-664722>



„Man will einfach nur leben!“

Respektiert werden

Eine Wohnung haben

Heizen können

Eine Zukunft für unsere Kinder

Von seiner Arbeit leben

Sich anständig ernähren

Sich bewegen können

In Urlaub fahren

Gleicher Lohn für Frauen und Männer

Eine gute Gesundheitsversorgung“

F. Ruffin (La France Insoumise): Rends l'ISF

(Führ die Vermögenssteuer wieder ein!) - Rede in der französischen Nationalversammlung)

# Rachel Knaebel

## Was braucht es für eine Konvergenz zwischen Gelbwesten und Gewerkschaften?

### (Auszüge) Der Aufstand der Gelbwesten folgt einer Reihe großer sozialer Bewegungen in den letzten Jahren:

Bewegungen gegen das Arbeitsgesetz unter François Hollande im Jahr 2016, dann Nuit Debout, Aufbegehren gegen das neue Arbeitsgesetz von Macron, das Ende 2017 durch Verordnungen erlassen wurde, der lang anhaltende Streik der Eisenbahner gegen die Reform und Privatisierung der SNCF im vergangenen Frühjahr. Ganz zu schweigen von einer Vielzahl lokaler Mobilisierungen, von Postbeamten bis hin zum Pflegepersonal. Jedes Mal wurden die Reformen verabschiedet, mit sehr wenig Verhandlungsspielraum und ohne wirkliches Zuhören der Regierung (...). Diese Bewegungen wurden auf der Straße, vor Gericht und mit der Androhung von Entlassungen bei der SNCF unterdrückt. „*Offensichtlich haben es die traditionellen Gewerkschaftsbewegungen in den letzten Jahren nicht geschafft, sozialen Fortschritt zu erzielen. Eine Folge davon ist, dass die bisher gedämpfte Wut nun laut wird*“, sagt Fabrice Angéi von der CGT. „*Unter den Gelbwesten gibt es viele Rentner, prekär Beschäftigte und Arbeitslose. Unser Bereich ist vor allem die Arbeitswelt. Für uns als Gewerkschaftsorganisationen stellt sich die Frage, wie wir auch diese gesellschaftlichen Gruppen erreichen können.*“

„*Wir haben hier, mit den Gelbwesten, von Anfang an eine starke Bewegung von unten*“, sagt Annick Coupé, ehemalige Sprecherin von Solidaires, jetzt Generalsekretärin von Attac Frankreich. „*Ich denke, die Gelbwesten sind sich bewusst, dass die Kämpfe der letzten Jahre an der Unnachgiebigkeit der Regierungen abgeprallt sind und dass es notwendig ist, andere Wege, andere Formen zu finden, um gehört zu werden. Es handelt sich um eine sehr politische Bewegung: Es gibt kurzfristige Steuerforderungen, und es werden auch grundlegende soziale Fragen angesprochen, die sich auf die öffentlichen Dienstleistungen, die Verödung von Gebieten beziehen. Die Frage der realen Gleichstellung unabhängig vom Wohnort ist von grundlegender Bedeutung. Auch Lohnforderungen, Forderungen nach sozialen Mindestleistungen und Höchstlöhnen kommen auf.*“

Welche Konvergenz kann angestrebt werden? „*Verbindungen zur Gewerkschaftsbewegung, beispielsweise in Bezug auf die SNCF, können nur auf lokaler Ebene*

*aufgebaut werden. In dieser Bewegung gibt es eine Ablehnung des Gewerkschaftsapparates. Gleichzeitig, wenn einige Menschen als Aktivisten auftreten, werden sie nicht unbedingt abgelehnt.*“ Aktivisten von Attac verteilten während der Demonstration am 1. Dezember 2018 Flugblätter. „*Ich habe nicht gehört, dass sie vertrieben wurden*“, stellt Annick Coupé fest.



**Lohnerhöhungen, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (ISF), der Verzicht auf eine Beitragserhöhung für Rentner (CSG) sind gemeinsame Anliegen.** Problem: „*Diese Bewegung ist keine Organisation, es gibt keine Führungskräfte. Daher ist es komplizierter, sich zu treffen*“, sagt Fabrice Angéi von der CGT. „*Es gibt jedoch Austausch und Kontakte vor Ort. Gelbwesten rufen bei lokalen Gewerkschaften an. (...) Die Konvergenz wird auf der Basis gemeinsamer Vorschläge vonstatten gehen.*“

Was ist mit den wenigen rassistischen, homophoben oder **ausländerfeindlichen** Haltungen und Entgleisungen, die bei manchen Blockaden und bei bestimmten Gruppen von Demonstranten beobachtet wurden und die zu den Gründen für die anfängliche Vorsicht der Gewerkschaft zählten? „*Es kommt nicht in Frage, sich mit Menschen zu verbünden, die fremdenfeindliche Reden halten, gegen Menschenrechte, Migranten und für Ausgrenzung anderer sind. Ebenso wenig können wir Vorschläge der Arbeitgeber zur Abschaffung der Sozialabgaben unterstützen, denn Sozialabgaben werden bei Krankheit und Arbeitslosigkeit zu Löhnen*“, sagt Fabrice Angéi.

„*Es gibt zwar Vereinnahmungsversuche der extremen Rechten, aber wir müssen darüber erhaben sein*“, meint Annick Coupé. „*Auch bei Gewerkschaftsdemonstrationen haben wir bereits sexistische oder homophobe Slogans gehört. Das darf man nicht hinnehmen. Aber eine Revolte, ein Zorn, wird nie unbefleckt bleiben.*“

*bastamag* Übersetzung: SiG-Redaktion

**CGT-Exekutivausschuss**  
Montreuil, 20. November 2018  
([www.cgt.fr](http://www.cgt.fr)).



Arbeitnehmer, Rentner und Bürger äußern berechtigten Zorn und fordern die Mittel für ein Leben in Würde und mehr soziale Gerechtigkeit. Die CGT versteht diesen Zorn und drückt ihn seit mehreren Monaten tagtäglich und durch viele Aktionstage und Streiks aus.

Während Frankreich 2017 unter den reichsten Ländern den fünften Platz belegte, nehmen Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeit zu und bringen immer mehr Familien und Bürger in Not. Ein wachsender Teil der Bevölkerung hat es schwer, über die Runden zu kommen.

Das kann nicht mehr so weitergehen. Eine Gesellschaft, die weder denen, die durch ihre Arbeit Reichtum erzeugen, noch jungen Menschen oder Rentnern Perspektiven bietet, ist eine Gesellschaft ohne Zukunft.

Die Regierung spielt mit dem Feuer, indem sie die Forderungen abschätzig behandelt und Gewerkschaftsorganisationen ignoriert. (...) Der Spitzname „Präsident der Reichen“ ist durchaus berechtigt.

Es ist daher dringend erforderlich, den sozialen Erwartungen gerecht zu werden:

- Erhöhung des Mindestlohns auf 1800 Euro mit Auswirkungen auf alle Lohnskalen, aber auch auf Renten und soziale Mindestsicherungen;
- Übernahme der Fahrtkosten durch die Arbeitgeber;
- Mehrwertsteuer von 5,5% für die Dinge des grundlegenden Bedarfs, insbesondere Gas und Strom;
- gerechte Besteuerung der Einkommen, vor allem mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Diese Forderungen sind dringend und legitim.

Die Regierung instrumentalisiert Umweltfragen, aber es wird nichts geschehen, wenn der Zusammenhang zwischen sozialen und

ökologischen Zielen nicht berücksichtigt wird.

Wir lehnen diese neue, vom Elysée inszenierte Spaltung zwischen den Bürgern, die umweltbewusst seien, und den anderen ab. Wir weigern uns, in den Chor derer einzustimmen, die – wie die Arbeitgeber – absichtlich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in einen Topf werfen.

In dieser Zeit der Unsicherheiten, die Monster hervorbringen kann, ruft die CGT die Bürger auf, ihren Zorn nicht von denen

missbrauchen zu lassen, die fremdenfeindliche, rassistische oder homophobe Ideen ausbrüten. Nur indem wir uns alle zusammenschließen, werden wir die Politik des „Präsidenten der Reichen“ ändern können. Mit ihren Initiativen, ihrem Streben nach Bündnissen und Einheit steht die CGT im Dienste der Beschäftigten und Bürger für eine Welt des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit. Sie wird in der kommenden Zeit alle Initiativen dafür ergreifen, dass diejenigen, die Kämpfe führen, sich selbst

organisieren, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen.

Zum 1. Dezember 2018 ruft die CGT alle Bürger, Berufstätigen und Rentner auf, sich den Demonstrationen der Arbeitslosen anzuschließen, um sofortige und präzise Antworten von der Regierung und den Arbeitgebern zu verlangen.

[https://www.infocomcgt.fr/wp-content/uploads/2018/11/2018\\_11\\_27\\_InfoComCGT\\_Affiche\\_TousEnsemble\\_BD.pdf](https://www.infocomcgt.fr/wp-content/uploads/2018/11/2018_11_27_InfoComCGT_Affiche_TousEnsemble_BD.pdf)  
Übersetzung: SiG-Redaktion

## Attac Frankreich Für gerechte Steuer-, Sozial- und Klimapolitik

### Alle am 8. Dezember 2018 auf die Straße!

(4.12.2018) Seit einigen Wochen wird im ganzen Land durch die Bewegung der „Gelbwesten“ das Gefühl tiefer Ungerechtigkeit ausgedrückt. Zugleich sind die dramatischen Folgen des Klimawandels bereits eingetreten, und die schwächsten Bevölkerungsgruppen sind die ersten Opfer, sowohl im Norden als auch im Süden. In dieser Situation wird die COP 24 in Polen eröffnet.

Emmanuel Macron und seine Regierung reagieren weder auf den sozialen Unmut noch auf die Klimakatastrophe. Seit einem Jahr verschlechtert er die Situation der Ärmsten und vermehrt er die Steuererleichterungen für die Reichsten. Frankreich ist nicht in der Lage, die bereits unzureichenden Verpflichtungen zu erfüllen, die es auf der COP 2015 in Paris eingegangen ist, und seine Treibhausgasemissionen nehmen zu. Die Regierung erlaubt multinationalen Konzernen und produktivistischen Lobbyisten nach Belieben zu handeln, indem sie deren Interessen (und die ihrer Aktionäre) zu Lasten der Mehrheit und der Zukunft des Planeten zunehmend bevorzugt.

Attac ist der Meinung, dass diese sozial und ökologisch ungerechte Politik mit der gleichen Entschlossenheit bekämpft werden muss. Attac hat alternative Lösungen entwickelt, um die Dominanz der Finanzunternehmen zu beenden und sicherzustellen, dass Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen.

Angesichts der Unnachgiebigkeit von Macron, der sich weigert, seine Politik zu ändern, fordert Attac seine Anhänger, Mitglieder und lokalen Gruppen auf, die laufenden Mobilisierungen zu verstärken, ihre Analysen und Vorschläge bekannt zu machen und am 8. Dezember 2018, dem Tag der internationalen Mobilisierung für Klimagerechtigkeit und dem vierten Tag der Mobilisierung der „Gelbwesten“, in großer Zahl auf der Straße zu sein. – [Gesamter Text](#), auf Deutsch in der Werkstatt für SiG 129

### Ende der Welt und Ende des Monats, gleicher Kampf

#### Samstag, 8. Dezember 2018

Hunderttausende von Menschen haben an diesem Samstag in ganz Frankreich demonstriert, um ihren gemeinsamen Zorn gegen Steuerungerechtigkeit, soziale Ungerechtigkeit und ökologische Ungerechtigkeit zum Ausdruck zu bringen. Dieser Zorn richtet sich auch gegen die Taubheit einer Regierung, die nicht in der Lage ist, auf die Zerstörung der Umwelt und die Geldnöte am Ende des Monats einzugehen, sondern beides gegeneinander ausspielt.

Die Gelbwesten zeigten den Weg: Die Konfrontation und Hartnäckigkeit der Bürgermobilisierung veranlasste die Exekutive, unfaire und ineffektive Maßnahmen aufzugeben. Um einen Kurswechsel zu erreichen, müssen wir nachsetzen, alle zusammen!

Aurélie Trouvé, Sprecherin von Attac France: „Wir sind erfreut, dass in so vielen Städten und Dörfern Gelbe Westen, Grüne Westen und Leute ohne Westen gemeinsam ihre Entschlossenheit gegen eine Regierung bekundet haben, die unfähig ist auf die Wut über Ungerechtigkeit und auf die ökologischen Notwendigkeiten einzugehen. Das gemeinsame Handeln heute ist eine bedeutende politische Tatsache und muss dazu führen, dass Emmanuel Macron seinen Kurs wechselt.“

„Trotz der Einschüchterungen und Aufforderungen, nicht zu demonstrieren, die völlig ungerechtfertigt sind, wird die Bürgerbewegung für Klimagerechtigkeit nicht von der Landkarte verschwinden“, sagt Maxime Combes, Attac-Sprecher für Klimafragen. Im Gegenteil, sie hat ihre Bereitschaft gezeigt, auf der Straße zu bleiben gegen eine neoliberale und produktivistische Politik, die uns gegen die Wand fährt. Emmanuel Macrons unfaire und ineffiziente marktkonforme Ökologie wird abgelehnt. Den Kurs nicht zu ändern, wäre töricht: Eine Politik gegen das "Ende der Welt" würde das "Ende des Monats" der meisten Menschen



verbessern".

Raphael Pradeau, Sprecher von Attac einert daran, dass "der ökologische Übergang nicht zu Lasten der ökonomisch schwächsten Haushalte gehen darf:

Kein Übergang ohne soziale Gerechtigkeit hieß es wieder während der vielen Aktionen ziviler Ungehorsam, die am Samstag, den 8. Dezember in mehreren französischen Städten organisiert wurden. Sie fordern, dass Privatbanken und die Caisse des dépôts et consignations endlich ihre Investitionen in fossile Energien zurückziehen und den ökologischen Übergang finanzieren. Geld für soziale und ökologische Gerechtigkeit gibt es."

Attac France wird seine Bemühungen um die Wiederherstellung der Vermögenssteuer, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und eine echte Politik gegen Steuerhinterziehung fortsetzen, um Steuerungerechtigkeiten zu beseitigen.

Die Erhöhung des Mindestlohns, der Renten und der sozialen Minima sowie gleicher Lohn für Männer und Frauen müssen unverzüglich beschlossen werden, um soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Schließlich sind die Besteuerung von industriellen Umweltverschmutzern, die bisher weitgehend von der Steuer befreit waren, die Verringerung der Investitionen in fossile Brennstoffe und die Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen, des Verkehrs und der lokalen Wirtschaftstätigkeit die Mittel, um auf ökologische Ungerechtigkeit zu reagieren.

Quelle: [www.france.attac.org](http://www.france.attac.org)

Übersetzung: SiG-Redaktion

Fotos und Videos der Märsche für das Klima : [attac FR](http://attac.fr)

## Frankreich: Auch Schüler/-innen und Studierende protestieren

Die unterzeichnenden Gewerkschaftsorganisationen der nationalen Bildungseinrichtungen und der Hochschulbildung und Forschung fordern:

- die allgemeine Erhöhung der Gehälter
- die Verteidigung der öffentlichen Dienste
- die Aufhebung des Parcoursup-Systems (1) und des ORE-Gesetzes (2)
- die Aufhebung der Reformen der Oberstufe
- die Aufhebung der Erhöhung der Anmeldegebühren für Nicht-EU-Ausländer (3)

Die soziale Revolte im Land wächst gegen die unsoziale Politik der Macron-Regierung. Die Gymnasiasten mobilisieren sich und fordern die Aufhebung des Parcoursup und der Blanquer-Reformen (Abitur, Gymnasium, Berufsausbildung und Lehrerausbildung).

Wir fordern, dass die Regierung die beispiellose Repression gegen Gymnasiasten (Demütigung, Verstümmelung usw.) unverzüglich einstellt und die polizeilichen Maßnahmen in der Nähe der Schulen aufhebt (4).

### Streiken wir alle am Freitag, den 14. Dezember!

CNT-FTE, FERC-CGT, FNEC-FP-FO, SNEP-FSU, SNES-FSU, SNESUP-FSU, SUD-Education, SUD-Recherche-EPST, SUNDEP-Solidaires, Solidaires Etudiant-es, UNEF, UNL, UNL-SD  
<https://paris.demosphere.net/files/docs/cd95606519c88d6.pdf>

(1) System Parcoursup (Abkürzung für »Laufbahn im höheren Bildungswesen«) = Einschränkung des Zugangs zu Hochschulen nach dem Abitur, 2018 eingeführt.

(2) das "Gesetz für Orientierung und Erfolg der Studenten" (ORE) = Neuordnung der Studienplatzvergabe



(3) Die Einschreibegebühren für Studierende aus dem Ausland (Ausnahme: EU) werden von bislang knapp unter 200 Euro auf künftig über 2700 Euro jährlich erhöht.

(4) „Dieser Protest, dem sich auch Studierende anschlossen, führte zu heftigen polizeilichen Reaktionen (...) Über 700 Oberschüler wurden allein am 6.12. festgenommen. An mehreren Orten, in Pariser Banlieues, aber auch etwa im Raum Grenoble, wurden protestierende Schüler mit Hartgummigeschossen am Kopf oder im Gesicht verletzt.

Insbesondere aber sorgte ein [Video](#) für Aufsehen, das 148 Festgenommene von einer Schule in der rund 35 Kilometer westlich von Paris gelegenen Trabantenstadt Mantes-la-Jolie zeigt. (ND, 8.12.2018) Dazu [Erklärung](#) von SUD EDUC Solidaires

Foto: [paris.demosphere.net](https://paris.demosphere.net)

Studenten von Nanterre: <https://www.frontsocialuni.fr/unef-nanterre/>

## Andreas Nölke

# Ende einer wunderbaren Freundschaft

*Warum die linke Begeisterung für Macron nie gerechtfertigt war.*

20.11.2018

Groß war 2017 die Begeisterung der deutschen Sozialdemokratie für den französischen Präsidentschaftskandidaten Macron. Geradezu romantische Züge trug die Zuneigung für den Politiker, der zuvor Teil der Regierung des sozialistischen Präsidenten Hollande war. Insbesondere Sigmar Gabriel und Martin Schulz machten aus ihrer Freude über das gute Abschneiden Macrons bei der nachfolgenden französischen Parlamentswahl kein Geheimnis.

Inzwischen ist große Ernüchterung eingetreten. Man muss sogar von Trennung sprechen. Präsident Macron hat sich entschieden, zur Europawahl 2019 mit Christian Lindners FDP im wirtschaftsliberalen Parteienbündnis ALDE anzutreten und damit gegen die Sozialdemokratie und ihre S&D-Fraktion. Wie konnte es dazu kommen? Hat man sich im Alltag auseinandergeliebt? Oder war alles von

vornherein ein großes Missverständnis? Eindeutig wohl letzteres. Die Politik, für die Macron als Präsident steht, hat mit Sozialdemokratie wenig zu tun, aber viel mit wirtschaftlichem Liberalismus.

Die französischen Gewerkschaften wussten bereits zuvor, was ihnen mit Präsident Macron droht. Die inzwischen verabschiedete Arbeitsmarktreform, sein erstes Prestigeprojekt, erleichtert Entlassungen, deckelt Abfindungen und stärkt die Rolle der Arbeitgeber bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen. In der Steuerpolitik gilt Macron inzwischen den meisten Franzosen als ein „Präsident für die Reichen“, nachdem er Ende 2017 die Unternehmenssteuern deutlich gesenkt und die Vermögenssteuer weitgehend abgeschafft hat. Die Renten wurden hingegen gekürzt, durch eine Anhebung der Sozialsteuer – und dagegen protestierende Rentner von Macron geschmäht.

Auch der monarchistische Politikstil des neugewählten Präsidenten („président jupitérien“) hat mit der klassischen Zurückhaltung sozialdemokratischer Spitzenrepräsentanten – mit Ausnahme des Brioni-Kanzlers Gerhard Schröder – wenig zu tun, selbst vor der Affäre mit seinem prügelnden Leibwächter. Die Tendenz zur Selbstinszenierung und zum Genuss der präsidialen Privilegien hat jedenfalls Macrons Popularität in breiten Schichten der französischen Gesellschaft drastisch reduziert, selbst bei jenen, die noch nicht unter seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik leiden. Makroökonomisch positive Effekte zeigen Macrons Rezepte bisher jedenfalls nicht. Im Gegenteil, die Regierung musste jüngst ihre Wachstumsprognose für 2018 deutlich reduzieren. Insbesondere der Niedergang der französischen Industrie setzt sich ungebremst fort, das Handelsbilanzdefizit weitet sich aus.

Jüngst sieht sich Macron auch noch einer breiten Volksbewegung gegen seine Steuerpolitik ausgesetzt. Am 17. November haben mehr als 2000 Demonstrationen in ganz Frankreich den Verkehr zum Erliegen gebracht, mit hunderten Verletzten und einem Todesopfer. Anlass der weder von Parteien, noch von Gewerkschaften organisierten Proteste ist die Erhöhung der neu eingeführten Benzinsteuern, die Pendler und Bewohner des ländlichen Raus angesichts eines ausgedünnten öffentlichen Regionalverkehrs empfindlich trifft. Die Umfragewerte des Präsidenten sind jedenfalls auf einem Rekordtief, selbst im Vergleich zu seinem unpopulären Vorgänger Hollande. Inzwischen liegt Macrons Partei bei den Prognosen für die Europawahl sogar hinter le Pens Rassemblement National. Frankreichs Bevölkerung kennt inzwischen Macrons Politik und lässt sich – im Gegensatz zu Deutschlands Leitmedien – nicht mehr vom Faible des Präsidenten für schöne Bilder, salbungsvolle Worte und feierliche Inszenierungen becirren.

Liebe macht bekanntlich blind. Da kann man vielleicht über die eine oder andere Verfehlung gegen die Sozialdemokratie mal hinwegsehen. Aber inzwischen kommt doch so einiges zusammen. Es ist auch nicht so, dass Emmanuel Macron als Präsident ganz plötzlich auf einen liberalen Kurs geschwenkt ist. Seine Positionierung hatte sich schon früh angekündigt, zumal er bereits 2009 aus der Parti socialiste (PS) ausgetreten war und als Hollandes Wirtschaftsminister einen strikt marktliberalen Kurs verfolgt hatte, der in der PS sehr umstritten war. Die autokratische Führung seiner LREM-Partei unterscheidet sich auch merklich von dem, was die SPD an innerparteilicher Demokratie gewohnt ist.

Aber die Europapolitik Macrons, die sei doch sozialdemokratisch, wird mancher Verehrer einwenden, der seine Hoffnung trotz allem noch nicht begraben will. Nun ja, bei näherem Hinsehen zeigt der französische Präsident auch hier sein wenig attraktives Gesicht.

Zwei Initiativen stehen bisher im Vordergrund von Macrons großen EU-Plänen, die Verteidigungspolitik und die fiskalische Vertiefung der Eurozone.

Kern der verteidigungspolitischen Vorschläge ist die Schaffung einer europäischen Interventions-Armee (EI2), mit ei-

nem besonderen Fokus auf Interventionen außerhalb der Europäischen Union, implizit insbesondere im französischsprachigen Afrika. Angestrebt wird eine Entlastung der hier stark geforderten französischen Armee. Selbst wenn man eine solche spätkoloniale Machtprojektion begrüßen sollte – obwohl sie nicht gerade zum Traditionsbestand sozialdemokratischer Außenpolitik gehört – bleiben zumindest massive Zweifel an ihrer Wirksamkeit, wie aktuell etwa in Mali. Zudem ist kaum vorstellbar, dass sich die Sozialdemokratie hier vom Modell der Parlamentsarmee Bundeswehr abkehrt und sich dem französischen Modell einer Präsidentenarmee hinwendet.

Im Mittelpunkt von Macrons Vorschlägen zur Vertiefung der Eurozone steht die Schaffung eines gemeinsamen Budgets für die Eurozone sowie die Schaffung eines europäischen Finanzministers zur Überwachung der nationalen Haushalte. Nun gibt es in der deutschen Sozialdemokratie durchaus berechtigte Zweifel daran, dass eine stärkere Prägung durch die konstitutionell dem wirtschaftlichen Liberalismus verpflichtete Europäische Union zu einer Vertiefung sozialdemokratischer Elemente in der Wirtschaftspolitik führen wird. Fraglich ist auch, ob es für eine Partei wie die SPD klug ist, sich für eine solche europäische Transferunion zu verkämpfen.

Zum einen werden sich die Grünen in der Großzügigkeit der solidarischen Geste kaum überbieten lassen, so dass für die SPD bei den europabegeisterten Bürgerinnen und Bürgern aus der akademischen Mittel- und Oberschicht kein Blumentopf zu gewinnen ist.

Und jene wenig europabegeisterten Bürger aus der unteren Mittelschicht und der Unterschicht, die schon seit längerem den Eindruck haben, dass die SPD ihre eigenen Interessen vernachlässigt und ihr folglich an der Wahlurne die Gefolgschaft verweigern, werden sich von einer solchen Profilierung in ihrer Entscheidung weiter bestätigt sehen.

Auch wenn derzeit noch nicht klar ist, welche der konkurrierenden Vorschläge für eine fiskalische Unterstützung der Eurozone wirklich realisiert werden könnte, ist zudem schon absehbar, dass deren Volumen – Frankreichs Wirtschaftsminister spricht von 20 bis 25 Milliarden Euro als Volumen eines Eurozonenhaushalts – keinesfalls ausreichen wird, um makroökono-

nomisch in einer Krise wirklich einen Unterschied zu machen. Aber das ist auch nicht die Funktion dieser Initiativen. Es geht darum, Regierungen wie jenen Macrons europapolitisch ein Erfolgserlebnis zu verschaffen, damit sie ihre unpopuläre Angebotspolitik innenpolitisch leichter durchsetzen können, also um ein symbolisches Trostpflaster für die Intensivierung der wirtschaftlichen Liberalisierung.

Selbst wenn man trotzdem die Vertiefung einer europäischen Transferunion begrüßen mag, sollte man sich über deren Kehrseite keine Illusionen machen. Nicht zuletzt die Geschichte sämtlicher Maßnahmen zur Eurorettung zeigt, dass mit jedem fiskalischen Engagement der Geberstaaten gleichzeitig eine Intensivierung der politischen Disziplinierung der (potentiellen) Nehmerstaaten verbunden ist. Und die fällt umso schärfer aus, je größer die jeweilige Unterstützungsmaßnahme angelegt ist.

Jene Sozialdemokraten, die davon ausgehen, dass man die Einführung eines substantiellen Eurozonen-Haushalts ohne Verknüpfung mit angebotsseitigen Zwangsmaßnahmen aushandeln kann, leiden unter Illusionen. Die „Nordallianz“ aus acht EU-Mitgliedsstaaten hat ja bereits deutlich gemacht, dass sie entsprechenden Initiativen ablehnend gegenüber steht. Ihr Widerstand wird sich allenfalls besänftigen lassen, wenn zusätzliche Mittel mit starken Eingriffsrechten verbunden werden.

In der derzeitigen politischen Situation wäre eine Umsetzung der Macron-Vorschläge daher in erster Linie ein Förderprogramm für rechtspopulistische Parteien, die in den Geberländern gegen fiskalische Risiken und in den Nehmerländern gegen europäische Auflagen mobilisieren könnten.

Eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit ist ohne Zweifel wichtig für die weitere Entwicklung der Europäischen Union. Aber dabei sollte es eher um einen nüchternen Interessenausgleich gehen – und um eine soziale, keine wirtschaftsliberale Ausrichtung.

Verglichen mit Marine le Pen war ein Präsident Macron sicher vorzuziehen. Aber seine romantische Verklärung als Lichtgestalt der Sozialdemokratie war zu keinem Zeitpunkt gerechtfertigt.

Diese Liebesbeziehung ist am Ende.

# Jean Jaurès, 25. Juli 1914

## Europa kämpft wie in einem Alptraum

Auszüge aus der letzten Rede von Jean Jaurès (3. September 1859 – 31. Juli 1914),  
Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, Mitgründer der Französischen Sozialistischen Partei,  
Gründer der Zeitung „L'Humanité“.  
Er wurde am 31. Juli 1914 in Paris ermordet.



Lyon-Vaise, 25. Juli 1914

Mitbürger,

heute Abend möchte ich Ihnen sagen, dass wir in Europa seit vierzig Jahren noch nie in einer bedrohlicheren und tragischeren Lage waren als jetzt in der Stunde, in der ich die Verantwortung habe mich an Sie zu wenden. Ich will nicht alles in noch dunkleren Farben malen, ich will nicht sagen, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien, von dem wir vor einer halben Stunde erfahren haben, notwendigerweise bedeutet, dass ein Krieg zwischen Österreich und Serbien ausbrechen wird, und ich sage nicht, dass der Konflikt, wenn der Krieg zwischen Serbien und Österreich ausbricht, sich notwendigerweise auf den Rest Europas ausweiten wird, aber ich sage, dass die Aussichten für uns, für den Frieden, für das menschliche Leben heute die aller schrecklichsten sind, und die Proletarier Europas müssen dagegen die Anstrengungen der höchsten Solidarität unternehmen, zu denen sie in der Lage sind.

(...) Heute stehen wir vielleicht am Vorabend des Tages, an dem Österreich gegen die Serben losschlägt, worauf hin Österreich und Deutschland gegen die Serben und Russen losschlagen, dann aber ist Europa in Brand, dann ist die Welt in Brand.

In einer so ernstesten Stunde, die voller Gefahren für uns alle, für alle Länder ist, möchte ich mich nicht damit aufhalten, lange nach den Verantwortlichkeiten zu

suchen. Frankreich hat seine eigenen, und ich bekenne vor der Geschichte, dass wir sie vorhergesehen, dass wir sie angekündigt hatten; als wir gesagt hatten, dass ein Eindringen in Marokko mit Gewalt, mit Waffengewalt bedeuten würde, die Ära der Ambitionen, Begehrlichkeiten und Konflikte zu eröffnen, wurden wir als schlechte Franzosen angeprangert, aber wir waren es, die sich um Frankreich Sorgen machten.

Das ist leider unser Teil der Verantwortung, und sie zeichnet sich noch klarer ab, wenn Sie sich bewusst machen, dass die Bosnien-Herzegowina-Frage der Anlass für den Konflikt zwischen Österreich und Serbien ist, und dass wir Franzosen, als Österreich Bosnien-Herzegowina annektierte, kein Recht und keine Mittel hatten, Österreich auch nur die geringsten Vorhaltungen zu machen, weil wir in Marokko eingedrungen waren und wir nun uns unsere eigenen Sünde vergeben lassen mussten, indem wir die Sünden anderer vergaben. Und damals sagte unser Außenminister zu Österreich:

*"Wir lassen euch Bosnien-Herzegowina, vorausgesetzt, ihr lasst uns Marokko" (...) und wir sagten zu Italien. "Du kannst nach Tripolitanien gehen, da ich in Marokko bin, Du kannst am anderen Ende der Straße stehlen, da ich weiter entfernt gestohlen habe."*

Jedes Volk erscheint auf den Straßen Europas mit seiner kleinen Fackel in der Hand, und plötzlich brennt es. Nun, Mitbürger, wir haben unseren Teil der Verantwortung, aber sie verbirgt nicht die Verantwortung der anderen, und wir haben das Recht und die Pflicht, einerseits die Hinterhältigkeit und Brutalität der deutschen Diplomatie anzuprangern aber andererseits auch die Doppelzüngigkeit der russischen Diplomatie. (...)

Bei dem Treffen, das der russische Außenminister mit dem österreichischen Außenminister hatte, sagte Russland zu Österreich: *"Ich werde Ihnen erlauben, Bosnien-Herzegowina zu annektieren unter der Bedingung, dass Sie mir erlauben, einen Zugang am Schwarzen Meer in der*

*Nähe von Konstantinopel einzurichten."* Herr d'Ærenthal machte ein Zeichen, das Russland als Ja interpretierte, und Russland erlaubte Österreich, Bosnien-Herzegowina zu annektieren. Als Österreich dann Bosnien-Herzegowina in die Taschen gesteckt hatte, sagte Russland zu Österreich: *"Jetzt bin ich an der Reihe für das Schwarze Meer."* *"Was? Was soll ich Ihnen gesagt haben? Überhaupt nichts!"*, und seitdem gibt es ein Zerwürfnis zwischen Russland und Österreich (...), aber Russland hat Österreich geholfen, die Slawen Bosnien-Herzegowinas an Österreich-Ungarn auszuliefern und die Slawen Serbiens im tiefsten Herzen zu verletzen. Das ist es, was Russland auf den Bahnen festhält, auf denen es sich jetzt befindet.

Wenn Österreich seit den dreißig Jahren, seit denen es Bosnien-Herzegowina verwaltet, diesen Völkern Gutes getan hätte, gäbe es heute keine Schwierigkeiten in Europa; aber das klerikale Österreich tyrannisierte Bosnien-Herzegowina, wollte es gewaltsam zum Katholizismus bekehren; durch die Glaubensverfolgung entfachte sie die Unzufriedenheit dieser Völker.

Die Kolonialpolitik Frankreichs, die hinterhältige Politik Russlands und der brutale Wille Österreichs haben dazu beigetragen, den schrecklichen Zustand zu schaffen, in dem wir uns befinden. Europa kämpft wie in einem Alptraum.

Nun! Mitbürger, (...) ich hoffe trotz allem immer noch, dass sich die Regierungen wegen des gewaltigen Ausmaßes der drohenden Katastrophe in letzter Minute zusammenreißen werden, und dass wir nicht vor Schrecken zittern müssen, wenn wir an die Katastrophe denken, die ein europäischer Krieg heute für die Menschen verursachen würde. (...) Stellen Sie sich die Katastrophe für Europa vor: Es wäre nicht mehr, wie auf dem Balkan, eine Armee von dreihunderttausend Mann, sondern vier, fünf und sechs Armeen von zwei Millionen Mann. Was für ein Massaker, was für Ruinen, was für eine Barbarei! Und deshalb möchte ich

jetzt, wo die Sturmwolken bereits auf uns zukommen, immer noch hoffen, dass das Verbrechen nicht begangen wird.

Mitbürger, wenn der Sturm ausbricht, müssen wir alle, müssen wir Sozialisten, uns so schnell wie möglich vor dem Verbrechen retten, das die Politiker dann begangen haben werden, und in der Zwischenzeit, wenn uns noch etwas zu tun bleibt, wenn wir noch ein paar Stunden Zeit haben, werden wir unsere Anstrengungen verstärken um die Katastrophe zu verhindern. Schon äußern sich unsere sozialistischen Kameraden in Deutschland im *Vorwärts* voller Empörung über die Note Österreichs, und ich glaube, dass unser Büro der Sozialistischen Internationale einberufen wurde.

Auf jeden Fall, Mitbürger, und ich sage das voller Verzweiflung, jetzt da wir bedroht sind von Mord und Barbarei, gibt es nur noch eine Chance auf die Aufrechterhaltung von Frieden und auf die Rettung der Zivilisation: das Proletariat muss alle seine Kräfte versammeln, zu denen eine große Zahl von Brüdern, Franzosen, Engländern, Deutschen, Italienern, Russen gehört, und wir müssen diese Tausende von Männern bitten, sich zu vereinen, damit der einstimmige Schlag ihrer Herzen den schrecklichen Alptraum abwendet. (...)

Es ist unsere Pflicht, es ist Eure Pflicht, nicht eine einzige Gelegenheit zu verpassen, um zu zeigen, dass Sie zu dieser internationalen sozialistischen Partei gehö-

ren, die in dieser stürmischen Zeit allein die Aussicht auf möglichen Frieden oder die Wiederherstellung des Friedens verkörpert.

<http://alainramos.canalblog.com/archives/2013/07/31/27753842.html>

Übersetzung: Jürgen Janz

**Warum haben sie Jaurès getötet? - Deutschlandfunk-Kultur**

Jacques Brel, 1977

[Pourquoi ont-ils tué Jaurès](#)

**Antikriegs-Lied : Chanson de Craonne, 1917 [Video](#) - [Übersetzung](#)**  
„ Und wenn ihr Krieg wollt, bezahlt dafür mit eurer Haut!“

## Rosa-Luxemburg-Stiftung November-Revolution - Emanzipation und Enttäuschung

Das Land in der Mitte Europas tut sich schwer mit seinen revolutionären Traditionen. Zweifellos gehören sie nicht unbedingt zum Kern dessen, was bisweilen als «nationale Identität» bezeichnet wird. Und mehr noch: Vielfach gibt es nicht einmal ein breit verankertes Wissen über die revolutionäre Geschichte. Deshalb konnte vor einigen Jahren ein Sammelband zu den Ereignissen im November 1918 durchaus treffend mit «Die vergessene Revolution» übertitelt werden. Sind die Deutschen also kein Volk von Revolutionär\_innen? Oder zumindest keines, das sich stolz auf seine emanzipatorischen Traditionen besinnt? Stimmt am Ende vielleicht sogar, was Lenin angeblich über die Deutschen zu sagen wusste – dass sie sich, bevor sie einen Bahnhof stürmen, erst eine Bahnsteigkarte kaufen?

Begibt man sich auf Spurensuche in der deutschen Geschichte, wird dagegen klar: **Deutschland ist reich an rebellischen Traditionen**, an Kämpfen um Gleichberechtigung, um Anerkennung, um demokratischen und sozialen Fortschritt. Dazu zählen die Aufstände der Bauern im 16. Jahrhundert, deren wichtigste Programmschrift, die Zwölf Artikel, neben demokratischen auch wirtschaftliche und soziale Elemente enthielt. Außerdem ist hier die Revolution von 1848 zu nennen, in der es um konstitutionelle Reformen ging, aber ebenso um soziale Forderungen. Ein Höhepunkt dieser langen Reihe von Auseinandersetzungen war die Revolution nach dem Ersten Weltkrieg. Millionen Menschen engagierten sich für ihre Ziele und waren bereit, ein altes, morsches System durch ein neues zu ersetzen.

Zwar traten die alten Herrscher mit dem Kaiser an der Spitze unter dem Druck von unten erstaunlich geräuschlos ab. Bald wurde jedoch klar, dass die Revolution nicht nur Befürworter\_innen hatte. Auch die Gegner\_innen mobilisierten ihre Kräfte, um von ihren Privilegien zu retten, was zu retten war. Es lohnt sich daher, die Revolution nicht nur aus der Perspektive ihrer Anhänger\_innen, sondern auch der ihrer Widersacher\_innen zu betrachten – erst diese Gesamtschau gibt ein stimmiges Bild, und nur so werden auch ihre Unzulänglichkeiten verständlich. Die Frage nach Erfolg oder Scheitern der Revolution bedarf also einer differenzierten Betrachtung.

Vieles von dem, was ab November 1918 gefordert und zum Teil durchgesetzt wurde, war bereits seit Langem artikuliert worden. Dazu zählt **das allgemeine Wahlrecht für Frauen**. **Gisela Notz** schildert in ihrem Beitrag diesen zähen Kampf. Zugleich macht sie darauf aufmerksam, dass sich die Befürworter\_innen dieses Wahlrechts in vielen anderen Punkten keineswegs einig waren, was die Durchsetzung zusätzlich erschwerte. Dennoch gehört das Frauenwahlrecht zu den großen, bleibenden Erfolgen dieser Revolution.

Andere Anliegen konnten nur in Ansätzen umgesetzt werden. Ein **umfassendes Räte-system** wurde nicht geschaffen, lediglich Betriebsräte mit beschränkten Kompetenzen konnten etabliert werden. In den Kämpfen um die Räte finden sich allerdings sehr viel weiter reichende Forderungen – noch 1919 konnten dafür Hunderttausende mobilisiert werden, wie **Axel Wei-**

**pert** zeigt. In ihrer Funktion als begrenzte Betriebsräte existiert diese neue Institution bis heute – auch hier zeigt sich, wie langfristig die Wirkungen der Revolution waren. Zugleich weist Axel Weipert auf einen wichtigen Faktor hin, der die Revolution von außen beeinflusste: die Ereignisse im revolutionären Russland.

Politischer Kampf erfordert Organisation. Eine der zentralen Organisationen der Revolution war die **Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)**. **Mario Hesselbarth** zeichnet ihre Geschichte nach und konstatiert, dass sie der «politische Repräsentant der revolutionären sozialistischen Arbeiterschaft» gewesen ist. Ihre Erfolge waren in der Tat beeindruckend, binnen weniger Monate mobilisierte sie fast eine Million Mitglieder und trat zeitweise in die Regierung ein. Dennoch vermochte sie es letztlich nicht, die politische Entwicklung in ihrem Sinn nachhaltig zu beeinflussen.

Über die gesamte Dauer der Revolution, von November 1918 bis Juni 1920, stellte die **SPD** allein oder in Koalitionen die Regierung Deutschlands. In **Stefan Bollingers** Untersuchung fällt die Bilanz jedoch zwiespältig aus: Einerseits stehen auf der Habenseite viele Errungenschaften, andererseits setzte die SPD rasch und konsequent auf ein Bündnis mit den alten Eliten und damit auf die falschen Partner. Das konnte nicht ohne Folgen bleiben. Bollinger hält kritisch fest: «Der Klassenkompromiss der **MSPD [Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands]** war auf den ersten Blick erfolgreich, auf den zweiten ein Verhängnis.» Revolutionen geschehen nicht einfach,

sie werden von Menschen gemacht. Gerade die Revolution von 1918 wurde von einer breiten Massenbewegung getragen. Dennoch verbinden wir dieses Ereignis nicht zu Unrecht auch mit einzelnen Persönlichkeiten. Dazu zählen **Rosa Luxemburg und Kurt Eisner**, deren Lebenswege und Aktivitäten in der Revolution **Julia Killet und Riccardo Altieri** nachzeichnen. Deutlich wird dabei: So einig sich die beiden in ihren langfristigen Zielen waren, so unterschiedlich waren doch ihre Vorstellungen vom richtigen Weg zum Sozialismus.

Wie Eisner war auch **Eugen Leviné** in München aktiv und gilt als einer der führenden Köpfe der **Bayerischen Räterepublik**. Seine Verteidigungsrede zählt zu den großen Gerichtsreden revolutionärer Politik. **Christian Dietrich** beschreibt in seinem Beitrag die Umstände der Rede und die Haltung dieser bemerkenswerten Persönlichkeit. Levinés Engagement war demnach getragen von humanistischen Idealen, aber auch von einer basisdemokratischen Vorstellung von den Aufgaben der Räte. Gerade das Justizsystem gehörte zu den Bollwerken der alten Ordnung und bekämpfte die Revolution und ihre Protagonist\_innen scharf – was sich nicht zuletzt im Todesurteil gegen Leviné niederschlug.

Zu den **Kritiker\_innen von Revolution und Republik** zählten auch große Teile der protestantischen Kirchen. **Karsten Kram-**

**pitz** zeigt auf, dass die Revolution zwar die protestantischen Landeskirchen bis heute neu ordnete, dafür aber in der Weimarer Zeit nur wenig Dank erntete. Die Loyalität zur untergegangenen Monarchie und zum Obrigkeitsstaat blieb stark und bildete die Voraussetzung dafür, dass das *«protestantische Milieu zum Rekrutierungsgebiet demokratiefeindlicher Kräfte»* wurde. Schließlich führte diese Haltung auch zu einer Offenheit gegenüber dem erstarkenden Nationalsozialismus, die im Katholizismus so nicht zu finden war.

Mit Widerständen ganz anderer Art hatten die Revolutionärinnen zu kämpfen – innerhalb wie außerhalb der revolutionären Bewegung, denn Skepsis schlug ihnen oft auch vonseiten ihrer männlichen Mitstreiter entgegen. **Anja Thuns** kritisiert zudem, dass die vielfältige **Beteiligung von Frauen an der Umwälzung** noch immer viel zu wenig gewürdigt wird. Frauen demonstrieren, organisieren Aktionen und artikulieren selbstbewusst ihre Anliegen, wie die von Thuns ausgewerteten Dokumente zeigen. Damit eröffnet sich zugleich eine wichtige Ebene der Revolutionsgeschichte: die Frage nach den Motiven und Erfahrungen der einzelnen Beteiligten.

Gerade mit Blick auf die Ereignisse vor 100 Jahren zeigt sich deutlich: Deutschland verfügt über eine beeindruckende revolutionäre Geschichte. Das wird auch keineswegs

durch die Tatsache geschmälert, dass in den Jahren 1918 bis 1920 nicht alle Deutschen Anhänger\_innen der Revolution waren oder alle Anhänger\_innen die gleichen Ziele verfolgten. Gerade in Zeiten, in denen politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend infrage gestellt werden, sind Diskussionen ebenso notwendig wie kontrovers. Wir sind gut beraten, uns unserer emanzipatorischen Wurzeln zu erinnern und um deren Deutung zu streiten.

Die Revolution von 1918 bis 1920 kann dabei den Blick besonders für zwei Aspekte schärfen. Einerseits zeigt sie uns, dass gesellschaftlicher Fortschritt erkämpft werden muss, dass viele unserer Freiheiten heute auf das Engagement der damaligen Revolutionär\_innen zurückgehen. Zum anderen erinnert sie uns daran, dass viele der mit ihr verbundenen Ziele und Hoffnungen noch immer auf ihre Verwirklichung warten. Wenn die vorliegende Broschüre dazu einen Beitrag leisten kann, hat sie ihren Zweck erfüllt.

In diesem Sinne wünschen wir eine anregende Lektüre.

*Bernd Hüttner und Axel Weipert  
Bremen/Berlin, Juni 2018*

[https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Materialien/Materialien25\\_Emanzipation.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien25_Emanzipation.pdf)

## Winfried Wolf

# Die Novemberrevolution in Deutschland und die Debatte anlässlich des 100. Jahrestags

*Vorbemerkung der Nachdenkseiten:*

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht in Kommentaren, Rückblicken und Dokumentationen der Revolution gedacht wird, die vor 100 Jahren in Deutschland stattfand. Allerdings verfälscht die große Mehrheit dieser Beiträge das, um was es damals ging. Die tatsächlichen Errungenschaften der Revolution – Frieden, Frauenwahlrecht, demokratische Grundrechte – werden nicht ausreichend gewürdigt. Die tatsächlichen Ziele der Revolution – direkte Demokratie bzw. eine Kontrolle eines Parlamentes durch Räte, gewählt von der arbeitenden Bevölkerung, werden so gut wie nie erwähnt. Und die tatsächliche Gewalt, ausgehend von Freikorps, Reichswehr und frühen faschistischen Gruppen, mit der gegen diese berechtigten Forderungen und gegen die Arbeiterräte vorgegangen wurde, wird nicht nur verschwiegen. Meist wird die

Wirklichkeit auf den Kopf gestellt und behauptet, die Revolution selbst sei gewalttätig gewesen.

Wir bringen auf den NachDenkseiten in drei Teilen einen ausführlichen Text von Winfried Wolf zur Novemberrevolution, zur Bayerischen Räterepublik und zur aktuellen Debatte über diese Ereignisse. Diesem Text lag ursprünglich ein in Kassel und Stuttgart gehaltenes Referat des Verfassers zugrunde, welches sich vor allem auf Klaus Gietinger, Der verpasste Frühling, auf Sebastian Haffner, Dererrat und auf Richard Müller, Die Geschichte der Revolution stützt.

Der **erste Teil** („Novemberrevolution und Bayerische Räterepublik -Begeisternde Versuche einer direkten Demokratie“) hat drei Ereignisse zum Thema, die der Novemberrevolution vorausgingen und die zum Verständnis dieser Revolution wichtig sind: (1) die Sturzgeburt der deut-

schen Einheit und des Deutschen Reichs 1871, (2) der Erste Weltkrieg und (3) der 3. Oktober 1918, als inmitten des Kriegs bereits eine parlamentarische Regierung mit zwei SPD-Ministern gebildet wurde – noch zu Kaisers Zeiten. Und als sich die Verantwortlichen für den Ersten Weltkrieg aus dem Staub machten und damit die Steilvorlage für die „Dolchstoß-Legende“ schufen.

Der **Teil 2** befasst sich mit der Revolution selbst („Die Revolution in Deutschland und die Debatte anlässlich des 100. Jahrestags“).

**Teil 3** geht ein auf die Bayerische Räterepublik, nennt vier Gründe für das Scheitern der Revolution und warnt vor einer neuen Militarisierung, wie sie von der deutschen Bundeskanzlerin und von dem französischen Präsidenten ausgerechnet im Zusammenhang mit dem Gedenken an das Kriegsende vor 100 Jahren vorgetragen wurde.



# Fred Schmid

## Kampf um Asien

23. November 2018

Die Eskalationsspirale im polit-ökonomischen Konflikt zwischen den USA und China hat sich eine Windung weitergedreht. Die Trump-Administration belässt es offenbar nicht nur beim Sanktions- und Handelskrieg gegen China. Auf dem Gipfel der APEC-Staaten (siehe Kasten) Mitte November in Papua-Neuguinea kam es erstmals zum offenen Schlagabtausch zwischen Regierungsvertretern der beiden Handels-Giganten. US-Vizepräsident Mike Pence – Präsident Trump war ferngeblieben – nutzte die Arena der 21 APEC-Mitglieder (fast alle vertreten durch ihre Staatsoberhäupter bzw. Regierungschefs) zum Affront gegenüber China, der weitgehend einer Kalten-Kriegs-Erklärung gleich.

**APEC:** Asia-Pacific Economic Cooperation (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft) hat sich zum Ziel gesetzt, im pazifischen Raum eine Freihandelszone einzurichten. In den 21 APEC-Staaten – Pazifik-Anrainer – lebt knapp die Hälfte der Weltbevölkerung.

**ASEAN:** Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Staaten). 10 Mitgliedsstaaten: Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam. Ursprüngliches Ziel war die Verbesserung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenarbeit. Zwischen ASEAN und China wurde das China-Asean-Freihandelsabkommen geschlossen, das 2010 in Kraft trat. Nach der Bevölkerungszahl – 1,8 Milliarden Menschen – entstand die größte Freihandelszone der Welt.

**RCEP:** In Asien soll mit der RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) eine noch größere Freihandelszone entstehen. Ihr sollen neben den zehn ASEAN-Staaten auch Indien, China, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland – nicht aber die USA – angehören. Sie würde mehr als 3,2 Milliarden Menschen einbinden und 40 % des Welthandels erfassen. RCEP war auch als Gegenkonzept zu dem von Trump zum Scheitern gebrachten TPP (Trans-Pacific Partnership) gedacht, beschränkt sich aber auf den Freihandel.

Auf offener Bühne rief er zur Sabotage der chinesischen Seidenstraßen- und Infrastruktur-Initiative auf: „Nehmt keine Kredite an, die eure Souveränität gefährden. Schützt eure Interessen. Erhaltet Euch eure Unabhängigkeit. Macht es wie Amerika: immer Euer eigenes Land zuerst“. Und: Die USA

nähmen die Herausforderung mit der Seidenstraßen-Initiative (auch Belt and Road Initiative) an. „Die Vereinigten Staaten bieten eine bessere Option. Wir ertränken unsere Partner nicht in einem Meer von Schulden. Wir über keinen Zwang aus und beeinträchtigen nicht ihre Unabhängigkeit. Wir bieten keine einschnürenden Gürtel und keine Einbahnstraße“.

Der Umgang der USA mit Ländern wie Afghanistan, Irak, aber auch in Lateinamerika bietet hierfür bestens Anschauungsunterricht. Xi Jinping, der chinesische Präsident konterte: „Geht es darum den Entwicklungsweg eines Landes zu wählen, kann dies niemand besser machen als dessen Einwohner selber. Niemand hat das Recht oder die Macht, die Menschen aus Entwicklungsländern aufzuhalten, wenn sie eine bessere Zukunft suchen“.

Die Kontroversen führten dazu, dass erstmals in der Geschichte der APEC-Gipfel keine Abschlusserklärung zustande kam. Die USA wollten darin China wegen „unfairer Handelspraktiken“ brandmarken; China wollte, dass in dem Dokument eine Absage an den Protektionismus und ein Bekenntnis zur Einhaltung der WTO-Regeln enthalten ist.

Mike Pence kündigte eine Verschärfung des Zollkrieges an, sollte China sich nicht den Forderungen der USA beugen: „Wir haben Zölle erhoben, auf chinesische Güter im Wert von 250 Milliarden Dollar und wir können diese Zahl mehr als verdoppeln“.

Dabei beschwerten sich auf dem Gipfel bereits mehrere kleinere Länder, wie der Konflikt zwischen den Giganten jetzt schon zu ihren Lasten geht. Auch afrikanische Länder sind wegen ihrer stärkeren Abhängigkeit vom Überseehandel Leidtragende des Gerangels, getreu dem afrikanischen Sprichwort: „Wenn Elefanten kämpfen, leidet das Gras“. Die USA dagegen profitieren von den erhöhten Zöllen und den damit verbundenen Mehreinnahmen. Nach einer Studie des Forschungsnetzes Econpol Europe zusammen mit dem ifo-Institut ziehen die USA einen Gesamtnutzen (Netto-Zollgewinn) von 18,4 Milliarden Dollar aus dem Zollstreit. „Zölle sind nichts anderes als Abgaben, deren Last verteilt wird auf ausländische Hersteller und inländische Verbraucher“, sagte Ko-Autor Gabriel Felbermayr. „Im Falle der amerikanischen Zölle auf chinesische Güter werden drei Viertel der Belastung auf die chinesischen Hersteller verlagert und die Vereinigten Staaten erzielen damit erhebliche Einnahmen“.

### Militarisierung der Pazifik-Region

Die USA und ihre engsten Verbündeten in der Pazifik-Region – Japan, Australien und Neuseeland – erklärten auf der Konferenz, sie würden sich künftig stärker in Entwicklungs- und Infrastrukturprojekten engagieren. So wollen die USA und Australien Hilfe beim Ausbau des Stromnetzes von Papua-Neuguinea leisten. Nur 13 Prozent der acht Millionen Einwohner haben Strom.

Die Hilfe ist nicht uneigennützig, sondern von handfesten militärischen Interessen geprägt. Denn gleichzeitig erklärten USA und Australien, dass sie gemeinsam die Marinebasis Lombrum für Flugzeugträger und U-Boote auf der zu Papua zählenden Insel Manus bauen wollen. Die FAZ (19.11.18) resümiert: „Washington schließt damit in seinem Vorhof (!) die Kette der Stützpunkte im Westen von Japan über Guam bis nach Hawaii“.

Seit Jahren haben die USA die Volksrepublik China mit einem Gürtel von etwa 20 größeren Militärstützpunkten immer mehr eingeschnürt. Dazu kommt seit Obamas „Schwenk“ der US-Geostrategie nach Asien – pivot to Asia – eine verstärkte Präsenz der US-Pazifik-Flotten (7. und 3. Flotte mit 140.000 Mann, 200 Kriegsschiffen, darunter mehrere Flugzeugträger-Verbände; dazu die 5. US-Flotte im Indischen Ozean).

In Japan und Südkorea haben die USA zudem gegen China gerichtete Raketenabwehrsysteme (Anti-Raketen-Raketen) vom Typ THAAD (Terminal High Altitude Area Defense) installiert, die auch zum Boden-Boden-Mittelstrecken-Raketen-System umgerüstet werden können. Dazu kommen Raketenysteme auf den US-Flugzeugträgern und U-Booten. Auf Initiative von Japan hat sich im Indo-Pazifikraum ein Viererbund „Quad“ aus Japan, Australien, Indien und den USA herausgebildet, mit dem militärische Aktivitäten koordiniert werden sollen, aber auch ein Entwicklungsplan für die indopazifische Region geschaffen werden soll.

Es geht um die Hegemonie in Asien. Japan und Australien wollen ihre Verteidigungs- und Rüstungsallianz ausbauen. Japan erhöht massiv seinen Rüstungsetat und hat eine Neu-Interpretation des Friedensgebots seiner Verfassung vorgenommen: Kollektive Militäreinsätze jetzt möglich. Australien verstärkt vor allem seine Marine mit einer U-Boot-Flotte.

Indien will von den USA für zwei Milliarden Dollar 24 Hubschrauber zur Abwehr chinesischer Unterseeboote kaufen. Der Kommentator der FAZ bejubelt diesen Schwenk der USA zu verstärktem Engage-

ment in Asien und die Militarisierung der Region: „Für Asien und im Übrigen auch für die westliche Rüstungsindustrie ist die schon von Präsident Obama angekündigte, aber nie vollzogene Rückkehr Amerikas (nach Asien – F.S.) eine gute Nachricht.“

Keine Frage, der Handelskonflikt eskaliert zunehmend zu einer politischen Konfronta-

tion, begleitet von lauterem Säbelrasseln. Chinas Staatschef Xi Jinping sprach auf dem APEC-Gipfel von einer Wegscheide: „Welche Richtung sollen wir einschlagen? Kooperation oder Konfrontation? Offenheit oder geschlossenen Türen?“

China wolle seinen Beitrag zur Entspannung und Lösung der Handelsstreitigkeiten

<https://www.isw-muenchen.de/2018/11/kampf-um-asien/>

leisten. Peking hatte vor dem Gipfel Washington eine Liste mit möglichen handelspolitischen Zugeständnissen übermittelt. Xi in seiner Rede: „Die Geschichte hat gezeigt, dass es bei Konfrontationen, ob in Form eines Kalten Kriegs, eines heißen Kriegs oder eines Handelskriegs, keine Gewinner gibt“. (...)

## German Foreign Policy Die Armee der Europäer Berliner Sicherheitskonferenz

BERLIN (Eigener Bericht)

### Militärunion im Werden

Neue Schritte beim Aufbau einer "Armee der Europäer" hat Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf der gestern zu Ende gegangenen diesjährigen Berliner Sicherheitskonferenz in Aussicht gestellt. Wie von der Leyen erklärte, sei die "strategische Autonomie" der EU, die mit eigenen Streitkräften zu erreichen sei, "keine Frage des 'Ob'" mehr, "sondern nur noch eine Frage des 'Wie'": "Die Europäische Verteidigungsunion ist im Werden." [1] Dabei würden sich in der nächsten Zeit heikle Fragen stellen. So müssten für künftige EU-Einsätze nun auch "eigene Führungsfähigkeiten" neben denjenigen der NATO aufgebaut werden. Zudem müssten die Entscheidungsstrukturen stark gestrafft werden. Der deutsche Parlamentsvorbehalt etwa sei zwar nicht aufzuheben, aber doch neu zu gestalten: In Brüssel könne ein "Ausschuss von Sicherheitspolitikern aus den nationalen Parlamenten" installiert werden, der in der Lage sei, in kürzester Zeit Entscheidungen - der Sache nach über Krieg und Frieden - vorzubereiten.

Darüber hinaus gelte es, in der EU-Außenpolitik den Zwang zum Konsens abzuschaffen: "Europäische Entscheidungen in der Außenpolitik, die von der großen Mehrheit getragen werden, müssen möglich sein." Damit könnten einzelne Mitgliedstaaten künftig zu einer Außenpolitik genötigt werden, die ihren Interessen offen zuwiderläuft.

### Strategische Autonomie

Die weitere Entwicklung der "Armee der Europäer" wird in der Debatte im außenpolitischen Establishment der Bundesrepublik bereits skizziert. Um tatsächlich "strategische Autonomie" zu erlangen, müsse "Europa" "viel stärker als bisher, vielleicht sogar vollständig, für seine eigene Sicherheit sorgen", fordert etwa Jan Techau, Leiter des European Program des German Marshall Fund of the United States. [2] Dazu gelte es nicht bloß die konventionelle, sondern auch die "nukleare Abschreckung

in Europa selbst zu organisieren". [3] Dies wiederum müsse "mit einer deutlich verstärkten eigenen geheimdienstlichen Kompetenz und Tätigkeit einhergehen". Mit der "Verlagerung aggressiver Akte in den Bereich der Informationstechnologie und über hybride Kriegsführung in den Bereich der Medien und Meinungsbildung" hinein werde sich zudem "die Gewährleistung europäischer Sicherheit auf Felder ausweiten, in denen Europa ... nicht zu den führenden Mächten der Welt zählt", urteilt Techau. Auf diesen Feldern müssten in Zukunft "die Europäer, und damit zuvorderst Deutschland, etwas stellen, was weit über das hinausgeht, was Amerika bisher geleistet hat". Die "Tragweite der Aufgabe" erfordere es auch, dass künftig "Strategie an deutschen Universitäten unterrichtet ... und eine strategische Ausbildung für alle Amtsträger ab der Besoldungsstufe B6 lauffbahnverpflichtend werden" müsse.

Nicht zuletzt solle "ein Bundessicherheitsrat" künftig "die verschiedenen Stränge ministeriellen Handelns zu zentralen Themen bündeln" und damit "der Bundeskanzlerin vertieften strategischen Rat zuteilwerden lassen".

### Boomende westliche Militäretats

Sorgen äußerten Experten auf der Berliner Sicherheitskonferenz bezüglich der Frage, ob der "Verteidigungsvorsprung" des Westens gegenüber Russland und China womöglich "erodiere". [4] Beide Länder "erstarken" in puncto Rüstung, urteilte etwa Jürgen Beyerer, Vorsitzender der Fraunhofer Gruppe für Verteidigung und Sicherheit am Fraunhofer IOSB. Die Voraussetzungen dafür schufen jeweils hohe staatliche Aufwendungen für das Militär.

Tatsächlich geben China und Russland erheblich geringere Summen für ihre Streitkräfte aus als die westlichen Mächte. Das zeigen Daten des International Institute for Strategic Studies. Demnach belief sich der US-Militärhaushalt 2017 auf 602,8 Milliarden US-Dollar, derjenige Chinas nur auf 150,5 Milliarden und derjenige Russlands sogar nur auf 61,2 Milliarden US-Dollar -

ein Zehntel des US-Streitkräfteetats. [5] Russland zahlte weniger für militärische Belange als Saudi-Arabien, das 76,7 Milliarden US-Dollar dafür ausgab. Allein die vier EU-Länder mit den größten Militäretats veranschlagten im Jahr 2017 163,9 Milliarden US-Dollar für ihre Streitkräfte, mehr als China und fast dreimal so viel wie Russland. Dabei erhöht die Bundesrepublik ihren Militärhaushalt massiv, hat ihn von 34 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 38,9 Milliarden dieses Jahr ausgeweitet und wird im kommenden Jahr 43,2 Milliarden Euro für die Bundeswehr ausgeben. Zusätzlich hat Berlin milliardenschwere "Verpflichtungsermächtigungen" für teure Rüstungsprojekte eingeplant. Aus dem neuen "Fähigkeitsprofil" der Bundeswehr geht hervor, dass der deutsche Wehretat bis 2023 auf rund 60 Milliarden Euro steigen soll (german-foreign-policy.com berichtete [6]). Deutschland gäbe damit mehr Geld für die Streitkräfte aus als Russland heute.

### Maschinelle Kriegsintelligenz

Eine immer bedeutendere Rolle spielt auch auf der Berliner Sicherheitskonferenz nicht nur die Debatte über den Cyber-, Drohnen- und Roboterkrieg, sondern auch die Diskussion über die Nutzung Künstlicher Intelligenz (KI) für militärische Zwecke. Dass die Kriege der Zukunft "vor allem im Cyberbereich" sowie mit Hilfe von Drohnen und Robotern geführt würden, sei klar erkennbar, hieß es; man müsse "nicht mehr unbedingt anwesend sein", um Krieg zu führen. [7]

Damit gehe einher, dass man "auch maschinelle Intelligenz auf den zukünftigen Schlachtfeldern sehen" werde; die KI werde sich wohl "so schnell entwickeln", dass menschliche Entscheidungen "hinterherhinken" dürften. [8]

KI spielt in der Debatte der deutschen Eliten auch zur Vorhersage zukünftiger Konflikte eine Rolle. Experten rechnen etwa damit, dass durch die Nutzung von Robotern in der Industrie Massen besonders "in den Ländern des Südens" arbeitslos werden und sich "ein durch die Digitalisierung 'nutzlos'

gewordenes Proletariat ... staatlicher Ordnung widersetzt". Solche Konflikte ließen sich mit KI vorhersagen, heißt es.[9] Sollte es dann zu Unruhen kommen, dann könnten "Verteidigungskräfte" die Konfliktregionen ("No go'-Areas") "isolieren", sie "mit automatisierten Sperranlagen eingrenzen und mittels Drohnen überwachen". Das sei nur ein einzelnes Beispiel für vielfältige Einsatzmöglichkeiten von KI.

### Ein "europäisches Narrativ"

Nicht zuletzt treibt Experten die Frage um, wie sich künftige europäische Kriege dieser Art der Bevölkerung vermitteln lassen. So wird etwa Géza Andreas von Geyr, der Abteilungsleiter Politik im Bundesverteidigungsministerium, mit der Aussage auf einer Podiumsdiskussion bei der Berliner Sicherheitskonferenz zitiert, man brauche

"ein gemeinsames europäisches Narrativ", mit dem "der Begriff der 'Europäischen Verteidigungsunion' weit in die Gesellschaft der europäischen Bürgerinnen und Bürger hinein transportiert werden" könne. Dabei sei auch einzukalkulieren, dass es "zum robusten Einsatz" der "Armee der Europäer" komme.[10] Das "Narrativ" würde in diesem Fall nach Möglichkeit dazu beitragen, potenzielle Widerstände gegen die künftigen Kriege der EU gezielt auszuhebeln.

### Mehr zum Thema: [Die Koalition der Kriegswilligen \(II\)](#) und ["Eine echte europäische Armee"](#).

[1] Rede der Verteidigungsministerin zur Eröffnung der Berlin Security Conference. bmv.g.de 27.11.2018.

[2] Jan Techau: Strategiefähigkeit und Welt-schmerz. Die deutsche Außenpolitik bis 2030.

deutschland-und-die-welt-2030.de .

[3] S. dazu [Die deutsche Bombe](#) und [Die nukleare Frage](#).

[4] Adrian Bednarski: Erosion des westlichen Verteidigungsvorsprungs? behoerden-spiegel.de 28.11.2018.

[5] Warum die Welt wieder mehr Geld für Militär ausgibt. orange.handelsblatt.com 19.02.2018.

[6] S. dazu [Die Kosten der Weltpolitik \(II\)](#).

[7] Katarina Heidrich: "Partner sein über den Ozean hinaus". behoerden-spiegel.de 28.11.2018.

[8] Adrian Bednarski: Verteidigung zwischen 5G und KI. behoerden-spiegel.de 27.11.2018.

[9] Ayad Al-Ani, Jörg Stenzel: Verteidigungsplattformen als Streitkräfte der Zukunft. deutschland-und-die-welt-2030.de.

[10] Übergreifende politische Kultur notwendig. bmv.g.de 27.11.2018.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7798/>

## **Pascal Luig, Geschäftsführer der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative** **Das Ende des INF-Vertrages** **wäre das Ende einer internationalen Abrüstungspolitik**

*Herr Luig, was waren Ihre Gedanken, als Sie gehört haben, dass die USA aus dem INF-Vertrag aussteigen wollen?*

Ehrlich gesagt dachte ich, dass es eine deprimierende und mehr als schlechte Woche für den Frieden in der Welt ist. Neben der unheilvollen Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump, den INF-Vertrag zu kündigen, hält die NATO zu allem Überfluss in Norwegen ihr Großmanöver „Trident Juncture“ mit 50.000 Soldaten ab, an dem auch Deutschland mit 10.000 Soldaten beteiligt ist. Das von der NATO verkündete Ziel der Übung ist es, Stärke gegenüber Russland zu demonstrieren.

Die Tatsache, dass 29 NATO-Länder Krieg „spielen“, um Russland abzuschrecken, und die Aussicht, dass einer der wichtigsten Verträge über nukleare Abrüstung der wahnwitzigen Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik des Präsidenten der USA und seiner rechtskonservativen Regierung geopfert werden, stimmte mich wirklich nicht zuversichtlich.

*Was hat es mit diesem Vertrag auf sich?*

Der INF-Vertrag wurde 1987 zwischen den USA und der ehemaligen Sowjetunion geschlossen und trat 1988 in Kraft. Er ist ein Kind und so etwas wie das Vermächtnis, aber auch der Erfolg, der Friedensbewegung der 80er Jahre.

Damals hatte 1979 der NATO-Doppelbeschluss die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles in Deutschland vorgesehen und die Gefahr eines nuklearen Krieges sehr real werden lassen. Dies führte schließlich zu Massenprotesten in Bonn, London und New York.

Unter anderem demonstrierte im Bonner Hofgarten 1981 ein breites Bündnis mit etwa 300.000 TeilnehmerInnen gegen den NATO-Doppelbeschluss unter dem Motto „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen“.

In der Folge wurde der politische Druck so groß, dass Helmut Schmidt, als Verfechter der Stationierung, über den Doppelbeschluss stürzte, weil es nicht mehr sicher war, dass er den Stationierungsbeschluss durchsetzen konnte.

Schließlich unterzeichneten US-Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow den INF-Vertrag im Weißen Haus.

Konkret regelt der INF-Vertrag das Verbot des Besitzes, der Produktion und der Tests mit allen landgestützten Flugkörpern mit mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer). Es ist das bisher einzige Abkommen, welches zur Verschrottung einer ganzen Kategorie von Atomwaffen, also zu realer Abrüstung geführt hat. Dieses von Michael Gorbatschow und Ronald Reagan unterzeichnete Abkommen ist eine historische Errungenschaft des weltweiten Abrüstungsprozesses und kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

*Was bedeutet es, wenn die USA ihr Vorhaben umsetzen?*

Das Ende des INF-Vertrages wäre mehr als die Beendigung eines Vertrages, es wäre das Ende einer internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik, die Europa und die Welt sicherer gemacht hat vor den Gefahren eines Atomkrieges. Nur wenn dieses Abkommen erhalten bleibt, kann die

Tür zu einer Welt ohne Atomwaffen weiter geöffnet werden.

*Das Ende dieses Vertrages wäre also...*

...ein schwerer politischer Schlag auch gegen den Atomwaffenverbotsvertrag. Uns würde erneut ein ungehemmtes atomares Wettrüsten zwischen den Großmächten drohen und eine Stationierung von neuen landgestützten Atomwaffen in Europa, welche die gesamte Menschheit bedrohen. Schon in den 70/80er Jahren hätte mit Absicht oder durch einen Fehler ein Atomkrieg ausbrechen können.

*Dieser hätte vor allem Europa getroffen.*

Und diese Gefahr ist auch heute noch vorhanden, allerdings würde sie mit der Kündigung des INF-Vertrages immens ansteigen. Insbesondere Deutschland wäre im Falle einer atomaren Auseinandersetzung eines der ersten Ziele, da ohnehin schon in Büchel im Rahmen der nuklearen Teilhabe Atomwaffen stationiert sind und auf der Air Base Ramstein der Raketenabwehrschirm der US-Amerikaner beherbergt wird. Die zu vermutende Stationierung von Mittelstreckenraketen in unserem Land würde Deutschland noch mehr ins Fadenkreuz geraten lassen – Atomwaffen wirken wie Magneten.

*Welche Auswirkungen würden sich noch ergeben?*

Leider wird oftmals vergessen, dass ein Ende des INF-Vertrages auch ein unkontrolliertes Wettrüsten in Ostasien bedeuten würde. Wie ich vermute, richtet sich die angekündigte Auflösung des INF-Vertrages gar

nicht so sehr gegen Russland, sondern vielmehr gegen China. China ist bisher nicht Teil des INF-Vertrages und nach der Logik der US-amerikanischen Militärs haben die USA dadurch einen strategischen Nachteil. Die USA hoffen, mit der Kündigung atomarer Mittelstreckenraketen z.B. in Japan stationieren zu können. Dies würde zu einer ähnlichen Rüstungsspirale wie in Europa im Kalten Krieg führen und die Gefahren für die Region und den Weltfrieden wären gar nicht abzuschätzen. Dies würde z.B. auch den Entspannungsprozess zwischen Nord- und Südkorea zunichtemachen.

*Die USA werfen Russland vor, gegen den Vertrag verstoßen zu haben. Wie sehen Sie diesen Vorwurf?*

Die USA und Russland werfen sich gegenseitig vor, den Vertrag gebrochen zu haben. So mahnen die USA zum Beispiel an, Russland habe eine neue Mittelstreckenrakete entwickelt, die eine Reichweite von über 500 Kilometern habe. Russland hingegen wirft den USA unter anderem vor, Drohnen zu verwenden, die effektiv als Mittelstreckenraketen gelten können sowie ein vertragswidriges Raketenabwehrsystem in Rumänien und Polen aufgebaut zu haben. Hierbei ist aber anzumerken, dass für beiderseitige Vorwürfe bis heute keine endgültigen Beweise für einen tatsächlichen Vertragsbruch vorliegen.

Augenscheinlich ist aber, dass es bei den Vorwürfen anscheinend gar nicht mehr darum geht, das Abkommen zu erhalten. Dies kann man daran erkennen, dass der für solche Fälle vertraglich geregelte Weg gar nicht mehr eingehalten wird. Wenn es zu Verletzungen des INF-Abkommens gekommen sein sollte, hat der INF-Vertrag dazu klare Regelungen. Die entsprechende Kommission der beiden Unterzeichnerstaaten muss einberufen werden, um die Vertragsverletzungen aufzuklären. Dieses ist seit 2017 nicht mehr geschehen. Es wäre aber der einzig richtige Schritt gewesen, bevor man wie die USA die mögliche Auflösung des Vertrages öffentlich verkündet.

*Wie bewerten Sie denn die Reaktion der Bundesregierung?*

Zunächst muss lobend erwähnt werden, dass die Bundesregierung zumindest erkannt hat, dass der INF-Vertrag ein wichtiges Element der Rüstungskontrolle ist und in besonderer Weise europäischen und damit auch direkt Deutschlands Interessen dient. Völlig unverständlich sind die Aussagen von Außenminister Heiko Maas, der allein Russland in der Pflicht sieht, den INF-Vertrag einzuhalten. Er und die Bundesregierung berufen sich hier auf eine Erklärung des NATO-Gipfels im Juli, die besagt, dass die USA sich an den INF-Vertrag hielten, während Russland keine überzeugenden Antworten auf die Fragen geben könne, die sich im Zusammenhang mit neuen russischen Raketentypen stellen. Es überrascht nicht, dass die NATO einseitig Russland für einen Bruch des INF-Vertrages verantwortlich macht, da dies in die momentane Feindbildkonstruktion passt.

Abrüstung und der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit erfordern aber keine einseitigen Schuldzuweisungen, sondern Angebote zum Dialog und Vertrauen in geschlossene Abkommen. Propagandistische Anklagen helfen nicht weiter und lenken von den wahren Motiven ungehemmter Aufrüstung ab. Die Bundesregierung täte gut daran, auf beide Seiten zuzugehen und zu vermitteln. Darauf hinzuwirken, dass die bereits erwähnte Kommission der beiden Unterzeichnerstaaten einberufen wird, um die angeblichen Vertragsverletzungen aufzuklären, wäre ein erster wichtiger und richtiger Schritt.

*Worauf kommt es jetzt an?*

Wir von der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative fordern die Bundesregierung auf, in einer Regierungserklärung öffentlich positiv zu dem Vertrag Stellung zu nehmen. Sie muss unmissverständlich erklären, dass eine erneute Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden nicht infrage kommt. Außerdem müssen die USA aufgefordert werden, die noch statio-

nierten Atomwaffen aus Büchel abziehen.

Darüber hinaus muss der INF-Vertrag erhalten und unter Einbeziehung Chinas erweitert werden. Insbesondere sollten neben den landgestützten auch die seegestützten Mittelstreckenraketen verboten werden.

Ein weiterer Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt ist der im vergangenen Jahr in der UN verabschiedete Atomwaffenverbotsvertrag. Dieser beinhaltet unter anderem ein Verbot der Stationierung von Atomwaffen in den Vertragsstaaten. Durch das Inkrafttreten des Vertrages könnte die Gefahr der Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen gemindert werden. Bisher haben ihn 69 Staaten unterschrieben und 19 ratifiziert. Deutschland gehört leider nicht dazu.

Außerdem muss die Friedensbewegung aktiv werden. Wir brauchen jetzt einen lauten und unüberhörbaren Protest gegen eine erneute atomare Aufrüstung. Wie schon zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses braucht es auch heute den Druck von der Straße, um die Politik zum Umdenken zu bewegen. Es muss deutlich werden, dass eine Welt ohne Atomwaffen das Ziel ist, dass nur so das Überleben der Menschheit gesichert werden kann.

*Pascal Luig, Geschäftsführer der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative – Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V., Koordinierungskreis der Stopp Air Base Ramstein Kampagne*

<https://www.nachdenkenseiten.de/?p=46915>  
<http://natwiss.de/defend-inf-treaty/>

Die Friedensbewegung hat den INF-Vertrag durchgesetzt - Jetzt müssen wir um seine Erhaltung kämpfen  
[http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP15418\\_051218.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP15418_051218.pdf)

**Aber der Putin! Die übliche Leier**  
<https://www.nachdenkenseiten.de/?p=47628#h02>

**Leo Ensel**

## **Neues Wettrüsten und kein Widerstand?**

### **Warum es so schwer ist, Druck von unten aufzubauen**

*Spätestens seit der Kündigung des INF-Vertrages durch US-Präsident Trump zeichnet sich ein für Europa hochgefährliches neues atomares Wettrüsten ab. Warum ist dennoch keine internationale Friedensbewegung in Sicht, die diesen Namen verdienen würde?*

Quelle: [www.globallookpress.com](http://www.globallookpress.com) © Global Look Press

(...) So alarmierend die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, den INF-Vertrag einseitig zu kündigen, auch sein mag: Aus amerikanischer Perspektive handelt es sich hier nur um die konsequente Fortsetzung einer Politik der Aushöhlung und Zerstörung des gesamten Gebäudes von Rüs-

tungskontroll- und Abrüstungsverträgen aus der Zeit des (ersten?) Kalten Krieges. Es begann – wie der russische Präsident Wladimir Putin vor einiger Zeit zutreffend feststellte – mit der Kündigung des ABM-Vertrages 2001, setzte sich fort mit der Nichtratifizierung des KSE-Vertrages über die Ab-

rüstung konventioneller Waffen in Europa und war mit der Stationierung eines, sich angeblich gegen Angriffe aus dem Iran richtenden Raketenabwehrsystems unmittelbar vor der russischen Haustür noch lange nicht fertig.

(...) Dass die im rheinland-pfälzischen Büchel lagernden 20 amerikanischen B61-Atomsprengköpfe mit einer Sprengkraft von je vier Hiroshimabomben in näherer Zukunft einer grundlegenden „Modernisierung“ – will sagen: qualitativen ‚Verbesserung‘ in Richtung Einsatzfähigkeit – unterzogen werden sollen, ist seit mindestens sechs Jahren, also lange vor der Ukraine-Krise, kein Geheimnis mehr.

Mit der Stationierung von Iskander-Kurzstreckenraketen im Kaliningrader Oblast hat Russland bereits im Sinne der wieder aktuell gewordenen Abschreckungslogik reagiert. Sollte es nicht doch noch allen Befürchtungen zum Trotz zu einer grundlegenden Neuorientierung der Rüstungskontrollpolitik kommen – eine der letzten Chancen dürfte das kommende Gipfeltreffen von Trump und Putin in Paris sein –, wird man sich in Europa und Russland, möglicherweise auch in einer Reihe an Russland grenzender asiatischer Staaten auf sehr ungemütliche Zeiten einrichten müssen.

#### „Nicht Waffe, sondern Feind“

Was würden diese neuen alten Zeiten für die Bevölkerung in den betroffenen Ländern bedeuten, gesetzt den Fall, diese wäre nicht bereit, den Frieden nur den Politikern und Militärs zu überlassen, sondern entschlossen, dieser Politik eines neuen atomaren Wettrüstens als prospektive Opfer Widerstand von unten entgegenzusetzen?

Der Philosoph Günther Anders (...) hat die für das Atomzeitalter notwendige Agenda bereits vor fast 60 Jahren auf die folgende klassische Formel gebracht:

„Nicht Waffe, sondern Feind: Was wir bekämpfen, ist nicht dieser oder jener Gegner, der mit atomaren Mitteln attackiert oder liquidiert werden könnte, sondern die atomare Situation als solche. Da diese aller Menschen Feind ist, müssten sich diejenigen, die einander bisher als Feind betrachtet hatten, als Bundesgenossen gegen die gemeinsame Bedrohung zusammenschließen.“  
(...) Die Menschen, die einander bisher als Feind betrachtet hatten – oder, wie zu ergänzen wäre, wieder erneut beginnen sollen, sich als Feind zu betrachten –, sprich: Europäer (westlich der russischen Föderation) und Russen (genauer: die Menschen im postsowjetischen Raum) sowie die Menschen in den angrenzenden asiatischen Ländern, ja, amerikanische Bürger, die sich durch diese Entwicklung selbst bedroht sehen, müssten sich also gegen diese gemeinsame Bedrohung einer atomaren Vernichtung zusammenschließen. Denkt man das Anders'sche Postulat konsequent zu Ende,

so wäre also eine neue internationale Friedensbewegung gefordert.

#### Warum ist es so schwer, Druck von unten aufzubauen?

Leider ist diese allerdings bislang nirgends in Sicht! Zwar gibt es beispielsweise in Deutschland einige versprengte Gruppierungen – dass diese es jedoch an Zahl und gesellschaftlicher Breite mit der westdeutschen Friedensbewegung der Achtziger Jahre aufnehmen könnten, als es in jedem bundesrepublikanischen Kuhkaff eine hochinformierte Gegenöffentlichkeit gab, wird wohl niemand ernsthaft behaupten. In den anderen westeuropäischen Ländern sieht es ähnlich aus. Warum also ist es so schwer, Druck von unten aufzubauen?

Vergleicht man die heutige Situation mit der in den Achtzigern, so springen die Unterschiede deutlich ins Auge. Dass im Ernstfalle Europa, insbesondere beide deutsche Staaten, das Schlachtfeld der Supermächte sein würde, diese schreckliche Aussicht war, nicht zuletzt angesichts der unübersehbaren permanenten ausländischen Militärpräsenz, so offensichtlich, dass sie auf Dauer einfach nicht zu verdrängen war! Entsprechend nahe lag es, namentlich zu Krisenzeiten wie anlässlich der Stationierung der amerikanischen Pershing II und Cruise Missiles, sich über gelagerte Waffensysteme, deren Effekte im Einsatzfalle, Militärstrategien sowie über Auswege aus der Rüstungsspirale und alternative Verteidigungskonzepte schlau zu machen. Erleichtert wurde dies nicht zuletzt dadurch, dass entsprechende Expertisen durchaus auch den Weg in die heute so genannten Mainstreammedien fanden. Der Stern zum Beispiel ging ein hohes Risiko ein, als er im Frühjahr 1981 eine Karte mit allen Atomwaffenstandorten in der alten Bundesrepublik – und später auch in der DDR – veröffentlichte.

Heute, 30 Jahre später, ist das allgemeine Bewusstsein über die Gefährlichkeit atomarer Sprengköpfe und anderer Massenvernichtungsmittel längst nicht mehr so ausgeprägt, was nicht nur für weite Teile der Bevölkerung, sondern – schlimmer! – auch für den Großteil der verantwortlichen Politiker und tonangebenden Journalisten zu gelten scheint. Dreißig Jahre ohne atomare Kurz- und Mittelstreckenraketen, das unschätzbare Erbe Gorbatschows!, scheinen uns alle etwas eingeschläfert zu haben! Die Bedrohung, sollte sie überhaupt als solche perzipiert werden, hat sich aus mitteleuropäischer Perspektive um rund tausend Kilometer nach Osten verlagert. (Dass dies im

Ernstfall natürlich nicht den geringsten Unterschied machen würde, steht auf einem anderen Blatt.) Kurz: Gefühlte und reale Bedrohung klaffen weit auseinander!

Hinzu kommt ein sozialpsychologisches Gesetz: Große Massen von Menschen werden in der Regel dann aktiv, wenn einschneidende qualitative Verschlechterungen der Gesamtlage entweder kurz bevorstehen (Nachrüstung in den Achtziger Jahren) oder sich unmittelbar zuvor ereignet haben (Reaktorkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima). Gegen schleichend auftretende Katastrophen, wie den Klimawandel oder die bislang kontinuierlich wachsenden Spannungen zwischen dem Westen und Russland, lassen sich erheblich weniger Menschen mobilisieren.

#### Was tun?

So sehr es nach klassischer „Verelendungstheorie“ klingen mag: Im Falle der Kündigung des für Europa – und damit ist Russland als europäisches Land, das zu weiten Teilen in Asien liegt, ausdrücklich mitgemeint –, im wahrsten Sinne existenziellen INF-Vertrages durch Trump, könnte die ‚kritische Masse‘, was die reale und gefühlte Bedrohung angeht, möglicherweise erreicht sein. Vielleicht besteht ja nun die Chance für eine breite und internationale Gegenbewegung!

Es wäre nicht schlecht, wenn diejenigen, denen eine Friedensbewegung 2.0 am Herzen liegt, sich jetzt schon mal auf die qualitativ neue Situation vorbereiten würden. Wünschenswert wären zum Beispiel kurze verständliche Infomaterialien über die Genese des neuen Ost-West-Konfliktes, die neue militär- und geopolitische Lage in Europa und auf dem gesamten eurasischen Kontinent, die Erstellung eines neuen „Militarisierungsatlas Bundesrepublik Deutschland“ (einen solchen gab es in den Achtzigern) sowie der Aufbau von Netzwerken im realen und virtuellen Raum. Letzteres dürfte – ganz im Gegensatz zur ideologisch und real hermetisch getrennten Welt des ersten Kalten Krieges – im Zeitalter des Web 2.0 die internationale Zusammenarbeit, insbesondere derjenigen, die sich offiziell wieder als Feinde betrachten sollen, sehr erleichtern.

**Es gibt eine Menge zu tun. Packen wir es an!**

<https://deutsch.rt.com/meinung/78669-neues-wettrusten-und-kein-widerstand/>  
Dr. Leo Ensel ist Oldenburger Organisationsberater und interkultureller Trainer (Universität Oldenburg)

**Presse-Communiqué der 1. Internationalen Konferenz gegen US- und NATO-Militärbasen in Dublin**

World Peace Council, 22.11.18, [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP15118\\_281118.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP15118_281118.pdf)

# Matthias Schindler

## Nicaragua: In der Revolution hat es einen Konstruktionsfehler gegeben

*Die Ereignisse in Nicaragua seit 18. April 2018 müssen im Licht einer langen internen Entwicklung im Land gesehen werden*

Matthias Schindler B.A. ist Gründungsmitglied des Hamburger Nicaragua-Vereins, der die Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und León maßgeblich mitgestaltet hat. Er ist seit fast 40 Jahren in der Solidarität mit dem Land aktiv. Seine Bachelorarbeit, die er im Sommer 2017 an der Universität Hamburg vorlegte, trägt den Titel: „Welche internen Gründe gab es für das Scheitern der Sandinistischen Revolution? – Demokratie und Autoritarismus unter der FSLN-Regierung in Nicaragua (1979-1990)“. Das Interview in der SiG-Redaktion führte er am 22. Oktober in Hamburg.

**SiG: Matthias, wann warst du zuletzt in Nicaragua?**

**MS:** Ich war zuletzt im Land, als die Demonstrationen gerade begonnen haben. Sie richteten sich gegen die Passivität der Regierung angesichts der großen Feuer in dem Naturreiservat Indio Maíz, dem größten Naturschutzgebiet des Landes. Dabei handelte es sich aus meiner Wahrnehmung um Studentendemonstrationen mit rund hundert Menschen.

**Wie kam es zu dieser Eskalation in den Tagen vom 18.-22. April?**

Konkreter Anlass war der Umstand, dass die Studenten sich in ihrer Demonstrationsfreiheit eingeschränkt sahen, da sie von regierungsnahen Jugendlichen bedrängt und geschlagen wurden. Die Studenten beschwerten sich bei der Menschenrechtskommission CENIDH, riefen eine Pressekonferenz ein und setzten ihre Demonstrationen am Folgetag fort. Hier kam es dann das erste Mal zur Konfrontation mit der Polizei und Aufstandsbekämpfungseinheiten.

**Wie lang hast du das selber beobachtet?**

Nach den ersten Demonstrationen bin ich abgereist. Wenige Tage später wurde die Rentenreform verabschiedet. Die Renten wurden um fünf Prozent gekürzt, die Arbeitgeber- und auch die Arbeitnehmerbeiträge für die Rentenkasse erhöht. Als dieses Thema von den Demonstranten aufgegriffen wurde, begann die richtig massive Unterdrückung mit den ersten Todesopfern, weil nun scharfe Munition gegen die Demonstrierenden eingesetzt wurde.

**Hat nicht der IWF diese Rentenreform verlangt?**

Ortega hat sich aber gegen den Vorschlag des IWF gewendet, indem er in seiner Reform den Unternehmern mehr Lasten aufbürdet und weniger den Arbeitern und Angestellten. Auch die Rente wurde weniger gekürzt, als das eigentlich vom IWF gefordert wurde.

Aber es gab noch etwas anderes, was bestimmt zur Verbreiterung der Proteste geführt hat: Seit vielen Jahren gibt es in Nicaragua eine in der Verfassung verankerte Zusammenarbeit zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften. Diese hat Ortega durch seine Entscheidung verletzt, denn er hat kraft seines Amtes als Präsident die Rentenreform verordnet. Der Unmut entzündete sich aber daran, dass hiermit das Sozialversicherungsinstitut vor dem finanziellen Kollaps bewahrt werden sollte, dessen Probleme zum großen Teil die Folge von Misswirtschaft und Korruption sind.

**Also ist das eine Entwicklung, die nicht überraschend kommt. Was ist passiert, dass das solche Ausmaße annehmen konnte?**

Die Themen Indio Maíz und die Sozialreformen stellen nur den Anlass dar. Ohne einen Rückblick auf die letzten elf Jahre Regierung Ortega sind meiner Ansicht nach die Ursachen dieses Stimmungsumschwungs nicht zu verstehen. Es ist ein Fakt, dass Ortega praktisch die gesamte Verfassung auf seine Person umschreiben ließ. So hat er das Verbot der Wiederwahl der Präsidentschaft herausnehmen lassen. Ebenso ließ er das Verbot, dass Verwandte an der Regierung beteiligt sein können, entfernen. Mit der Folge, dass alle wichtigen Institutionen des Landes, wie der Oberste Gerichtshof [1], der Oberste Wahlrat, die Staatsanwaltschaft, die Polizei, die Armee sowie die großen Fernsehkanäle unter der direkten Kontrolle von ihm oder seiner Familie stehen. Der Unmut über diese politische Situation entlud sich nach meiner Wahrnehmung aber bisher deshalb nicht, weil die wirtschaftliche Situation bis vor kurzem für eine gewisse materielle Zufriedenheit sorgte. So wurden zahlreiche soziale Projekte mit Hilfe der Öl-Dollars aus Venezuela finanziert. Mit dem Verfall des Ölpreises reduzierte Venezuela diese Unterstützung massiv. Mit der Folge, dass bedeutsame Projekte,

wie zum Beispiel die Subventionierung des öffentlichen Transportwesens, eingestellt werden mussten.

**Zu welchen Gruppen in Nicaragua unterhältst du Kontakte?**

Etwas vereinfacht ausgedrückt, fast alle Leute, die ich in León kenne, gehören der Sandinistischen Front, der FSLN, an und die große Mehrheit von ihnen unterstützt die Regierung Ortega. Mit einigen bin ich teilweise seit 30 Jahren befreundet. Die Situation jetzt stellt natürlich auch aus dieser Sicht ein Drama dar. Die Kommunikation ist ziemlich eingefroren, seit fast offiziell bekannt ist, dass Leute, mit denen ich bis vor kurzem sehr engen Kontakt hatte, auch bei den Paramilitärs aktiv und somit an der bewaffneten Unterdrückung der Bevölkerung beteiligt sind. So problematisch stellt sich die Lage in León dar.

In Managua dagegen habe ich Kontakte zu wichtigen Teilen der Oppositionsbewegung. Dabei handelt es sich um die unabhängige Frauenbewegung, die seit Jahrzehnten die Avantgarde für Demokratie und Freiheit in Nicaragua darstellt. Ihr gehören Frauen an, die im Alter von über 60 oder fast 80 Jahren demonstrieren gehen. Sie alle haben damals aktiv gegen Somoza gekämpft. Das ist eine wichtige Kontaktgruppe für mich und dann gibt es noch verschiedene andere, die sich ebenfalls für demokratische Verhältnisse in Nicaragua einsetzen.

**Eine Reportage auf Arte [2] zeigt Studenten, die zu Präsident Ortega sagen: Wir reden nicht mit Ihnen, weil Sie unsere Kommilitonen ermordet haben.**

**Warum ist das jetzt so eskaliert, dass kein Dialog zwischen Ortega und der Opposition, auch ehemaligen Mitstreiterinnen und Mitstreitern möglich ist?**

Um es klarzustellen, der Dialog ist nicht von den Studenten abgelehnt worden. Es ist richtig, es gibt diese Szene, in der Studenten zu Ortega sagen, dass es nichts zu verhandeln gebe, da ihre Kommilitonen

ermordet worden seien. Sie fordern ihn stattdessen auf, schnell das Land zu verlassen. Aber Fakt ist, die Studenten sind zu den Verhandlungen hingegangen. Abgebrochen wurden die Gespräche von Präsident Ortega. Die katholische Kirche im Land, die bisher eine Vermittlerposition einnahm, sieht sich nun ebenfalls Repressionen und Gewalt ausgesetzt. Ortega unterstellt den Geistlichen Terrorismus, weil sie die Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung kritisieren. International wird das Ausmaß der Gewalt in einem Bericht von Amnesty International dokumentiert. [3] Hinzu kommen die Schnellprozesse. Mittels erfundener Anklagen werden hier Menschen, die an Demonstrationen teilnahmen, kriminalisiert und teilweise zu 10, 20 oder mehr Jahren Haft verurteilt.

**Erst ab Juli wurde in der deutschsprachigen Presse umfassender über die aktuelle Situation in Nicaragua berichtet. Da gab es dann auch die Stimmen, die meinten, dass diese Proteste gegen die Regierung nur auf Einmischung von außen beruhen könnten.**

Es gibt eine Riesendiskussion darüber, ob der aktuelle Konflikt von außen nach Nicaragua hineingetragen wurde, durch den CIA oder bestimmte US-Stiftungen. Es ist jedoch eine Tatsache, dass es trotz atmosphärischer Störungen bis zu diesem Zeitpunkt eine hervorragende Zusammenarbeit mit den USA gab. Das gilt im besonderen Maße für die großen US-kontrollierten Finanzinstitute sowie IWF und Weltbank. Auch die Zusammenarbeit mit den US-Drogenbekämpfungseinheiten verlief verlässlich.

**Demnach gab es für die USA keinen Grund Ortega stürzen zu wollen...**

Nein, die Wirtschaftsverbindungen zwischen den USA und Nicaragua haben sich innerhalb der letzten zehn Jahre erfolgreich entwickelt. Importe und Exporte sind gewachsen. Die USA gilt als der wichtigste und größte Handelspartner Nicaraguas und war dabei noch an Bedeutung zu gewinnen. Eine Zusammenarbeit, die im Übrigen unter völlig normalen kapitalistischen Bedingungen stattfand.

**Wie kam es, dass die FSLN sich dem Neoliberalismus zugewandt hat?**

Eigentlich muss man da in die Zeit nach der sandinistischen Revolution von 1990 bis 2006 zurückgehen, als Nicaragua von bürgerlichen Parteien regiert wurde...

**Chamorro...**

Die Regierungen Chamorro, Alemán und Bolaños. Aber selbst in dieser Zeit verfügten die Sandinisten immer über eine Repräsentation im Parlament. Ab 1990 konzentrierte sich die Parteiführung, die während der Revolutionsjahre noch kollektiv organisiert war, jedoch immer mehr auf die Person Ortegas. Einstige Kampfgefährten und -gefährten werfen ihm vor, dass der persönliche Vorteil und der seiner Familie sowie der Machterhalt für ihn wichtiger geworden seien als die Weiterentwicklung einer demokratisch-sozialistischen Politik. Darüber ist in der Partei keine Verständigung mehr möglich gewesen. Aus diesem Grunde verließen auch wichtige Persönlichkeiten des Befreiungskampfes und der vormaligen sandinistischen Regierung wie zum Beispiel Mónica Baltodano, Sergio Ramírez oder Ernesto Cardenal die Partei.

**Ich las bei Gioconda Belli [4], dass Ortega es damals schon verstanden habe, die politischen Tendenzen, die es ja unter den neun Comandantes in der Nationalen Leitung gab, um der Einheit der FSLN willen zum Schweigen zu bringen und somit schon früh begann, alles auf seine Person zu konzentrieren.**

Meine These ist, dass es einen gewissen Konstruktionsfehler in der Revolution gegeben hat, der von Anfang an da war und der sich immer weiter verselbstständigt hat. Nach meiner Meinung verfolgten die Sandinisten das Konzept einer autoritären, von oben geführten Befreiung des Volkes, während es kein ausreichendes Bewusstsein für die Bedeutung einer demokratischen Struktur der Gesellschaft gab.

**Das schreibt Belli auch und auch Ramirez äußert sich da ähnlich. Er sagt, das war nie als demokratisches Projekt gedacht. [5] Belli erklärt es sogar psychologisch.**

Das würde ich allerdings nicht ganz so teilen. Denn wenn man die Schriften zum Beispiel von Carlos Fonseca Amador liest, erscheint das alles sehr demokratisch gedacht. Das heißt, einen Teil der offiziellen Politik und interner Schulungen machten Parteienpluralismus, Gewerkschaftspluralismus und Demonstrationenfreiheit aus. Demokratische Elemente, die unter der Diktatur Somoza nicht vorhanden waren, waren erst Bestandteil des Programms der FSLN und dann der Verfassung. Trotzdem gab es sozusagen ein zweites Verständnis dieser Guerilla und der Guerillaführer. Sie sahen sich nach

paternalistischer Art und Weise als Führer des Volkes, als Avantgarde. Gezeigt hat sich das beispielsweise darin, dass es während 10 Jahren Revolution nicht einen einzigen Parteitag der FSLN gegeben hat.

**Was hat euch damals so an dieser Revolution in Nicaragua 1979 begeistert?**

Das lässt sich vielleicht am besten autobiographisch erklären. Als junge Menschen demonstrierten wir gegen den Krieg in Vietnam, die Verhältnisse in Kambodscha oder gegen das Schah-Regime im Iran. In all diesen Fällen wurde unsere Hoffnung auf eine Verbesserung der Verhältnisse massiv enttäuscht, weil dort neue, teilweise extrem repressive Gesellschaften entstanden. Als es 1979 zum Sieg der Sandinisten und der Befreiung des Landes von der Diktatur Somoza kam, reagierten wir enthusiastisch. Wir reisten in das Land und erlebten eine unglaubliche Aufbruchstimmung, Freiheit und Parteilichkeit. Ob Sandinisten, Kommunisten, Sozialisten, Liberale, es gab die Möglichkeit mit jedem zu reden. Es bestand auch eine Gemeinsamkeit zwischen den Christen und der Revolution. Ernesto Cardenal, der heute auch von der Regierung Ortega verfolgt wird, gilt als einer der wichtigsten Botschafter der Verständigung von Marxismus und Christentum. Doch es kam auch zu staatlichen Willkürakten, wie wir heute durch einige Autobiographien wissen.

**Inwiefern Willkür?**

Als die Sandinisten Somoza besiegt hatten, inhaftierten sie einige Tausend Nationalgardisten. Viele sind zwar begnadigt worden und frei gekommen, aber andere blieben jahrelang im Gefängnis, obwohl ihnen keine konkreten Verbrechen nachgewiesen werden konnten. Während der sandinistischen Herrschaft haben die nicaraguanischen Gegner der Revolution, die Contras [6], viele Verbrechen begangen, Lehrer und Ärzte ermordet oder Bauernkooperativen zerstört. Aber auch auf sandinistischer Seite war es während der Revolution keineswegs nur demokratisch und rechtsstaatlich zugegangen. Um dennoch nach der Abwahl der Sandinisten 1990 ein friedliches Zusammenleben ermöglichen zu können, verständigte man sich auf die Formel: Die Vergangenheit wird vergessen, es wird bei Null angefangen. Das heißt aber, dass nicht aufgearbeitet, sondern verdrängt wurde. Dennoch hat dieses Konzept aus meiner Wahrnehmung bei vielen funktioniert. Familien, die durch die Revolution und den Bürgerkrieg zerrissen wurden, haben sich ausgesöhnt.

### **Und warum funktioniert das jetzt nicht?**

Die Oppositionsbewegung hat erklärt, dass es dieses Modell des Vergessens heute nicht wieder geben kann. Alle Gruppen sind sich einig in der Bewertung, dass alle seit April begangenen Gewalttaten ermittelt und bestraft werden müssen. Wie auch der Amnesty Bericht zeigt, haben die Regierungsbehörden Hunderte von Toten zu verantworten. Dadurch ist Präsident Ortega natürlich in eine aussichtslose Situation geraten, weil es praktisch nachgewiesen ist, dass er und seine Frau, die Vizepräsidentin Rosario Murillo, diese Paramilitärs und die Polizei persönlich aufgefordert und ihnen befohlen haben, die Demonstrationen zu unterdrücken und somit diese Hunderte von Ermordeten und Tausende von Opfern der Gewalttaten zu verantworten haben. Das heißt, jede Regelung, die mit Ortega getroffen werden kann, ob mit internationaler Aufsicht oder ohne, wird als einen Punkt das Konzept der Übergangsgerechtigkeit enthalten. Die strafrechtliche Untersuchung und Bestrafung der Gewalttaten ist nicht mehr vom Tisch zu bekommen. Aber Ortega wird niemals akzeptieren, sich einem solchen Prozess zu unterwerfen. Deswegen ist es auch überhaupt nicht absehbar, was weiterhin passieren wird.

### **Aber wie sollte das denn auch gehen, wenn die Strukturen so sind, wie du beschrieben hast.**

Aus Sicht der Opposition ist klar, dass alle, die als Komplizen des aktuellen Systems betrachtet werden, ihre Ämter aufgeben müssen. Solange diese Leute im Obersten Wahlrat, der die Wahlen von 2011 und 2016 gefälscht hat, und am Obersten Gerichtshof sitzen, kann es keine demokratischen Wahlen geben, keinen Prozess der Demokratisierung und der Wiederherstellung eines Rechtsstaates. Damit geht es also nicht allein darum, Ortega abzusetzen, sondern das gesamte politische System muss von Grund auf reformiert und personell neu besetzt werden.

### **Worauf läuft das also hinaus?**

Es ist aus meiner Sicht ein politisches Wunder, dass die Oppositionsbewegung bis heute daran festhält, dass sie einen zivilen Kampf führt und keinen bewaffneten. Aber ich habe wörtlich von Freunden aus Nicaragua die Nachricht bekommen: „Wir haben jetzt genug geblutet. Jetzt müsst ihr aus dem Ausland Druck auf unsere Regierung ausüben, dass es zu einem Wandel kommt. Wir können nur auf die Straße gehen, aber viele halten das nicht

mehr aus.“ Man muss auch wissen, dass mehr als 40 000 [7] Nicaraguaner inzwischen nach Costa Rica flohen und um politisches Asyl baten, weil sie um ihr Leben fürchteten.

### **Was genau können wir tun?**

Ich halte es für sehr problematisch, sich in die inneren Verhältnisse eines anderen Landes einzumischen und im Prinzip bin ich grundsätzlich dagegen. Wenn es aber eine Bewegung gibt, die uns legitimerweise dazu auffordert, sie in einem friedlichen und demokratischen Kampf zu unterstützen, finde ich, ist es eine Pflicht für jeden Menschen, der Menschenrechte und demokratische Grundrechte für wichtig hält, diesem Aufruf auch zu folgen. Ob sich in der Folge dann zum Beispiel eine provisorische Regierung bildet, müssen die Nicaraguaner souverän selbst entscheiden.

### **Vor kurzem haben sich die verschiedenen Oppositionsgruppen zu der Bewegung „Unidad Azul et Blanco“ zusammengeschlossen...**

Alle wichtigen Gruppen der letzten Monate treten nun als Nationale Einheit Blau und Weiß (die Nationalfarben Nicaraguas) auf. Diese Allianz stellt zwei Hauptforderungen: Erstens Freiheit und Demokratie, das heißt Selbstbestimmung und saubere Wahlen, und zweitens: Gerechtigkeit, in dem Sinne, dass die Verbrechen der letzten sechs Monate aufgeklärt werden und dass die Täter sowie ihre Auftraggeber bestraft werden müssen.

### **Ich las, dass die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit der Regierung Ortega schon 2012 eingefroren wurde auf Grund der verfassungswidrigen Wiederwahl Ortegass 2011.**

Es gibt meines Wissens noch vielfältige Formen der Zusammenarbeit, auch viele Projekte. Diese Projekte laufen teilweise über viele Jahre auf unterschiedlichen Ebenen, vor allem aber auf der lokalen. Die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua ist der Auffassung, dass alle Projekte, die unmittelbar der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort dienen, weitergeführt werden sollten. Wir legen aber großen Wert darauf, dass wir Gelder nicht mehr über offizielle staatliche Strukturen und schon gar nicht über Strukturen kanalisieren, die mit der FSLN zu tun haben. Hier wollen wir erstens ein politisches Signal setzen und zweitens haben wir auch kein Vertrauen mehr, dass das Geld richtig verwaltet wird.

### **In der Berichterstattung gerade bei linken Publikationen, insbesondere Webseiten fand und findet man häufig eine ganz andere Einschätzung der Lage.**

#### **Wie stehst du dazu?**

Es gibt innerhalb der deutschen Linken und in einem sehr kleinen Sektor der Nicaragua-Solidaritätsbewegung Auffassungen, die meinen, dass Daniel Ortega und sein Regime politisch-historisch fortschrittlich seien und deswegen unterstützt werden müssten. Sie begründen ihre Haltung damit, dass sie der Protestbewegung unterstellen, dass sie von den USA erzeugt worden sei, um ein in ihren Augen fortschrittliches Regime zu stürzen. Dieser Position kann ich nur hundertprozentig widersprechen. Unabhängig davon, dass es schon immer, seit Jahrhunderten, Versuche der USA gab, in Nicaragua und dem ganzen lateinamerikanischen Kontinent Einfluss zu erlangen, ist diese Bewegung eine authentische, die von unten aus den nicaraguanischen Problemen heraus entstanden ist. Wir bemühen uns darum, über verschiedene Medien die Wahrheit durchdringen zu lassen.

#### **Warum ist das wichtig?**

Ein Großteil von uns, nicht alle, sieht sich als Teil einer allgemeinen linken Bewegung. Wenn wir uns jetzt nicht mit den Opfern der orteguistischen Gewalt in Nicaragua solidarisieren, dann werden sie sich andere Bündnispartner suchen – und die stärksten gibt es in den USA. Das heißt, es ist auch aus diesem Grund unsere Pflicht, uns zu solidarisieren, damit wir zum Beispiel die Studenten davor bewahren können, sich andere Bündnispartner zu suchen, die eigene Interessen verfolgen und denen die eigentlichen Ziele der demokratischen Bewegung völlig gleichgültig sind.

Die linke Bewegung war immer internationalistisch. Die internationale Solidaritätsbewegung unterstützte immer die Opfer von Gewaltherrschaft gegen ihre Unterdrücker. Unsere Solidarität mit den Opfern von Gewalt darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob sich die Diktatoren selbst als "links" oder "rechts" oder sonst wie bezeichnen.

(Die Fragen stellte Sabine Gondro)

[1] 2007 wurde die Richterin Juana Méndez in den Obersten Gerichtshof berufen; sie hatte einige Jahre vorher das Verfahren der Stieftochter Ortegass Zoilamérica Narváez gegen ihn wegen langjährigen Missbrauchs und Vergewaltigung mit der Begründung, dass diese Vorwürfe verjährt seien, niedergeschlagen. Vgl. dazu [hier](#)



[2] <https://www.arte.tv/de/videos/084613-000-A/nicaragua-aufstand-der-jungen/>

[3] [Amnesty International](#), 18.10.18: Dokumentation schwerer Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen im Zeitraum Juli-Sept. seitens der nicaraguanischen Behörden.

[4] Gioconda Belli (2003): Die Verteidigung des Glücks, dtv (*Bellis Autobiographie*)

[5] Sergio Ramírez im [Taz](#)-Interview

[6] Von der Reagan-Regierung aktiv unterstützter Contra-Krieg (1984-86). 1986 wurde die USA vom Internationalen Gerichtshof für ihr militärisches und paramilitärisches Eingreifen in Nicaragua verurteilt.

[7] Stand: Ende Oktober 2018

**Aktualisierung:** Am 23. Mai war der Nationale Dialog mit den Oppositionsvertretern von Ortega einseitig abgebrochen worden, weil er den Dialog moderierenden katholischen Kirche vorwarf, ihre Neutralität in dem Konflikt aufzugeben zu haben. Die Kirche erklärte An-

fang Dezember offiziell, dass sie trotz der fortgesetzten massiven Angriffe gegen sie ([vaticannews](#)) weiterhin bereit sei, nach Lösungen für eine Wiederaufnahme des Dialogs zu suchen ([vaticannews](#)). Auch in der Zivilgesellschaft gibt es Zeichen dafür. Das spiegelt sich in der [Erklärung](#) von Ernesto Medina wider, der Ende November seinen Rücktritt als Rektor der Universidad Americana (UAM) in Managua erklärte, um nun seine ganzen Erfahrungen und Fähigkeiten in die Suche nach einer friedlichen politischen Lösung für die Zukunft Nicaraguas zu investieren. Medina nahm bereits als Vertreter der Zivilgesellschaft in beratender Funktion an dem Nationalen Dialog im Mai teil. Ebenso macht die Menschenrechtsanwältin, Mónica Lopez Baltodano, die seit Oktober Sprecherin im Koordinationskreis des Oppositionsbündnisses Unidad Azul y Blanco ist, in einem [Interview](#) im November deutlich, dass das Bündnis dafür arbeiten müsse, unter allen Umständen einen

Bürgerkrieg zu vermeiden.

Die Repression, der sich Medien ausgesetzt sehen, die sich in privater Hand befinden, hat sich Anfang Dezember noch einmal verschärft (Vgl. [La Prensa](#) sowie [The Guardian](#)). Juristen sehen darin den Versuch, kritische Berichterstattung zu erschweren bzw. zu verhindern. Fast zeitgleich wurde damit begonnen, regierungskritische NGOs aufzulösen. Seit dem 10. Dezember wurden neun NGOs über entsprechende Parlamentsbeschlüsse (die FSLN hat hier die Mehrheit) die Rechtspersönlichkeit entzogen, sie dürfen keine Geschäfte mehr machen und ihr Vermögen fällt in der Regel an den nicaraguanischen Staat. Unter anderem betroffen sind das Menschenrechtszentrum CENIDH (gegründet 1990) und die Gesundheitsorganisation Cisas (gegründet 1983, vergleichbar mit Pro Familia in Deutschland). [Latina-press.com](#), [amerika21](#) sowie <https://orf.at/m/stories/3104339/>

## Rudi Kurz

# USA erklären Nicaragua zur Bedrohung der nationalen Sicherheit

**Washington.** US-Präsident Donald Trump hat Nicaragua zu einer *"außerordentlichen und ungewöhnlichen Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der USA"* erklärt. Die Situation dort bedeute einen "nationalen Notstand" für sein Land, heißt es in der [Executive Order](#) des Präsidenten. Das Dekret vom 27. November diene im ersten Schritt zur [Verhängung](#) von Sanktionen gegen Vizepräsidentin Rosario Murillo und den Sicherheitsberater von Präsident Daniel Ortega, Nestor Moncada Lau. Ihnen wird *"die Ausbeutung des Volkes und der öffentlichen Ressourcen Nicaraguas"* vorgeworfen.

Am selben Tag [verabschiedete](#) der US-Senat einstimmig ein *"Menschenrechts- und Antikorruptionsgesetz"*, das Strafmaßnahmen gegen die nicaraguanische Regierung vorsieht und den sogenannten Nica Act (Nicaraguan Investment Conditionality Act), der internationale Finanzinstitute daran hindert, Kredite an diese [zu vergeben](#).

Der demokratische Senator Bob Menendez, der den neuen Gesetzentwurf eingebracht hatte, erklärte, dass damit eine Verhandlungslösung für die Krise und die Verpflichtung zur Abhaltung vorgezogener Wahlen befördert werden solle. Wenn das US-Außenministerium bestätige, dass die Präsident Ortega Schritte unternimmt, um demokratische Wahlen abzuhalten, die Menschenrechtssituation verbessere, die Korruption bekämpfe und die Rechts-

staatlichkeit stärke, könne das Gesetz für ein Jahr ausgesetzt werden.

Die Regierung Ortega [bezeichnete](#) die neue Verschärfung als *"historische Kontinuität der Einmischung im Rahmen der interventionistischen Politik der USA"*. Mit Verweis auf die vielen Unabhängigkeitskämpfer in der Geschichte Nicaraguas hieß es einer Stellungnahme, dass das Land weder verkauft noch kapitulieren werde. Im regierungsnahen Radio la Primerísima wurden die Sanktionen und Drohungen in Zusammenhang zum einstigen Contra-Krieg der USA gegen das Land [gestellt](#), es sei die *"ewig gleiche alte Geschichte"*.

Die USA beharrten auf ihren Angriffen gegen Nicaragua. Sie hätten als Verantwortliche für Massaker und Staatsstreich in aller Welt jedoch keine moralische Autorität, über Menschenrechte zu sprechen, [kommentierte](#) Boliviens Präsident Evo Morales das Trump-Dekret im Kurznachrichtendienst Twitter. Das lateinamerikanische Staatenbündnis Bolivarische Allianz, ALBA [1] [verurteilte](#) die Sanktionen scharf und wertet sie als Versuch, erneut gewaltsame Proteste in Nicaragua zu schüren. Die Regierungen [Kubas](#) und [Venezuelas](#) wiesen die Strafmaßnahmen zurück bekräftigten ihre *"Solidarität mit der Regierung und dem Volk Nicaraguas"*.

Zur Lage in Lateinamerika: [SiG 121](#)  
*"Schwierige Zeiten in Lateinamerika - daraus lernen"*

protest\_us\_sanktion\_gegen\_nicaragua\_.png



Protest-Kampagne der "Globalen Allianz für Gerechtigkeit" in den USA gegen den Nica Act - Quelle: [afgj.org](#)

(...) Nachdem US-Sicherheitsberater John Bolton Anfang November Kuba, Venezuela und Nicaragua als "Troika der Tyrannei" bezeichnet und die Verschärfung von Sanktionen angekündigt hatte, kamen die neuen Vorstöße nicht ganz unerwartet.

Die USA hatten 2015 unter dem damaligen Präsidenten Barack Obama Venezuela zur Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA erklärt und damit den Weg für Strafmaßnahmen aller Art freigemacht. Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba wurde 1961 verhängt und seitdem mehrmals verschärft.

<https://amerika21.de/2018/12/218669/usa-nicaragua-sanktionen>

[1] ALBA: wirtschaftliches und politisches Bündnis von derzeit 11 Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Die größten Länder darin sind: Bolivien, Kuba und Venezuela

# Gerd Schumann

## Geschichte Nicaraguas

### Unabhängigkeit

Die USA drängten Mitte des 19. Jahrhunderts den englischen Handel in Zentralamerika zurück und erklärten die Region zu ihrem Interessengebiet (Monroe-Doktrin), in das keine europäische Macht eindringen dürfe. 1855 mißlingt der Versuch, das Land zu einem Bundesstaat der USA umzuwandeln. Dennoch halten konservative Führungsschichten, denen große Ländereien gehören, freundschaftliche Beziehungen zu den USA aufrecht. Die Vereinigten Staaten erwerben das Recht, militärische Truppen im Land zu stationieren.

1893 stürzen liberale Kräfte die konservative Regierung und schwächen den Einfluss der USA. Konservative Kräfte bitten die USA 1912 um Intervention. In den folgenden Jahren legen amerikanische Söldnerheere Managua in Schutt und Asche. Die Bevölkerung reagiert mit Streiks, Aufständen und Massendemonstrationen gegen die Besatzung.

1926 nimmt General Sandino mit bewaffneten Bergarbeitern den Kampf gegen die Konservativen und die amerikanische Besatzerarmee auf. Sandino gewinnt gegen die haushohe technische Überlegenheit der Amerikaner. In einem 7 Jahre andauernden Guerillakrieg zwingt er die Amerikaner zum Verlassen des Landes, unterstützt durch den Druck der Weltöffentlichkeit, die die amerikanische Einmischungspolitik verurteilt.

### Zeit der Somoza-Diktatur

Allerdings haben die Amerikaner während der Besatzungszeit geholfen, die „Guardia Nacional“ aufzubauen und auszurüsten. An ihrer Spitze steht der spätere Diktator Anastasio Somoza. Die Nationalgarde ist es auch, die 1934 Sandino ermordet und mit Somoza als Präsident die Herrschaft über das Land übernimmt, nachdem sie die revolutionäre Bewegung durch die Ermordung von 5000 Menschen zerschlagen hat.

Die Familie Somoza bietet den USA freundschaftliche Beziehungen an und fördert mit Rückendeckung des „großen Bruders“ die systematische Bereicherung der Großgrundbesitzer, insbesondere der eigenen Familie. 1979 gehören den Somozas 25% aller Ländereien Nicaraguas; 60% des Bruttoinlandsproduktes entfallen auf Unternehmen, die der Familie gehören. Durch die Orientierung der nicaraguanischen Wirtschaft auf Export kommt

es zu Versorgungsengpässen bei Grundnahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs für die Bevölkerung. 1972 zerstört ein Erdbeben Managua fast vollständig. An den internationalen Spendengeldern für die Opfer des Erdbebens, 10 000 Toten, 20 000 Verletzten und 250 000 Obdachlosen, bereichert sich der Somoza-Clan um 500 Mio. Dollar.

1961 hat sich die FSLN (Frente Sandinista de liberacion Nacional /Sandinistische Front der Nationalen Befreiung) gebildet, die ab 1972 immer stärkeren Rückhalt in der Bevölkerung gewinnt. Der ab 1974 das ganze Land erfassende Bürgerkrieg zwischen der Nationalgarde und den Sandinisten endet 1979 mit der Flucht Somozas. Er setzt sich mit seinem Vermögen in die USA ab, gefolgt von einem Großteil der Offiziere und Soldaten der Nationalgarde.

### Sandinistische Regierungen

Am 19. Juli 1979, dem heutigen Nationalfeiertag, übernimmt eine „Regierung des Nationalen Wiederaufbaus“ die Regierungsgeschäfte und verstaatlicht die Banken, Minen und den Außenhandel. 1980 wird in einer breit angelegten Alphabetisierungskampagne der Analphabetismus von 50% bis auf 12,5% abgesenkt. Eine Landreform enteignet die Farmen der Somoza-Familie und verteilt die Ländereien auf besitzlose Familien.

1980 verlässt Violetta Chamorro die Regierung und bildet eine bürgerliche Opposition gegen die von Sandinisten dominierte Regierung. Die USA finanzieren die Wiederbewaffnung ehemaliger Nationalgardisten, die sich „Contra“ nennen und von Honduras und Costa Rica aus in Nicaragua Anschläge verüben. Die Wirtschaftshilfe der USA wird eingestellt. Zunehmende Contra-Angriffe fordern große menschliche und wirtschaftliche Opfer.

1984 gewinnen die Sandinisten bei den ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes die absolute Mehrheit. Die USA verminen die Häfen des Landes und verhängen einen totalen Wirtschaftsboykott über das Land. Durch das Fehlen von Ersatzteillieferungen wird die unterentwickelte Industrie des Landes weiter geschwächt. Auch in der Landwirtschaft gibt es starke Einbußen.

Der Krieg zwischen Contra und Regierungstruppen fordert immer mehr Opfer. Ca. 50 000 Zivilisten und Soldaten fallen bis 1989 bei Angriffen der Contra auf mi-

litärische und vor allem zivile Einrichtungen wie Kindergärten, schulen und Gesundheitsstationen. Ihr Ziel ist es, Nicaragua zu destabilisieren. Und dazu ist ihr jedes Mittel recht. Die USA unterstützen dieses Vorhaben mit etwa einer halben Milliarden Dollar zwischen 1980 und 1988. Die nicaraguanische Regierung führt die allgemeine Wehrpflicht ein und muss knapp 50% des Staatshaushaltes in die Verteidigung stecken. Weitere wirtschaftliche und soziale Verschlechterungen sind die Folge; es herrscht Hyperinflation. In fast jeder Familie gibt es Kriegsoffer.

Die Sandinistische Regierung klagt vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag /Holland gegen den amerikanischen Wirtschaftsboykott und die Verminung der Häfen. Das Gericht schätzt den eingetretenen Schaden auf 12,3 Milliarden Dollar und spricht die USA schuldig. Bis heute haben die USA keinen Cent bezahlt. [1]

### Die UNO-Regierung

1990 geht aus den Wahlen zur Nationalversammlung das bürgerliche Wahlbündnis UNO (Union Nacional Opositora) als Sieger mit absoluter Mehrheit hervor. Die Sandinisten bleiben zwar mit 40% der Stimmen die stärkste Partei, müssen aber in die Opposition. Die UNO unter der Präsidentin Violetta Chamorro schafft die Wehrpflicht ab, erreicht die Beendigung des Bürgerkrieges und erhält Zusagen der USA auf Wirtschaftshilfe.[2]

*(Aus: Das Wohnungsbauprojekt „William Fonseca“ in León, Nicaragua – ein Beispiel für gelungene Entwicklungshilfe – Broschüre für den Unterricht, 1998)*

[1] (Sig-Red.) Vgl dazu auch: [www.ila-web.de](http://www.ila-web.de). Der Artikel erklärt, warum die Schadensersatzforderungen Nicaraguas gegenüber der USA unter der bürgerlichen Regierungskoalition Violetta Chamorros durch einen Parlamentsakt aufgegeben wurden und es damit bis heute zu keiner Entschädigung kam.

[2] (<https://www.nicaraguaportal.de>) Im Jahre 1996 wurde Arnoldo Aleman neuer Präsident, der bis 2001 regierte. Bei den Wahlen im Jahre 2001 gewann die Liberal Demokratische Partei (PLC) mit Enrique Bolaños mit 53% der Stimmen gegenüber 45% für Daniel Ortega Saavedra von den Sandinisten. Die Wahlen im Jahre 2006 haben Daniel Ortega Saavedra mit großer Mehrheit ins Präsidialamt gebracht.

# Georg Stein

## Kontrollkommission des IWF kehrt nach Nicaragua zurück und will Rentenkürzungen

(...) In den Jahren 2016 und 2017 hatte Nicaragua vom IWF so gute Noten für die Wirtschaftsentwicklung erhalten, dass der Fonds seine Anwesenheit und damit eine direkte Kontrolle nicht mehr für nötig hielt. Noch 2017 hatte Nicaragua mit seinem Wachstum von 7,6 Prozent die Prognosen übertroffen. Dieses Jahr wird es einen Rückgang auf 3,6 Prozent geben. Die Inflation bewegt sich bei sechs Prozent. Aufgrund der gewalttätigen Unruhen der vergangenen Monate hat die Wirtschaft jedoch 2018 an Dynamik verloren. Der Tourismus, einer der wichtigsten Einnahmequellen Nicaraguas, erlitt aufgrund der unsicheren Lage einen starken Einbruch. Davon sollen nach offiziellen Angaben auch 100.000 Arbeitsplätze betroffen sein. Inoffizielle Berichte sprechen von über 300.000 Arbeitsplätzen. Die Kosten der Blockaden, von Verwüstungen öffentlicher Gebäude und für die Wiederinstandsetzung zerstörter Infrastruktur beträgt über

233 Millionen US-Dollar. Geldanleger halten sich bei Investitionen zurück, eine wachsende Kapitalflucht schwächt den Handlungsspielraum der Regierung. Am Ende der Rundreise einer Gruppe von Wirtschaftsexperten des Internationalen Währungsfonds hat vom 24. bis zum 30. Oktober gab deren Leiter García-Saltos das Ergebnis der Untersuchungen vor der Presse bekannt: *"Mehrere Ereignisse haben eine schockartige Wirkung auf die nicaraguanische Wirtschaft gehabt. Die politische Instabilität seit April beeinträchtigte das Vertrauen von Verbrauchern und Investoren. (...) Der Rückgang der formalen Beschäftigung, geringere ausländische Direktinvestitionen und weniger Kredite im privaten Sektor könnten dazu beitragen, die Probleme zu verstärken"*, so García-Saltos. Andererseits wurden einige Maßnahmen der Regierung auch gelobt. Die Einsparungen im öffentlichen Bereich seien positiv, die Politik der Handelsbanken ebenso. Das

interne Defizit beträgt nun 4,6 Prozent. Man müsse *"strukturelle Reformen"* anpacken, so die Mahnung. Gemeint sind die vom IWF geforderte Kürzungen im Rentenbereich, die allgemein als Auslöser der Unruhen gelten. Das wachsende Defizit in der Rentenkasse werde die Regierung dazu zwingen, im kommenden Jahr dafür Gelder aus dem Staatshaushalt abzuzweigen, prognostizierte der IWF. Eine äußere Bedrohung der Wirtschaft bestehe in der möglichen Verabschiedung des Gesetzes "Nica-Act" in den USA, ein Paket von Sanktionsmaßnahmen gegen Nicaragua. Auch die Politik der USA gegen die Migranten und die Auswirkungen eines geringeren Wirtschaftsaustauschs mit Venezuela hätten eine kritische Auswirkung, so die Experten. Sie kündeten an, Mitte 2019 Nicaragua erneut zu besuchen. <https://amerika21.de/2018/11/217241/nicaragua-besuch-iwf-wirtschaft>

### Stimmen zur Situation in Nicaragua

*Die internationalistische Linke in Europa wie in Nord- und Südamerika, die einst solidarisch hinter Ortega stand, ist gespalten. Die einen stehen den einstigen Comandantes und sandinistischen Theoretikern nahe, die die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) verlassen haben, weil sie vom Ortega-Regime enttäuscht und getäuscht wurden. Sie kritisieren Ortegas neoliberale, konservative und autokratische Regierungspolitik und seine zynische Behauptung, das Ganze sei sozialistisch. Zu diesen Kritikern zählen die mexikanischen Zapatisten, die brasilianische Bewegung der Landlosen und der frühere uruguayische Präsident Pepe Mujica.*

*Die anderen – wie das Foro de São Paulo, in dem die wichtigsten Linksparteien Lateinamerikas vertreten sind – glauben die Handschrift Washingtons zu erkennen und machen Nicaraguas Rechte, die die Linksregierung zu Fall bringen wollen, für die Eskalation der Gewalt verantwortlich. Als Beweis führen sie an, dass Daniel Ortega von Unternehmerverbänden und katholischen Würdenträgern angegriffen werde – vergessen dabei allerdings zu erwähnen, dass Privatwirtschaft und Kirche bis vor Kurzem Ortegas wichtigste Verbündete waren. Bernard Duterme in „Patt in Nicaragua“ Le Monde Diplomatique, 11.10.18*

*Wir haben versucht, Ruhe zu bewahren und unsere Forderungen klar vorzubringen, aber in diesem symbolischen Moment mussten wir auch die Stimmen der Menschen von der Straße erlebbar machen. Na-*

*türlich ist es mir schwer gefallen, Ortega die Namen der mehr als 60 Ermordeten an diesem Tag vorzulesen, aber der Moment erforderte es einfach. Schließlich hatte Ortega vorher gesagt, dass die Polizei nicht den Auftrag zur Repression gehabt hätte und sie niemals geschossen hätten, was eine brutale Beleidigung all der Ermordeten und eine Leugnung von all dem war, was wir selbst erlebt hatten. (Die nicaraguanische Studentin, Madelaine Caracas im [Interview](#) mit Barbara Lucas und Klaus Heß vom Informationsbüro Nicaragua zu ihren Eindrücken am 16.5., dem 1. Tag des Nationalen Dialogs)*

*Die Medien [beschrieben](#) die ersten studentisch angeführten Demonstrationen als Spontanakte aus Empörung über das Vorgehen der Ortega-Regierung. Für viele Studenten mag das zutreffen, im Zentrum der Proteste gibt es jedoch auch organisierte Gruppen, die seit Jahren von Behörden der US-Regierung angeleitet und bezahlt worden sind. (...) Die MJC ist vom National Democratic Institute (NDI) geschaffen und finanziert worden. Der NDI selbst ist ein Zweig der vorwiegend vom US-Kongress finanzierten "National Endowment for Democracy"(NED), die eine lange Geschichte mit dem US-Auslandsgeheimdienst CIA aufweist. Eines ihrer ersten Arbeitsfelder war der Contra-Krieg in den 1980er-Jahren, als die NED mehrere Millionen US-Dollar an anti-sandinistische Oppositionsgruppen gab. (...)*

Ein alter nicaraguanischer Revolutionär erinnerte: *"Wir bildeten die Jugend aus, Widerstand zu leisten und ihre Rechte zu verteidigen und jetzt tun sie es. Nicht alles davon ist ausschließlich von außen angestiftet, obwohl dieses Element sicherlich vorhanden ist. Was haben wir denn erwartet?" James Phillips, Schwierige Darstellung der Situation, [amerika21](#)*

*Aufgrund vieler Gespräche wisse [Liebel](#), daß die große Masse derjenigen, die an dem Protest teilnehmen, aus eigenen Beweggründen handeln, aber mit durchaus unterschiedlichen Interessen. Er sehe sich nach wie vor als Linker und frage sich, was wir dazu beitragen können, daß diese Protestbewegung, ohne sie zu bevormunden, eine linke und nicht eine neoliberale Perspektive entwickelt. (...) Es ist es wichtig, vorwiegend mit den Leuten zu kommunizieren, die als Kinder der Revolution in der Art, wie sie sich ausdrücken, wie sie miteinander umgehen, wie sie ihre Proteste organisieren, ein ganz neues Element verkörpern, so Liebel. Es sei beeindruckend, mit welcher Konsequenz sie eine basisdemokratische Struktur aufrechterhalten trotz der Unterdrückung, die sie zwingt, sich zu verstecken, wo jede Art der Kommunikation für sie zur Gefahr wird. Das halte er für ein hoffnungsvolles Zeichen in einer fast hoffnungslosen Situation.*

<https://gewerkschaftslinker.hamburg/2018/10/26/aufstand-in-nicaragua-wie-weiter/>

Weitere Stimmen: [nicaragua-forum](#)

# Christian Rollmann, Nachrichtenpool Lateinamerika

## „Wasser ist mehr wert als Gold“

### Bergbau-Proteste in Patagonien

(Berlin, 21. November 2018, fdc).- Im argentinischen Patagonien schwelt seit vielen Jahren ein Konflikt zwischen staatlicher Energiepolitik, Profitinteressen von Unternehmen und der lokalen Bevölkerung. Jahrelang haben sich Bürgerinitiativen erfolgreich gegen Bergbau-Projekte in der Provinz Chubut gewehrt. Doch der russische Staatskonzern Uranium One soll dort künftig im Auftrag der argentinischen Regierung hochradioaktives Uran gewinnen. Am Rande des G20-Gipfels will Präsident Macri jetzt seine Atom-Kooperationen vorantreiben.

Die patagonische Kleinstadt Esquel liegt in den Anden, nahe der chilenischen Grenze. Anfang der 2000er-Jahre ist sie zum Symbol für den Protest gegen die Megamineria, den Bergbau im großen Stil, geworden. Das kanadische Unternehmen Yamana Gold plante damals einen Berg vor den Toren der Stadt in einen Gold-Tagebau zu verwandeln. Dagegen wurde Laura Ortíz mit ihrer Bürgerinitiative Asamblea No a la Mina aktiv. „Als wir hörten, dass sie für die Goldgewinnung Blausäure nutzen wollten, sind wir misstrauisch geworden“, schildert Ortíz die Anfänge ihrer Protestbewegung. Blausäure kannten sie bis dahin nur aus der Literatur, als Gift, mit dem der Ehepartner ermordet wird. Beim Goldabbau sickert die Chemikalie in tiefe Gesteinsschichten und verseucht so das Trinkwasser. „Das wollte hier keiner“, erzählt die Aktivistin und erinnert sich: „So entstand unser Slogan ‚Wasser ist mehr wert als Gold‘.“

#### Bürgerinitiative erzwingt Referendum und verhindert Goldtagebau

Im Sommer 2002/2003 waren die Proteste im Ort nicht zu übersehen. „Unglaublich viele Leute haben sich uns damals angeschlossen, unsere Versammlungen platzten aus allen Nähten“, sagt Ortíz. Esquel hatte sich durch die Bergbaupläne stark politisiert: Es gab Demonstrationen, teils mehrere an einem Tag, dazu zahlreiche Versammlungen und Diskussionen. Mit ihren Protesten erzwang die Bürgerinitiative 2003 eine Volksabstimmung, bei der 82 Prozent der rund 40.000 Einwohner\*innen gegen den Tagebau votierten. Es war der Anfang vom Ende: Die Goldgräber-Stimmung erhielt einen Dämpfer, vor vier Jahren hat Yamana Gold das Büro vor Ort geschlossen. In einem landesweiten Rating liegt Esquel nun ganz hinten, was die Attraktivität von Bergbau-Unternehmungen angeht.

Der Kampf ist in Esquel fürs Erste gewonnen, doch die Auseinandersetzungen im Rest der Provinz Chubut reißen nicht ab. Bis heute gehen die Menschen in vielen Ortschaften regelmäßig gegen die Megamineria auf die Straße, immer am vierten jedes Monats. Denn obwohl nach der Volksabstimmung 2003 offene Tagebaue mit ihren riesigen Gruben und der Einsatz von

Blausäure per Gesetz verboten wurden, versuchen Konzerne immer noch die vorhandenen Bodenschätze zu gewinnen. Aktuelles Beispiel: Der geplante Uranabbau auf der Hochebene von Chubut rund 200 Kilometer östlich von Esquel. Dort, zwischen Anden und atlantischem Ozean, befinden sich rund zwei Drittel der argentinischen Vorkommen des hochradioaktiven Rohstoffs.

Anfang 2018 ist der argentinische Präsident Mauricio Macri eigens nach Russland gereist, um dort einen entsprechenden Vertrag mit dem russischen Staatsunternehmen Uranium One abzuschließen. Der Konzern gehört zu den ganz Großen der Branche und stellt auf der ganzen Welt brennstofffähiges Uran her. 2015 wickelte das Unternehmen ein Fünftel des Uran-Geschäfts in den USA ab – heute ermittelt das FBI wegen Bestechung. Und obwohl von Uranium One in Argentinien bislang lediglich eine Briefkastenfirma existiert, übertrug Präsident Macri bei seiner Russlandreise dem Unternehmen die Schürfrechte des hochradioaktiven Brennstoffs. Man wolle, hieß es von Seiten des Präsidenten, damit den eigenen Uran-Bedarf sichern.

#### Unterirdischer Uranabbau verseucht Trinkwasser

Das Uran soll unterirdisch mit der sogenannten In-Situ-Methode gewonnen werden. Hierfür wird Schwefelsäure in ein Loch hunderte Meter tief in den Boden eingelassen, um das Uran aus den Gesteinsformationen zu lösen. Der hochradioaktive Stoff gelangt über einen zweiten Bohrerkanal wieder an die Erdoberfläche. Das Verfahren ist weniger kostenintensiv als der Abschluss eines herkömmlichen Tagebaus und radioaktive Partikel werden nicht mit dem Abraum an der Oberfläche verteilt. Doch es ist keineswegs sauber – im Gegenteil. „Überall, wo das Verfahren zur Anwendung kommt, wird das Grundwasser verseucht“, schildert Roberto Ochandio eines der Probleme. Der Geograf ist einer der unabhängigen Uran-Experten in der Provinz. Außerdem setze das Uran an der Erdoberfläche radioaktive Gase frei, denen etwa die Bergarbeiter ausgesetzt sind, sagt er. Auch die nationale Kommission für Atomenergie (CNEA) hält die In-Situ-Methode für nicht

geeignet. Wegen der Beschaffenheit der Böden dürfe diese vor Ort nicht angewandt werden, so das Fazit eines Kommissionsberichts. „Obwohl Macris eigene Behörde das feststellt, schafft er mit dem Vertrag mit dem russischen Konzern einfach Tatsachen“, kritisiert Ochandio die Politik des Präsidenten.

(...) Ende Juli verabredete Präsident Macri mit der chinesischen Staatsführung den Bau eines neuen AKWs in der Nähe der Hauptstadt, das 2022 fertig gestellt werden soll. Energieminister Javier Iguacel formulierte unlängst die Fernziele der Regierung: Man wolle Netto-Exporteur von Energie werden, erklärte er.

#### Mapuche auf der dünn besiedelten Hochebene sind gegen die Pläne

Doch dafür braucht die Regierung das Uran aus Chubut. Das Hochplateau, das die Vorkommen beherbergt, ist sehr dünn besiedelt. Obwohl es ein Drittel der Provinz einnimmt, leben dort nur rund 6.000 Bewohner. Die meisten sind indigene Mapuche, die in kleinen, weit voneinander entfernten Gemeinden wohnen. Den Widerstand zu organisieren ist also schwieriger als in der Kleinstadt Esquel. Ortíz, die selbst Mapuche ist, berichtet, dass die Mehrheitsverhältnisse in etwa so wie in der Stadt sind. „Von 300 Menschen sind mit Sicherheit 250 gegen die Uran-Pläne“, schätzt sie. Doch die allerwenigsten Mapuche-Gemeinden seien befragt worden. Ein Referendum würde nicht nur Klarheit bringen, das Recht auf Konsultation der Indigenen ist auch gesetzlich verbrieft. So steht es etwa in den Statuten der Internationalen Arbeitsorganisation der UN, die auch Argentinien ratifiziert hat.

Die Uran-Bestrebungen werden in Kürze auf ganz großer Bühne verhandelt. Am 30. November, wenn beim G20-Treffen die Mächtigen der Welt in Buenos Aires zusammenkommen, wird die argentinische Regierung auch ihre Pläne zur Sprache bringen. (...) Die dortige Bevölkerung hat schon frühere Bergbauprojekte erfolgreich verhindert und sagt auch jetzt zum zerstörerischen Uran-Abbau: Nein heißt nein.

Quelle: [npla.de](http://npla.de) - Zu diesem Text gibt es auch einen [Radiobeitrag](#).

# Freihandelsabkommen zwischen Marokko und der Europäischen Union: Folgen und Perspektiven

13. Juli 2018

## 1. Die marokkanische Wirtschaft: eine sehr neoliberale Öffnung, die stark in den europäischen Raum integriert ist

Seit der formalen Unabhängigkeit Marokkos haben sich die herrschenden Klassen dafür entschieden, die Integration unseres Landes in die Weltwirtschaft und insbesondere in die riesigen und reichen europäischen Märkte zu stärken. Nach seinem Beitritt zum GATT (Marrakesch-Vertrag) im Mai 1987 und dann im April 1994 zur Welt handelsorganisation (WTO) schloss Marokko 1996 das Freihandelsabkommen (EPA) mit der Europäischen Union (EU), das am 1. März 2000 in Kraft trat. Ziel war es, bis 2012 eine Freihandelszone zu schaffen. Dies betrifft nur Industrieprodukte. Für Agrar- und Fischereierzeugnisse war die Liberalisierung ihres Handels Gegenstand getrennter Verhandlungen und trat im Oktober 2012 in Kraft. Dieser Prozess ist Teil einer Mitte 1980 begonnenen Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung, die die Integration Marokkos in die internationalen Handels- und Investitionsströme als unwiderrufliche, strategische Entscheidung verankert. Dieser Trend wird durch die Aufnahme von Verhandlungen über ein „vertieftes und umfassendes Freihandelsabkommen“ (DCFTA) verstärkt.

**2013** (7. Juni): Unterzeichnung einer [Mobilitätspartnerschaft](#) zwischen der Europäischen Union, Marokko und neun Mitgliedstaaten. In dieser Partnerschaft werden die Ziele festgelegt, die bei der Steuerung der Migrationsströme zwischen Marokko und der Europäischen Union zu erreichen sind, sowie die verschiedenen Maßnahmen, die durchzuführen sind.

**2014** (24. Juli): Unterzeichnung des zweiten Fischereiprotokolls (das erste, das im Februar 2011 ausgelaufen ist, wurde zweimal verlängert, da es kein vom Europäischen Parlament ratifiziertes Abkommen gibt).

Im Anschluss an das Urteil des EU-Gerichtshofs vom Dezember **2015** zum Agrarabkommen EU/Marokko, das besagt, dass es für die Westsahara nicht gilt, kündigte Marokko die Aussetzung seiner Beziehungen zur Europäischen Union im Februar 2016 an, was zur Verschiebung vieler Treffen auf technischer Ebene und zu einer Verlangsamung der Verhandlungen über DCFTA und Migrationsfragen führte.

Laut Weltbank ist Marokko heute eine der am stärksten nach außen geöffneten Volkswirtschaften der Welt mit einer Öffnungsra-

te von mehr als 65 % [im Zeitraum 2008-2013 höher als Ägypten (39,5 %), Indien (36,6 %), Argentinien (35,8 %) oder die Türkei (43,6 %), mit einem deutlich höheren Import- als Exportanteil.] (1)

## 2. Hinter verschlossenen Türen ausgehandelte Vereinbarungen: Demokratie auf Abstellgleis

Insbesondere DCFTA sollte die Vorschriften über unsere Gesundheit, Ernährung, Umwelt, Arbeitnehmerrechte, personenbezogene Daten, öffentliche Dienstleistungen, Handel, Landwirtschaft, kurz gesagt, das gesamte Funktionieren unserer Gesellschaft revolutionieren...

Und doch: Während der Verhandlungen sickerte nichts durch.

Was verhandelt Marokko im Rahmen von DCFTA? Wer verhandelt im Namen der Marokkaner? Wie sieht der Verhandlungsplan aus? Auf diese Fragen kann niemand eine genaue Antwort geben. Das Mandat der marokkanischen Verhandlungsführer und die Projekte, an denen sie arbeiten, bleibt geheim.

Auf zahlreiche Beschwerden der marokkanischen Medien hin organisierten die Europäische Kommission, das Europäische Parlament in Zusammenarbeit mit dem marokkanischen Kommunikationsministerium und dem Botschafter bei der EU im Oktober 2013 Besuche für Journalistendelegationen in Brüssel: Der Stand der Verhandlungen wurde ebenso wie die noch offenen Punkte vorgestellt, ohne jedoch auf die Details der Abkommensinhalte einzugehen.

## Die Kommission gegen das Recht auf Information

Der Ablauf der Verhandlungen über das DCFTA zeigt den von der Europäischen Kommission verhängten Black-out für das Grundrecht der Bürger auf Information. Auf den Websites der Kommission und des Parlaments sowie der EU-Delegation in Rabat kündigen nur wenige lakonische Pressemitteilungen Verhandlungsrunden an.

Als Reaktion auf die Bedenken einiger Abgeordneter des Europäischen Parlaments und marokkanischer NGOs veröffentlichte die EU-Delegation in Rabat schließlich ein Informationsdokument in der Form Frage/Antwort über DCFTA. Die Antworten bleiben jedoch höchst allgemein, sie enthalten keine konkreten Angaben zu diesem Thema.

Auf marokkanischer Seite stellen (sich) marokkanische Parlamentarier keine Fragen...

## Lobbys in den ersten Reihen auf beiden Seiten des Mittelmeers

Die Bürger werden nicht konsultiert, aber die Unternehmen werden in diese Verhandlungen einbezogen. Im Falle von DCFTA war nur ein geringer Druck seitens des Generalverbandes der marokkanischen Unternehmen erforderlich, damit er in die Verhandlungen einbezogen werden konnte.

Auch große europäische (multikoloniale...) Unternehmen sind in diesen Runden allgegenwärtig. Nichts ist für die Demokratie gefährlicher als das Bündnis der Kapitalisten auf beiden Seiten des Mittelmeers.

Zusätzlich zu diesem marokkanischen Kontext gibt es einen internationalen Trend, der den Zugang zu Informationen während der Verhandlungen über Handelsabkommen einschränkt. Der Kult der Geheimhaltung ist seit Jahren zur Regel in Handelsabkommen geworden, die von der Europäischen Kommission ausgehandelt werden. Ohne Wikileaks wäre der Inhalt von ACTA, dem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP), der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) den Bürgern nie bekannt geworden. Diese Enthüllungen haben das Ausmaß der Gefahren gezeigt, die von solchen Abkommen ausgehen, z.B. für den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Kultur und öffentlichen Dienstleistungen. Sowohl im Norden als auch im Süden steht die demokratische Frage im Mittelpunkt des Kampfes gegen diese Freihandelsabkommen.

## 3. Verhängnisvolle Folgen

Die EU hat Marokko eine wirtschaftliche Spezialisierung auferlegt, im Wesentlichen auf die Gewinnung von Rohstoffen oder die Herstellung mineralischer Halbfabrikate und auf Agrarprodukte, die sehr wasserintensiv sind (Orangen, Wassermelonen und Tomaten...) und drakonischen Bedingungen unterliegen (Quoten, Ausfuhrzeitpläne und verbindliche Normen...) sowie auf die letzten Schritte bei industriellen Produktionsprozessen (insbesondere die Automobilmontage) oder die Herstellung von Zubehör für Autos und Flugzeuge; Spezialisierung mit geringer Wertschöpfung mit einer starken Ausbeutung der Arbeitskräfte und Zerstörung der Umwelt, insbesondere der Wasserressourcen. Dieser Mangel an Entwicklung treibt die besten marokkanischen Führungskräfte zur Auswanderung nach Europa und junge Menschen im Allgemeinen zur heimlichen Auswanderung unter Lebensgefahr. Darüber hinaus führt diese Spezialisierung zu einer sehr hohen Abhängigkeit von Grundnahrungsmitteln (Weizen, Milch, Zucker, Öle). Bei landwirtschaftlichen Erzeug-

nissen müssen 5 Kilo Tomaten exportiert werden, um ein Kilo Weizen einzuführen. Diese wirtschaftliche Spezialisierung führt zu einem strukturellen Defizit in der Handelsbilanz mit der EU, was die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit gegenüber der EU verschärft und schwerwiegende soziale Folgen hat. Darüber hinaus schreiben die internationalen Finanzinstitutionen und die EU eine neoliberale Politik vor, die zur Demontage oder Privatisierung des öffentlichen Sektors führt, die die wenigen sozialen Errungenschaften (Arbeitsgesetzbuch und andere Sozialvorschriften) in Frage stellt und die Verschlechterung der sozialen Situation der Bevölkerung und der Umwelt verstärkt:

Prekäre Arbeit; sinkende Löhne, Flexibilität bei der Umsetzung der Arbeitsrechte, zunehmende Ausbeutung der Arbeitnehmer, praktisch fehlender Sozialschutz... (2), unmenschliche Arbeitsbedingungen, insbesondere für Frauen (niedrigere Löhne als Männer, häufige sexuelle Belästigung, schlechte öffentliche Verkehrsmittel unter schrecklichen Bedingungen, die oft zu tödlichen Verkehrsunfällen führen...).

Plünderung der natürlichen Ressourcen: Rohstoffe, Fischerei und Wasserressourcen...;

Drastischer Rückgang der Bauernzahl und massive Landflucht in die Städte, die die industrielle Reservearmee anschwellen lassen; damit wird Druck auf die niedrigen Löhne erzeugt und eine ungezügeltere Immobilienspekulation auf Kosten der produktiven Investitionen angeheizt;

Auch die Natur ist nicht verschont geblieben, weil Freihandelsabkommen den Umwelt- und Tierschutz untergraben;

Bankrott des Bildungswesens und des öffentlichen Gesundheitswesens;

Massenarbeitslosigkeit, die auch Hochschulabsolventen betrifft.

Auf politischer Ebene, häufige Anpassung an die Positionen der EU, Rolle des Politizisten, der die Südgrenzen schützt. (3).

Kurz gesagt, Freihandelsabkommen sind Kolonialabkommen, die im Interesse der westlichen Länder und ihrer großen Unternehmen konzipiert sind. Sie haben dazu beigetragen, öffentliche Dienstleistungen abzubauen, das Produktionsgefüge sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft zu zerstören, das Handelsbilanzdefizit zu vergrößern und Nahrungsmittelabhängigkeit zu erzeugen. Sie ermöglichen es EU-Unternehmen, von Steuerbefreiungen, billigen Arbeitskräften und billigem Land im Süden zu profitieren. Freihandelsabkommen, gekoppelt mit dem Schuldendienst, sind koloniale Instrumente der Herrschaft. Sie tragen dazu bei, die politische Souveränität unseres Landes zu schwächen;

In Marokko dienen diese Abkommen auch den Interessen der Großgrundbesitzer, der Großbourgeoisie als Vertreter der „Multikolonialisten“ und des räuberischen Staates,

die jede autonome wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes bekämpfen und die Despotie stärken, die notwendig ist, um den Menschen die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Abkommen aufzuzwingen. (4)

#### **4. Perspektiven des antikapitalistischen Kampfes auf beiden Seiten des Mittelmeers**

Es ist klar, dass die EU zum größten Teil eine Struktur ist, die den Interessen der Multikolonialisten und nicht der Bevölkerungen dient. Daher wäre es eine Illusion, aktuell an die Möglichkeit fairer Beziehungen zwischen der EU und den Ländern des Südens zu glauben. Nur durch den Kampf der Bevölkerungen der EU für ein Europa in ihrem Interesse und der Bevölkerungen des Südens für nationale Befreiung und Demokratie werden die Voraussetzungen für Beziehungen auf Augenhöhe geschaffen. In diesem Zusammenhang müssen sich die linken Bewegungen einen Ruck geben und sich zusammenschließen, um den Kampf für eine Welt der Gerechtigkeit und Menschenwürde zu intensivieren.

Dieser Kampf könnte um die folgenden Achsen organisiert werden:

- Eine nationale und demokratische öffentliche Debatte über die Ziele und Auswirkungen jegliches Abkommens, volle Transparenz der Verhandlungen und ein demokratisches Verfahren für die Entscheidung über die Bestätigung oder Ablehnung eines Abkommens zu verlangen;

- Den Menschen und die Universalität der Menschenrechte wieder in den Mittelpunkt des sozialen und bilateralen Austauschs zwischen den Staaten zu stellen, indem die internationale Solidarität zu unserem Hauptmotto gemacht wird. In diesem Zusammenhang sollten die zivilgesellschaftlichen Bewegungen gestärkt werden, die sich für Menschenrechte, Umwelt, Entwicklung, Feminismus... einsetzen;

- Unterstützung des Kampfes des marokkanischen Volkes für Demokratie, nationale Souveränität und soziale Rechte und Leistungen;

- Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Völker;

- Aus regionalen Blöcken lernen, die den Menschen einen besseren Schutz gewährleisten, wie z.B. ALBA (Bolivarische Allianz für Amerika) in Lateinamerika;

- Förderung von Initiativen zur Entwicklung des fairen Handels durch den Aufbau lokaler Agrarhandelskanäle, die so genannte lokale Produkte unterstützen, Erweiterung des Anwendungsbereichs der Sozialwirtschaft, der lokalen Handelssysteme oder der Tauschhandelsnetze, um das globale Handelssystem in Frage zu stellen;

- Und schließlich wurde auf der Migrationsseite "Zusammenarbeiten und - leben" lange Zeit mit einem Recht auf Differenz ohne Wahrung des gemeinsamen Raumes

verwechselt; dies wird oft als Festlegung von Binnengrenzen verstanden, die den Kommunitarismus begünstigen. Unsere gemeinsame Zukunft liegt in der Durchsetzung gleicher Rechte, im Kampf für eine gerechte Gesellschaft, die ihre Werte des Säkularismus und der Aufnahmefreundlichkeit wiedererlangt. Es liegt an uns, die Mauern der Angst und Stereotypen, die der Kapitalismus errichtet hat, für eine Welt der Gerechtigkeit, Demokratie, des Friedens und der Geschwisterlichkeit niederzureißen.

Quelle: <http://annahjaddimocrati.org> und [Afriques en Lutte](#)

(1) „Öffnungsrate“ = Prozentuales Verhältnis zwischen dem Durchschnitt von Importen und Exporten und dem BIP

(2) - Insbesondere die prekäre Situation für Zeitarbeiter in den für Marokko so wichtigen Phosphatminen, dem größten Industrieunternehmen des Landes, sorgte im Jahr 2014 für Aufruhr. Vgl. [labournet](#)

- Ende Juli 2016 wurde ein lang geplantes neues Gesetz zur Regulierung des Streikrechts verabschiedet. Wie erwartet wird das Recht beschnitten – ganz nach dem Vorbild der neoliberalen Europäischen Union, wo dies seit Jahren unter verschiedenen Überschriften in verschiedenen Ländern geschieht; Reaktion der Regierung auf die zuvor verstärkten Streiks. Vgl. [labournet](#)

(3) (SiG -Redaktion) So kommt es zunehmend über Meldungen über Massenanstürme auf den Grenzzaun der die spanische Exklave Melilla im Norden Marokkos von marokkanischen Staatsgebiet trennt, der von den marokkanischen Grenzschützern mit Militärgewalt abgeschirmt wird. Vgl. [labournet](#)

Vgl SiG 47,55,57,

(4) Dazu gehört auch die gezielte Unterdrückung sozialer Protestbewegungen. So wurden gegen Menschenrechtsaktivisten wegen angeblicher Gefährdung der Sicherheit des Staates im Sommer 2018 hohe Haftstrafen verhängt. Gegen diese „Schandurteile“ erhob sich weltweiter Protest. s. auch [Attac Marokko](#) , [www.attacmaroc.org](#) Vgl. [labournet](#)

#### **Attac Marokko**

<http://attacmaroc.org/fr/tag/accords-de-libre-echange/>

Freihandelsabkommen Marokko/USA, 2004 in [SiG 33](#) / Kein Freihandel mit der EU!, 2013, [SiG 104](#)

Arabischer Frühling in Marokko:

SiG 89, 90, 91, 92 /

Politische Repression: SiG 73, 98, 101, 107 / Opfer von [Mikrokrediten](#)

Ausführliche Informationen über die Abkommen mit Marokko:

[www.bilaterals.org](#) , [französisch](#) , [englisch](#)

[Grundinformationen](#) der EU über Marokko , Länderbericht der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)

# François Chesnais Jeremy Corbyn, die Wiedereroberung der Labour Party durch die Linke und ihre Aussichten auf Übernahme der Regierung



4. April 2018

Zwei Ende 2017 im Vereinigten Königreich in erweiterten Fassungen erschiene Bücher befassen sich mit dem eindeutigen Linksruck der Labour Party, die damit einen Schlussstrich unter Blairs New Labour zog, sowie mit der politischen Laufbahn und der Person ihres neuen Parteichefs Jeremy Corbyn.

Die Labour Party ist die bedeutendste sozialistische/ sozialdemokratische Partei der Welt. Sie ist heute 570.000 Mitglieder stark, aber allein ihr Wahlerfolg im Juni 2017 mit einem sich eindeutig gegen die Austeritätspolitik richtenden Programm verdient es schon, dass man sich für ihre Entwicklung interessiert.

Die Möglichkeit eines Sieges von Labour bei Neuwahlen, zu denen die interne Krise der konservativen Regierung in recht naher Zukunft führen kann, regt noch mehr dazu an, eine Lektüre dieser Bücher vorzuschlagen.

Sie hilft uns zu verstehen, wie ein erfahrener Abgeordneter, bekannt geworden durch seine Unterstützung einer ganzen Reihe fortschrittlicher Anliegen – Antiatomkraft, Antikrieg, Antipartheid, Verteidigung der Rechte von Homosexuellen, Aufnahme von Migranten – sowie durch seine ständige Weigerung, für Austeritätsgesetze der Regierungen Blair und Brown zu stimmen, es geschafft hat, **drei Strömungen zusammenzuführen:**

– den wachsenden Widerstand der Basisaktivisten innerhalb der Labour Party ge-

gen das nie endende Thatcher-Blair-Programm zur Zerstörung öffentlicher Dienstleistungen;

– die Entscheidung der Gewerkschaften, darunter die beiden größten, sich wieder an der Ausrichtung der Partei zu beteiligen, deren Bestandteil sie sind;

– die Tatsache schließlich, dass Tausende von Studenten und Bewegungsaktivisten sich der Partei zugewandt haben, um aus ihr ein politisches Instrument in ihrem Kampf gegen die Conservative Party und die City zu machen.

Das Buch von Richard Seymour, *Corbyn: The Strange Rebirth of Radical Politics* [1], beschäftigt sich unter anderem vor allem mit den erbarmungslosen Angriffen, die die Medien gegen Corbyn seit seiner Wahl an die Spitze von Labour 2015 geführt haben [2], und mit dem erbitterten Hass, den die Mehrheit der Labour-Abgeordneten ihm gegenüber hegt, von denen viele noch Anhänger des Blairismus sind.

Das Buch von Alex Nunns, *The Candidate: Jeremy Corbyn's Improbable Path to Power* [3], basiert auf einer langen Umfrage unter Aktivisten und Unterstützern der Labour Party, die er in einem Artikel skizzierte, der 2015 in *Le Monde diplomatique* [4] veröffentlicht wurde. Es verfolgt die mikropolitischen Entwicklungen innerhalb von Labour, die kein britischer Beobachter gesehen hatte [5], geschweige denn ausländische Leitartikler [6]. Es ist wertvoll wegen der Fülle an Informationen, die es über Momentum bringt, eine Art „Bewegung der Bewegungen“, die Corbyn die massive Unterstützung von Zehntausenden politisierter junger Menschen eingebracht hat, „auf der Straße, bei Hausbesuchen und in den Umfragen“.

**Das britische Experiment weist viele Besonderheiten auf.** Sie hängen sowohl mit der sehr speziellen Geschichte der Labour Party als auch mit der Breite und der Intensität der Mobilisierung junger Menschen auf dem von ihnen gewählten Weg der Politisierung zusammen. Am Ende seines Buches verliert sich Nunns ein wenig in den Details der Kampagne von 2017, so wichtig sie auch sein mögen. Seymour wiederum schließt sein Buch mit dem Hinweis auf die Macht der

sozialen Kräfte und institutionellen Hindernisse ab, mit denen eine Corbyn-Regierung nach ihrer Wahl konfrontiert sein wird. Er fragt sich, welche Maßnahmen Corbyn tatsächlich verwirklichen könnte.

Diese Sorge bestimmt auch ein drittes Buch, das viel kürzer ist und von einer anderen Art. Es wurde veröffentlicht von Aktivisten des linken Flügels, zu dem John McDonnell gehört, die rechte Hand Corbyns und Schatzkanzler im Schattenkabinett der Labour Party. Unter dem Titel *For the Many: Preparing Labour for Power* untersucht es das Programm der Labour Party für die Wahlen vom Juni 2017 und prüft, wie es für nachfolgende Wahlen verbessert werden könnte [7].

## Die Parlamentswahlen vom Juni 2017, vorbereitet durch die Wahlen 2015 und 2016 in der Labour Party

Bei den von Premierministerin Theresa May angesetzten vorgezogenen Parlamentswahlen am 8. Juni 2017 gewann die Labour Party unter der Führung von Jeremy Corbyn, der historischen Galionsfigur des antiblairistischen Flügels von New Labour, im Vergleich zu den vorgangegangenen Wahlen 3,5 Millionen Stimmen hinzu und machte, bezogen auf das gesamte Vereinigte Königreich, einen Sprung um 9,6 Prozentpunkte nach oben, der größten Anstieg seit den Wahlen von 1945. Im April, als Theresa May beschloss diese Wahlen abhalten zu lassen, gaben die Meinungsumfragen für die Conservative Party das Doppelte der für die Labour Party abgegebenen Stimmen an. Das Ergebnis vom Juni 2017 für die Labour Party war umso spektakulärer, als ihr klar linkes Wahlprogramm mit mehr als zwei Jahrzehnten Blairismus brach und Corbyn von den Medien als unverantwortlicher Agitator präsentiert worden war, der von einem politischen Apparat unterstützt werde, der in die Hände von Linksextremisten gefallen sei. Auf diese Weise charakterisieren die Medien die linke Strömung Labour Representation Committee, zu der McDonnell gehört. Während der Wahlkampagne kämpfte ein Teil der blairistischen Rechten offen gegen die corbynistischen Kandidaten. [8]

Die Post-Brexit-Situation wog offensichtlich schwer in der Schlappe der Konservativen, insbesondere in der von Theresa May. Aber zumindest genauso schwer wog die Tatsache, dass zum ersten Mal seit ihrer Niederlage 1979 gegen Margaret Thatcher die Labour Party sich mit einem klaren linken Programm und einem Parteichef präsentiert hat, der von allen Schichten der Jugend wahrgenommen werden kann.

Die Ergebnisse bestätigten und verstärkten den Prozess, bei dem zunächst Corbyn im September 2015 in einer für Sympathisanten offenen Wahl (siehe unten) mit 59,5% der Stimmen zum Vorsitzenden der Labour Party gewählt wurde, er sich dann im Juni 2016 einem Versuch der Parlamentarier widersetzte, ihn zum Rücktritt zu zwingen, bevor er schließlich auf dem Parteitag im September 2016 von 62% der Delegierten gewählt wurde.

Drei Faktoren haben wie oben gesagt dieses Ergebnis ermöglicht: die entschiedene Ablehnung der Positionen, die in Westminster von den Mitgliedern der Fraktion eingenommen wurden, die Tony Blair auch nach seinem Rücktritt als Premierminister im Jahr 2007 in der Hand hatte, durch die Parteibasis; eine Verschiebung der Gewerkschaften nach links, die historische konstituierende Mitglieder der Labour Party sind; schließlich die entschlossene Unterstützung von Zehntausenden politisierter Jugendlicher.

Man muss noch ein der ungeschriebenen Verfassung des Vereinigten Königreichs eigenes Element hinzufügen, nämlich sein Mehrheitswahlrecht mit einem einzigen Wahlgang (first past the post), das einen starken Anreiz bietet zu versuchen, aus der Labour Party ein Instrument des Kampfes zu machen.

Wegen des Wahlrechts bleiben kleine Parteien wie die Green Party vom Parlament ausgeschlossen. Die fremdenfeindliche nationalistische Partei, die Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs (UKIP), ist erst 2015 in das Parlament gekommen. Die größte britische trotzkistische Organisation, The Militant, hat sich dafür entschieden, eine Strömung von Labour zu werden. [9] Bei den Konservativen wie bei Labour macht das Wahlsystem Spaltungen selbstmörderisch. Die Anhänger Blairs denken heute nicht daran, genauso wenig wie der linke Flügel um Tony Benn in den 1980er Jahren daran gedacht hatte.

Aus diesem Grund hat sich innerhalb der Arbeiterpartei die Opposition gegen die neoliberale Politik in internen Kämpfen

organisiert, die sowohl von Gewerkschaften, die eine historische Komponente darstellen, als auch von Mitgliedern in den Grundstrukturen der Wahlkreise geführt werden. Sogar bevor die jungen Leute in den Kampf eingriffen, konnte man während mindestens zehn Jahren mikropolitische Veränderungen erleben, die selbst für diejenigen schwer zu erkennen waren, die deren Hauptakteure waren.

Eine Partei, deren Name Blair 1994 in New Labour geändert hatte und von der die meisten Beobachter glaubten, dass sie unwiderruflich „blairisiert“ war, ging nach links, fast ohne dass es jemand bemerkte, bis Corbyn die Briefwahlen im September 2016 mit Bravour gewann.

### **Eine von Gewerkschaften gegründete Partei, die darin einen starken Einfluss behalten**

Bei dieser Wahl war das Votum der Gewerkschaften entscheidend, genauer gesagt, die öffentliche Unterstützung, die Corbyn von zwei mächtigen Gewerkschaften mit zusammen 3 Millionen Mitgliedern erhielt, Unison, die für den öffentlichen Dienst zuständig ist, und Unite, die verschiedene Berufsgruppen aus Industrie und Transport vertritt.

Das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsbewegung und Politik im Vereinigten Königreich unterschied sich von Anfang stark von dem in Frankreich, wo die Charta von Amiens eine Trennung zwischen Gewerkschaft und Partei vorsah. Der Kongress der CGT von 1906 verkündete *„die völlige Freiheit für den Gewerkschafter, sich außerhalb des Verbandes an solchen Aktionen zu beteiligen, die seiner philosophischen oder politischen Auffassung entsprechen“*, und beschränkte sich darauf, ihn darum zu bitten, die Meinungen, die er außerhalb vertritt, nicht in die Gewerkschaft einzubringen, *„denn die verbündeten Organisationen haben als Gewerkschaftsgruppen sich nicht um die Parteien und Sekten zu kümmern, die außerhalb in völliger Freiheit gesellschaftliche Veränderungen weiterverfolgen können“*.

Genau zur gleichen Zeit arbeiteten im Vereinigten Königreich die Gewerkschaftsführer an der Gründung der Labour Party, die absolut erforderlich erschien in einer Zeit, in der das Zensuswahlrecht allmählich dem allgemeinen Wahlrecht zu weichen begann (man musste bis 1918 warten, bis es vollständig eingeführt wurde). Zuerst wenden sie sich an die Liberale Partei, die einige Kandidaten aus der Arbeiterklasse unterstützt. Diese Lösung ist unbefriedigend:

Eine unabhängige politische Vertretung der Arbeiter ist erforderlich. Im gleichen Zeitraum werden gerade mehrere kleine sozialistische Gruppen gebildet, darunter die Independent Labour Party, deren Mitglied George Orwell in den 1930er Jahren sein wird, sowie die Fabian Society, die Intellektuelle und Angehörige des Mittelstands zusammenführt. Mutige Gewerkschafter suchen nach einem Weg, ihnen näherzukommen.

1899 schlägt Thomas Steels von der Eisenbahnergewerkschaft seiner Sektion vor, dass die Dachorganisation Trade Union Congress (TUC), die alle Gewerkschaften umfasst, einen Sonderkongress einberufen solle, um Gewerkschaften und linke Gruppen in einer einzigen Organisation zu vereinen, die die Kandidaten bei Wahlen unterstützen würde.

Der Vorschlag findet die notwendige Unterstützung innerhalb des TUC. Der Kongress findet 1900 statt, die Gewerkschaften stellen etwa ein Drittel der Delegierten. [10] Der Kongress nimmt den Antrag des Vorsitzenden der Unabhängigen Arbeiterpartei, Kier Hardie, an, *„eine separate Gruppe von Arbeitern im Parlament zu bilden, die ihre eigenen Abstimmungsempfehlungen erarbeitet und sich auf eine Politik einigen wird, die die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit jeder Partei einschließt, die sich für die Förderung von Gesetzen im Interesse der Arbeiter einsetzt“*.

Somit entsteht das Labour Representation Committee, der erste Name der Labour Party, dessen ursprüngliche Aufgabe es ist, die Unterstützung von Abgeordneten zu koordinieren, die gewerkschaftlich organisiert sind oder die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Die Partei nimmt 1906 den Namen Labour Party an.

Es ist schwierig, das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Labour über mehr als ein Jahrhundert in wenigen Zeilen zusammenzufassen. Labour war mehrmals an der Regierung mit sehr unterschiedlichen Mehrheiten, unterschiedlichen Kräfteverhältnissen zum Kapital und je nach Situation ebenfalls sehr unterschiedlichen Beziehungen zu den Gewerkschaften.

Es gab keinen „Juni 1936“ im Vereinigten Königreich, aber die großen sozialen Errungenschaften von 1945 wurden durch den Machtzuwachs der Gewerkschaften in den 1930er Jahren vorbereitet, in denen Koalitionsregierungen unter der Führung der Conservative Party aufeinanderfolgten. Die Unternehmer mussten akzeptieren, dass sie gleichberechtigt mit den Gewerkschaften in Dreierkommissionen saßen, die von der Regierung geschaffen wurden, als der Zweite Weltkrieg unver-



meidlich wurde.

Die Gewerkschaften waren so stark, dass Ernest Bevin, damals Generalsekretär der sehr mächtigen Transport and General Workers Union – dazu gehörten die Hafendarbeiter – (heute Unite), 1940 in die Churchill-Regierung als Verkehrsminister eintrat.

In der Labour-Regierung von 1945 saßen mehrere Minister, die ihre Karriere als Gewerkschaftsfunktionäre begonnen hatten. Mit den Sozialreformen von 1945 bis 1948 hatte der Einfluss der Arbeiterklasse seinen Höhepunkt erreicht.

Die Folgezeit ist von schwierigen Beziehungen gekennzeichnet, der Weigerung, Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, und der Eingriffe in soziale Errungenschaften.

Der Wechsel zwischen Labour und Konservativen in Whitehall hat die Gewerkschaftsleitungen in schwierige Situationen gebracht. Sie haben sich nicht oft gegen die bestehenden Regierungen gestellt und mussten sich darüber mit ihrer Basis auseinandersetzen. Die Übernahme der Regierung durch New Labour im Jahr 1997 und das Festhalten Blairs an seiner Entscheidung, die Thatcher-Gesetzgebung nicht anzurühren, riefen starke Spannungen hervor, einen vollständigen Bruch mit den Gewerkschaften in Bezug auf soziale Fragen [11], mit Folgen für die interne Funktionsweise der Labour Party. So haben sich die Gewerkschaften der Seeleute und Feuerwehrangehörigen von New Labour getrennt (opt out), während Unison und Unite blieben.

Die Mitgliedschaft bringt hohe finanzielle Verpflichtungen für die Gewerkschaften mit sich, führt aber auch zu Abhängigkeitsverhältnissen. Über lange Zeit gab sie ihren Führungsmitgliedern eine beträchtliche Macht, die sich aus der Regel der Blockabstimmung auf Kongressen ergab.

Nach erbitterten Kämpfen wurden die Statuten geändert. Seit 2013 sind die Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften nicht mehr automatisch Mitglieder der Labour Party und müssen ihr einzeln beitreten (opt in).

Trotz all dieser Schwierigkeiten hat die Zugehörigkeit der Gewerkschaften zur Labour Party deren Strukturen ein hohes Maß an Stärke verliehen und ihre Führungsmitglieder verpflichtet, die Politik Labours auf Gewerkschaftsversammlungen zu verteidigen. Blair konnte sich 1999 weigern, die Thatcher-Gesetze rückgängig zu machen, aber es wäre ihm unmöglich gewesen, das zu tun, was Thatcher getan hat, nämlich den Bergarbeiterstreik und später den Hafendarbeiterstreik zu brechen, um die Flexibilisierung der

Arbeit und die Prekarisierung der Beschäftigung durchzusetzen.

Nach mehreren Änderungen der Statuten hängt heute die Fähigkeit der Gewerkschaften, die Positionen der Labour-Partei zu beeinflussen, weniger von den Sitzen ab, die ihnen automatisch in den Leitungsorganen zugewiesen werden, als von der Beteiligung ihrer Mitglieder am Leben und an den Aktivitäten der Partei.

### **Eine Basisstruktur, in der die Mitglieder ein großes Gewicht haben**

Die Labour Party ist viel weniger hierarchisch als die meisten anderen Parteien. Sie ist sogar fast **doppelköpfig**. Unter dem Begriff Labour existieren zwei unterschiedliche, ja sehr unterschiedliche Strukturen, die **Parliamentary Labour Party**, in der sich alle Abgeordneten zusammenfinden, und die „Partei“, genauer gesagt, die **„Parteien der Wahlkreise“**, Constituency Labour Party (CLP), zu der die Parteimitglieder jedes der 600 Wahlkreise im Vereinigten Königreich gehören. Die „Wahlkreispartei“ entspricht mehr oder weniger dem, was die „Sektion“ in der Parti socialiste (PS) ist.

Schauen wir uns das „Mehr-oder-weniger“ genauer an. Der Wikipedia-Eintrag für die französische PS sagt uns, dass *„die Sektion der geeignetste Rahmen für den Aktivismus in der Partei ist: Die Sektionen organisieren das Plakatieren, das Verteilen von Flyern, die Tür-zu-Tür-Kampagnen usw. Sie sind auch das wesentliche Bindeglied zwischen der nationalen Ebene (nationale Führung), dem Verband des Departements, den gewählten Abgeordneten und den Mitgliedern, in ihnen findet die interne Debatte statt, sei es im Rahmen eines Kongresses oder einer internen Umfrage“*.

Bei der Labour Party ist die CLP kein Bindeglied, sondern eine Struktur mit einem hohen Grad an Autonomie. Die starke Präsenz von Gewerkschaftsaktivisten spielt dabei eine wichtige Rolle. Sie ist gegliedert in kleinere lokale Einheiten und wird von einem Exekutivkomitee und einem Generalkomitee geleitet, das sich aus Delegierten von einzelnen Branchen, Mitgliedsgewerkschaften und linken Vereinigungen im Wahlkreis zusammensetzt. In diesen Gremien, aber auch in der Generalversammlung, greifen die CLPs alle Themen auf, die die Bürger auf kommunaler Ebene und die Lohnabhängigen in ihrem außerbetrieblichen Leben betreffen.

**Die CLPs waren immer weiter links als die parlamentarische Fraktion** und, außer von 1945 bis 1951, weiter links als

die Labour-Regierungen [12], nicht nur in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch in Fragen der internationalen Politik.

Die Existenz der „Wahlkreisparteien“ sicherte die Legitimität von Sprechern der Labour-Linken, vor allem in den 1980er Jahren die von Tony Benn, der die Opposition gegen Blair verkörperte, als dieser New Labour – die Politik Thatchers fortsetzend – verkündete, und an dessen Seite Corbyn seine ersten Kämpfe führte. Ab 1980 gaben linke Aktivisten der „Wahlkreisparteien“ ein monatlich und mit hoher Auflage erscheinendes Mitteilungsblatt mit dem Titel **Labour Briefing** heraus, zunächst für die Gruppierungen von Groß-London, dann für das gesamte Gebiet des Vereinigten Königreichs. Dieses Bulletin ist das Organ des Labour Representation Committee, das 2004 als Reaktion auf die Anhänger von Blair neu gegründet wurde. Das Committee wird als Nest von Trotzlisten bezeichnet, McDonnell ist seine prominenteste Figur.

Die Kluft zwischen den „Wahlkreisparteien“ und der Regierung war seit der Regierung Blair besonders deutlich.

Natürlich in Bezug auf seine Wirtschaftspolitik, aber auch auf seine Außenpolitik.

**Die Entscheidung über die Invasion des Irak an der Seite von George W. Bush 2003 spaltete die Partei im Unterhaus in zwei Teile**, mit 254 Ja-Stimmen und 153 Nein-Stimmen oder Stimmenthaltungen. Jeremy Corbyn war in der ersten Reihe der Demonstration vom 15. Februar 2003, bei der drei Millionen Menschen zum Protest gegen die Invasion des Irak zusammen kamen, der größten politischen Demonstration, die jemals in England stattfand.

Die **Kandidaten** sowohl für die Kommunal- wie auch für die Parlamentswahlen werden von den CLPs nominiert. Der Kandidat für die Unterhauswahl wird im Prinzip aus einer Liste von Kandidaten ausgewählt, die vorher auf nationaler Ebene abgesegnet wurde. Wenn er ohne der Liste zugehören ausgewählt wird, muss das Nationale Exekutivkomitee die Wahl bestätigen. Um das Gewicht der Mitglieder bei der Auswahl der Abgeordneten einzuschätzen: Bei seiner ersten Bewerbung wurde Tony Blair in seinem Wahlkreis die Nominierung zum Kandidaten für eine Kommunalwahl verweigert und er hatte große Schwierigkeiten, die Nominierung für einen Sitz in Westminster zu erhalten.

New Labour hat tiefgreifende Veränderungen erlebt, die das Entstehen des Phä-

nomens Corbyn hätten verhindern müssen. Wie Thierry Labica feststellte, war New Labour nicht nur ein Bündel politischer Maßnahmen, sondern auch eine neue Art, wie die Partei funktionierte, eine neue Verteilung ihrer internen Machtverhältnisse. „*Wo es bislang eine föderale Verteilung der Kräfte innerhalb der Partei gab, bewirkten die internen Reorganisationen der 1980er und 1990er Jahre, dass die organisierten Gruppierungen (Gewerkschaften, lokale Sektionen), die in der Lage waren, in die Ausrichtung der Partei einzugreifen, auf Abstand gebracht und geschwächt wurden. Es wurde ein Top-down-System eingeführt mit einer professionellen Elite von Kommunikationsexperten und Wahlstrategen und einer Peripherie von Unterstützern oder Mitgliedern, die mithilfe komplexer institutioneller Mechanismen neutralisiert wurden. (...) Die Kongresse verlieren ihre Aufgabe, Orte für die Ausarbeitung von Programmen zu sein, zu Gunsten eines ‚National Policy Forum‘, das für Uneingeweihte außer Reichweite ist. Um nur ein Beispiel für die neue Stärke der politischen Kontrolle innerhalb von ‚New Labour‘ zu nennen: Während die militärische Intervention im Irak an der Seite von Bush die größten Massendemonstrationen in der Geschichte des Landes ausgelöst hatte und diese Intervention die direkte Ursache für Massenaustritte von Mitgliedern war, gelang es der Organisation des Kongresses (Labour Party Conference), keinen Antrag und keine Debatte zu diesem Thema zuzulassen“.* [13]

In seinem Vorwort zu dem Buch *For the Many*, das ich oben erwähnt habe, fordert Ken Loach die Aktivisten auf, ihr Vorschlagsrecht bei den bevorstehenden Wahlen uneingeschränkt auszuüben. Corbyn und McDonnell werden in der Regierung nicht viel ausrichten können, wenn sie nicht die Unterstützung einer großen Mehrheit von linken Abgeordneten haben. Die politischen Positionen jedes Parlamentsmitglieds werden über die legislative Umsetzung des Wahlprogramms entscheiden sowie darüber, wie radikal die verabschiedeten Gesetze sein werden. Aber selbst die uneingeschränkte Ausübung des Vorschlagsrechts wird vielleicht nicht ausgleichen, dass sich die soziale Zusammensetzung der Wahlkreise durch die Deindustrialisierung und den damit verbundenen Verlust des sozialen und politischen Gewichts der Arbeiter oft stark verändert hat. [14] Daher ist die Mobilisierung der Jugendlichen hinter Corbyn äußerst wichtig.

### **Momentum, Antwort auf „eine Bewegung auf der Suche nach einem gemeinsamen Haus“**

So überschreibt Nunns das Kapitel seines Buches, in dem er den dritten Prozess analysiert, der Corbyn an die Spitze der Labour Party brachte, nämlich die Unterstützung, die er seit vier Jahren von Zehntausenden junger Menschen erhalten hat. [15] Diese wurden außerhalb von Labour in den neuartigen sozialen Kämpfen politisiert, die zur Bildung von Organisationen geführt haben, die als Keim der Momentum-Bewegung bezeichnet werden können. Da nur wenige Leser dieses Artikels die Möglichkeit haben werden, Nunns' Buch in die Hand zu bekommen, verweise ich in diesem Teil des Artikels, noch mehr als in früheren, auf Einträge in der englischsprachigen Ausgabe von Wikipedia, von denen ich weiß, dass sie die hohen Anforderungen an Genauigkeit der Website erfüllt haben.

Die **Selbstorganisation** spielte eine wichtige Rolle in den Entwicklungen, die in einer Art Gerinnungsprozess zur Bildung einer Form von „Bewegung der Bewegungen“ und dann zur Schaffung von Momentum als Organisation führten. Als deren Start kann man die großen Demonstrationen gegen die Erhöhung der Studiengebühren im November und Dezember **2010** betrachten. Sie waren geprägt durch zahlreiche Zusammenstöße zwischen der – wie in so vielen anderen Ländern – für Straßenkämpfe ausgebildeten Polizei und den Studenten. Es gab dabei zahlreiche Verhaftungen und Gefängnisstrafen. Ein Jahr später, **zwischen März und Juli 2011, gab es eine lange Phase intensiver Mobilisierung**. Sie richtete sich über das Thema Studiengebühren hinaus gegen die Budgetkürzungen der Regierung Cameron, gegen die Zerstörung des öffentlichen Gesundheitssystems und, ein wenig bekannter Aspekt, gegen die Steuerhinterziehung. Sie nahm sehr unterschiedliche Formen an. Dazu gehörten zahlreiche lokale Aktionen gegen die Steuerhinterziehung vor den Hauptsitzen der Banken (einschließlich Barclays) und der großen Unternehmen (einschließlich der Telefongesellschaft Vodafone), die von kleinen Gruppen junger Menschen aus einer Bewegung namens **UK Uncut** durchgeführt wurden. Dazu gehörten weiterhin eine Reihe von Streiks in den öffentlichen Diensten, die von den Haushaltskürzungen der Regierung Cameron im Frühjahr 2011 am stärksten betroffen waren (Krankenhäuser, Bildung), sowie eine zentrale **Demonstration in London am 26. März**

**2016**, zu der der TUC aufgerufen hatte und an der zwischen 300.000 und 500.000 Personen teilnahmen. [16]

In Frankreich erregte zu dieser Zeit die Bewegung der Indignés de la Puerta del Sol, Occupy Wall Street oder Syriza große Aufmerksamkeit. Im Gegensatz dazu blieb das, was im Vereinigten Königreich geschah, völlig unbeachtet. Doch gerade hier, mehr als in vielen anderen Ländern, **konnte sich der Kampf gegen die Austeritätspolitik dauerhaft etablieren** und dank Bewegungen wie UK Uncut und insbesondere dank der Entstehung von **People's Assembly** (<http://www.thepeoplesassembly.org.uk/>) einen Massencharakter annehmen. Es handelt sich um eine Art soziale und politische Einheitsfront, der das oben erwähnte Labour Representation Committee, die Grünen, Aktivisten, die um die sehr aktive Zeitschrift Red Pepper herum organisiert sind, die kleine von Ken Loach gegründeten Left Unity, Abgeordnete wie Corbyn und mehrere große Gewerkschaften angehören. Die People's Assembly hatte so ein Ansehen, dass sie Zehntausende aufrufen konnte gegen die Austeritätspolitik zu demonstrieren, im Juni 2014 (50.000 Menschen) und erneut im **Juni 2015**, am Vorabend der von Corbyn gewonnenen internen Wahlen in der Labour Party, bis zu 150.000 Menschen.

Corbyn's überwältigender Sieg war auf die große Beteiligung an der Abstimmung von neuen, in diesen Kämpfen politisierten Mitgliedern zurückzuführen, die in die Partei eintreten konnten, weil die Möglichkeit geschaffen wurde, gegen Zahlung eines Beitrags von 3 £ (oder 4 €) Mitglied zu werden. Nunns erklärt, dass die Idee von den Blairisten stammte, die überzeugt waren, dass man so eine Reihe von Wählern der Mitte gewinnen könnte. Er schreibt: „*Ironischerweise war diese interne Reform von der Rechten der Partei vorgeschlagen worden: Die Blairisten, fasziniert vom Modell der primary elections in den Vereinigten Staaten, wetteten darauf, dass die Öffnung der Abstimmung für die breite Öffentlichkeit den Einfluss der Gewerkschafter schwächen und die Verankerung der Partei im fruchtbaren Sumpf der ‚Mitte‘ vollenden würde. Grausam war ihre Enttäuschung, als sie erkannten, dass das Vorgehen, das ihren Sieg sicherstellen sollte, tatsächlich den Interessen der Linken diene, die erfreut war, die List ihrer Gegner zu ihrem Vorteil wenden zu können.“* [17]

Aufgrund der oben analysierten Faktoren, vor allem aufgrund der politischen und fi-

nanziellen Unterstützung durch Unison und Unite wäre Corbyn auf jeden Fall zum Parteichef von Labour gewählt worden, aber es war die Abstimmung der neuen Mitglieder aus der Jugend, die der Wahl ihr außerordentliches Gewicht gab. Um die Beziehung der Jugend zur Labour Party zu festigen, wurde im Siegestaumel der Wahl von einer Corbyn nahestehenden Person namens Jonathan Lansman eine Organisation namens Momentum gegründet. Momentum bietet jungen Menschen eine Struktur, in der sie im Sinne von Corbyn aktiv werden können und die gleichzeitig ihre spezifischen Formen politischer Aktivität berücksichtigt und nutzt. Der Platz, der den für die Emanzipation kämpfenden Vereinigungen (die Fabier waren die erste) von Anfang an in den Statuten der Partei eingeräumt wurde, machte dies möglich.

Bei der Suche nach der genauen Form für die Struktur gab es tastende Versuche und auch einige Spannungen, aber heute hat die Organisation 37.000 Mitglieder [18] mit einer Mitgliedskarte der Labour Party und Vertreter im Nationalen Exekutivkomitee.

Die Einsatzbereitschaft, der Enthusiasmus und die Mobilität der jungen Aktivisten stellten für Corbyn einen wertvollen Trumpf gegen den rechten Flügel der Labour Party dar. Wenn er die Wahl im September 2015 dank der Gewerkschaften gewinnen konnte, waren es die jungen Aktivisten, die es ihm möglich machten, dem rechten Flügel der Partei standzuhalten. Während der Sitzung der Fraktion, die versuchte, ihn Ende Juni 2016 zum Rücktritt zu zwingen, riefen Aktivisten von Groß-London innerhalb von 24 Stunden zu einer Kundgebung zur Unterstützung Corbyns auf, die 10.000 Menschen zusammenbrachte und den Putschversuchen der Parlamentarier ein Ende setzte. Gestärkt durch diesen Sieg wurde Corbyn drei Monate später auf dem Kongress in Brighton im September 2016 von 62 % der Delegierten gewählt, unter ihnen eine Phalanx von Momentum-Mitgliedern [19], und verbesserte damit sein Abstimmungsergebnis von 2015.

Ein Jahr später, bei den Parlamentswahlen im Juni 2017, war die Arbeit der jungen Aktivisten von Momentum wirklich **entscheidend für die Wahlergebnisse der Labour Party und die Festigung von Corbyns Position** als potenzieller zukünftiger Premierminister. Beide Bücher dokumentieren, wie ihre Unterstützung Corbyn geholfen hat, von Woche zu Woche Vertrauen zu gewinnen und sich gegen Theresa May zu behaupten.

In vielen Wahlkreisen war die Labour-Kampagne sehr träge, ein Teil der Mitglieder zeigte sich wenig erfreut bei der Aussicht, dass Corbyn gut abscheidet. Momentum-Teams haben dies wettgemacht, indem sie innerhalb einer Region von einem Wahlkreis zum anderen gezogen sind. Es wird geschätzt, dass die Wahl von 25 Labour-Abgeordneten durch sie ermöglicht wurde. [20]

Auf dem Kongress Ende September 2017 gelangten Mitglieder von Momentum in mehrere wichtige Ausschüsse und halfen der Linken, verschiedene entscheidende Abstimmungen zu gewinnen, was bei den britischen Arbeitgebern Besorgnis hervorrief.

Nach Auffassung des Mitteilungsblatts Labour Briefing besteht kein Zweifel daran, dass die Momentum-Teams dem Rat von Ken Loach folgen und in den lokalen Gruppierungen die Voraussetzungen für die Aufstellung neuer Abgeordneter für die kommenden Wahlen schaffen. [21]

### Und morgen?

Die Enttäuschung von Theresa May, die 13 Sitze und damit ihre Mehrheit in Westminster verlor, sowie der spektakuläre Anstieg der Labour-Stimmen im Jahr 2017 waren weitgehend auf die aktive Arbeit von Momentum und auf die **hohe Wahlbeteiligung der jungen Wählerschaft** zurückzuführen. Diese wurde von den Umfragen vor der Wahl nicht erfasst, auch wenn man es angesichts des enthusiastischen Empfangs Corbyns auf großen Konzerten vorhersehen konnte. Bei früheren Parlamentswahlen lag die Beteiligung von Wählern zwischen 18 und 24 Jahren bei rund 40 %. Im Jahr 2017 stieg sie auf 72 % und lag damit deutlich über der allgemeinen Wahlbeteiligung (68 %), ihrerseits die höchste seit den Wahlen, die Blair zwanzig Jahre zuvor an die Macht gebracht hatten. In dieser Altersgruppe übertraf Labour die Konservativen um beachtliche 47 %.

Die französische Presse sah darin eine Antwort der jungen Menschen auf die Auseinandersetzungen um den Brexit, bei denen sie sich nicht engagiert hatten.

In dem Kapitel, das er seinem Buch hinzufügte, führt Nunns recht entschieden die hohe Wahlbeteiligung hauptsächlich auf Corbyns und McDonnells **radikales Antiausteritätsprogramm** zurück. Dazu gehörten die Wiederverstaatlichung der Eisenbahnen, hohe Investitionen in das Gesundheitssystem und den Krankenhausesektor, die Abschaffung der Studiengebühren, die Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte am Arbeitsplatz, der Bau von einer Million zu mäßigen Prei-

sen zu erwerbenden oder günstig zu mietenden Wohneinheiten über einen Zeitraum von fünf Jahren, die Anhebung des Mindestlohns auf das Niveau des Existenzminimums (festgelegt auf 10 £ pro Stunde), die Abschaffung von Nullstundenverträgen, eine Reihe von Maßnahmen, um der Rentenkürzung zu begegnen.

In seinem Artikel für Le Monde diplomatique im Jahr 2015 wies Nunns darauf hin, dass „*die Tatsache, dass sich die Antiausteritätsbewegung im Vereinigten Königreich im Rahmen einer großen Regierungspartei gebildet hat, große Vorteile, aber auch schwerwiegende Nachteile hat. Die Labour Party ist nicht dazu aufgebaut worden, sich dem Staat entgegenzustellen. Sie ist keine Organisation, die die bestehende Ordnung infrage stellt, wie es Syriza machen konnte. Um erfolgreich zu sein, muss Mr. Corbyn Labour in eine militante Kraft verwandeln, die in der Lage ist, die unglaubliche kollektive Welle aufrechtzuerhalten, die ihn an die Parteispitze brachte. Wenn sich der in den letzten Monaten erzeugte Impuls auf andere Bevölkerungsgruppen überträgt und das Abenteuer weitergeht, hat Mr. Corbyn jede Chance. Wenn die Bewegung zusammenfällt und der Mann der Erneuerung sich auf die alten Machtzentren stützt, wird die Gelegenheit verpasst sein*“. [22]

Wir wissen, was mit den Versprechen von Syriza, auf Konfrontationskurs zu gehen, passiert ist, aber bleiben wir im Vereinigten Königreich. Die Wahlen vom Juni 2017 und der anschließende Labour-Kongress im September zeigten, dass die „*kollektive Welle*“ nicht nur weiterrollte, sondern sich sogar stark verbreitet hatte. Bei künftigen Wahlen wird sie, daran besteht kein Zweifel, Corbyn und McDonnell höchstwahrscheinlich genug Kraft geben, eine Mehrheit in Westminster zu erreichen.

Aber Nunns' Erinnerung, dass Labour eine staatstragende Partei und deshalb nicht dafür geschaffen ist, sich dem Staat entgegenzustellen oder die bestehende Ordnung infrage zu stellen, ist absolut gültig. Die Rücksichtnahme im Wahlprogramm 2017 gegenüber den Arbeitgebern aus der Industrie und die sehr behutsame Steuerpolitik spiegeln dies wider. [23] Untersucht man die Geschichte von Labour an der Regierung, so wird deutlich, dass der Ministerrat nur zwischen 1945 und 1948, während der Regierung Atlee, über eine Gruppe von Führungskräften verfügte, die sich voll und ganz den Inter-

essen der Arbeiterklasse verpflichtet fühlen und ausreichend entschlossen waren, die günstigen Machtverhältnisse zu nutzen und der britischen Bourgeoisie Reformen aufzuzwingen, die vorübergehend ihre Positionen etwas beeinträchtigen. Aber unter der gleichen Regierung begann das Vereinigte Königreich die Aufrüstung mit Atomwaffen, trotz der mehrheitlich atomfeindlichen Positionen der Mitglieder der Labour Party.

Die Wilson-Regierung von 1964 bis 1970 erreichte die Abschaffung der Todesstrafe, die Legalisierung der Abtreibung und der Homosexualität, was für die damalige Zeit sehr beachtlich war, aber sie war auch die Regierung, die es der City ermöglichte, den Prozess der Liberalisierung der Finanzdienstleistungen einzuleiten.

Corbyn und McDonnell sind zweifellos aus dem gleichen Holz geschnitzt wie Aneurin Bevan oder Tony Benn, aber selbst wenn die britische Bourgeoisie durch den Brexit und die Krise der Konservativen Partei geschwächt und politisch destabilisiert ist, das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital besteht weiter zugunsten des Letzteren. Auch das imperiale Erbe besteht weiter fort. Corbyn musste die Produktion von Trident, des britischen Äquivalents der Rafale, akzeptieren.

Abschließend möchte ich bemerken, dass sich im Vereinigten Königreich keine „leuchtende Zukunft“ anbahnt, aber im Gegensatz zu Frankreich herrscht bei der Linken kein vergiftetes politisches Klima, es herrscht vielmehr Begeisterung. Die Aussicht besteht, dass Corbyn und McDonnell die Regierung übernehmen und damit eine Zeit beginnt, die von dem echten Wunsch geprägt ist, Reformen zu beschließen und zu verwirklichen, die das Leben der Lohnabhängigen und der Mittelschichten verbessern und die Jugendarbeitslosigkeit verringern. Welcher Teil des künftigen Programms, das eine leicht verbesserte Version des Programms von

2017 sein wird, umgesetzt wird, ist nicht geklärt. Alles wird vom Ausmaß des Sieges und, innerhalb der Parlamentsmehrheit, von der Zahl der Labour-Abgeordneten abhängen, die bereit sind, ein wenig radikal zu sein, aus eigener Überzeugung, aber auch in Abhängigkeit vom Grad des Drucks, den die Jugend auf sie ausüben wird.

Wenn Corbyn und McDonnell in Whitehall sind, wird sie die „kollektive Welle“, die sie seit 2015 getragen hat, weitertragen? Die Geschichte wird es zeigen.

#### Anmerkungen

1 Richard Seymour: Corbyn, The Strange Rebirth of Radical Politics. London: Verso, 2017.

2 Siehe auf Französisch Thierry Labica: Détruire l'ennemi : les conservateurs et les forces médiatiques. Contretemps, Dezember 2016.

3 Alex Nunns: The Candidate, Jeremy Corbyn's Improbable Path to Power. London: OR Books, 2017.

4 Alex Nunns: Jeremy Corbyn, l'homme à abattre. In: Le Monde diplomatique. Oktober 2015.

5 Ein Jahr vor dem Durchbruch der von Corbyn geführten Partei lautete die Überschrift des ersten Leitartikels von The Economist vom 17. September 2016 „Britain's one party state“. Er fasste so die Schlussfolgerungen eines Artikels zusammen, der Corbyns Eroberung des Parteivorsitzes als Beweis für eine weitere Marginalisierung der Labour Party präsentierte.

6 Siehe zum Beispiel Le Monde, 19. April 2017: „Die Labour Party könnte bei den für den 8. Juni angekündigten vorgezogenen Parlamentswahlen ihre Einheit, ja sogar ihr Überleben aufs Spiel setzen. Zwei Zahlen genügen, um den Zustand der Auflösung von Labour zusammenzufassen: Nur 15 % der Briten glauben, dass ihr Parteichef, Jeremy Corbyn, ‚den besten Premierminister abgeben würde‘. Selbst unter den Labour-Wählern beträgt der Anteil nur 30%.“

7 Mike Phipps (Hrsg.): For the Many: Preparing Labour for Power. London: OR Books, 2017. Mit einem Vorwort von Ken Loach.

8 Siehe den zweiten Teil des Artikels von Paul Mason: Élections, club-sandwich et nids de poule au Royaume Uni. In: Le Monde diplo-

matique. Juni 2017.

9 Unter der Führung von Ted Grant gelangte diese Strömung des britischen Trotzismus in die Labour Party und hat dort in den Jahren 1980 bis 1985 einen gewissen Einfluss ausgeübt. Ein sorgfältige Analyse findet sich in Wikipedia.

10 Jim Mortimer: The formation of the Labour Party – Lessons for today. 2000. Mortimer war Generalsekretär der Labour Party in den 1980er Jahren.

11 Vollzogen auf dem Kongress des TUC in Blackpool 1999.

12 Henry Pelling: A Short History of the Labour Party. Macmillan, 1986. Seite 183 und 187.

13 Thierry Labica: Jeremy Corbyn, le contretemps. Sur la crise du Parti travailliste en 2016.

14 Ein Prozess, den Paul Masons Artikel Élections, club-sandwich et nids-de-poule au Royaume-Uni, Le Monde diplomatique, Juni 2017, sehr gut wiedergibt.

15 Nunns greift hier die Charakterisierung auf, die der Schauspieler Mark Steel von der People's Assembly gemacht hat, deren Mitbegründer er war: „eine Bewegung von Menschen auf der Suche nach einem gemeinsamen Zuhause“. Siehe den oben zitierten Artikel von Nunns in Le Monde diplomatique.

16 Nunns (Seite 158) spricht von 400.000.

17 Jeremy Corbyn, l'homme à abattre. In: Le Monde diplomatique, op. cit.

18 The Guardian, 25. Februar 2018.

19 Bei Google findet man über die Rolle von Momentum beim Sieg Corbyns auf dem Kongress vom September 2016 einen einzigen französischen Artikel. Er steht in L'Express.

20 For the Many, op. cit. Seite 224.

21 Thierry Labica: Grande Bretagne, June is the end of May. Contretemps, Juni 2017.

22 Jeremy Corbyn, l'homme à abattre, op. cit.

23 Man kann das Programm einsehen.

*François Chesnais ist Professor an der Université Paris 13 und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich.*

<https://france.attac.org/auteur/francois-chesnais>

*Erschienen in „Les Possibles“, Newsletter des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich*

*Übersetzung: Jürgen Janz /SiG-Red.*



[http://www.thepeoplesassembly.org.uk/our\\_favourite\\_photos\\_from\\_20\\_june](http://www.thepeoplesassembly.org.uk/our_favourite_photos_from_20_june)

# German Foreign Policy

## BREXIT: An die EU gefesselt

16.11.2018

### Übergang ohne Ende

Der Entwurf für das Brexit-Abkommen enthält auf Druck der EU an gleich mehreren Stellen Festlegungen, die für einen souveränen Staat kaum akzeptabel sind. Eine davon bezieht sich auf die Übergangsperiode nach dem britischen Austritt aus der EU am 29. März 2019, während der unter anderem ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen beiden Seiten erarbeitet werden soll.

Wie es in dem Entwurf heißt, sollen die "Entscheidungen", die die EU-Institutionen "vor dem Ende der Übergangsperiode" treffen, für das Vereinigte Königreich verbindlich sein. Gleichzeitig hat London keine Möglichkeit mehr, an der Entscheidungsfindung mitzuwirken, muss also zu hundert Prozent fremdbestimmte Vorschriften in nationale Regelwerke übernehmen.

Hinzu kommt, dass die Übergangsperiode beliebig verlängert werden kann - im Vertragsentwurf ist von einem Endpunkt am "31. Dezember 20XX" die Rede -, wenn das Freihandelsabkommen zum ursprünglich vorgesehenen Ende der Übergangsperiode am 31. Dezember 2020 nicht fertig ausgehandelt worden ist. Verschleppt Brüssel die Verhandlungen oder beharrt es auf Positionen, die für London nicht akzeptabel sind, dann können endlose Verlängerungen notwendig werden; der britische Austritt wäre Makulatur.

### Zollunion ohne Ausweg

Bricht London, um dieser Falle zu entkommen, die Verhandlungen ab, dann tritt der sogenannte backstop in Kraft. Offiziell geschieht dies nur, um zu verhindern, dass an der Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland, die zur EU-Außengrenze wird, Personen- und Warenkontrollen in großem Stil durchgeführt werden. Der backstop sieht vor, dass eine Zollunion ("single customs territory") zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geschaffen wird, wobei Nordirland über den Binnenmarkt noch enger an die EU gebunden werden soll als England, Wales und Schottland. Das führt zu einer Ungleichbehandlung zwischen Nordirland sowie den anderen Teilen des Vereinigten Königreichs und verletzt damit die britische Integrität ebenso, wie eine Zollgrenze zwischen deutschen Bundesländern gegen die Integrität der Bundesrepublik verstieße.

Zum anderen ist ein Ausstieg aus dem backstop nur möglich, "sofern die Union und das Vereinigte Königreich gemeinsam beschließen ..., dass die Regelung nicht mehr angewandt werden soll".

Die EU hat also die Möglichkeit, durch einfaches Nicht-Zustimmen den backstop zu verlängern - auf Dauer. Auch in diesem Fall steckte das Vereinigte Königreich also in der Falle.

### "Die gesamte Kontrolle"

Umso schwerer wiegt dies, als die Zollunion, in der die EU Großbritannien gefangen hielt, es London nach allgemeiner Interpretation der Terminologie des Vertragsentwurfs unmöglich macht, eigene Freihandelsabkommen zu schließen. Letztere aber sind ein zentrales Element der Brexit-Strategie maßgeblicher Befürworter des britischen EU-Austritts, die darauf abzielen, die britische Nationalökonomie nicht so sehr auf die nur noch wenig wachsende Wirtschaft Europas zu orientieren als vielmehr auf das stärker wachsende Nordamerika und vor allem auf die attraktiven Boomregionen Ost- und Südasiens.

Das Vereinigte Königreich wäre ökonomisch an die EU gefesselt und der erhofften eigenständigen Entwicklung beraubt. Im Wesentlichen hat dies bereits am Dienstagabend die Stellvertreterin des EU-Verhandlungsführers Michel Barnier, Sabine Weyand, gegenüber den EU-Botschaftern der EU-27 bestätigt: "Das Königreich muss seine Regeln anpassen", wird Weyand zitiert, "aber die EU behält die gesamte Kontrolle".[1] Laut EU-Ratspräsident Donald Tusk hat die Deutsche im Rahmen der Verhandlungen eine herausgehobene Rolle gespielt.

### "Erpressung"

Die Aussichten, die der Entwurf des Brexit-Abkommens eröffnet, haben am 14. November in London zu massiven Verwerfungen geführt, von denen noch nicht klar ist, ob Premierministerin Theresa May sie übersteht. Mehrere Minister sowie mehrere Staatssekretäre sind zurückgetreten, darunter Brexit-Minister Dominic Raab. May-Gegner planen ein Misstrauensvotum gegen die Regierungschefin im Parlament.

Als äußerst ungewiss, zunehmend sogar als unwahrscheinlich gilt, dass der Entwurf für das Brexit-Abkommen die nötige Zustimmung im House of Commons erhält. Während Brexit-Gegner erneut

eine Wiederholung des Referendums verlangen, für die im Parlament bislang keine Mehrheit in Sicht ist, mehrten sich die Stimmen, dem jetzt vorgelegten Vertragsentwurf einen "harten" Brexit vorzuziehen. Wie Raab urteilt, werde er für das Vereinigte Königreich zwar kurzfristig zu schwerwiegenden ökonomischen Einbußen führen; doch sei das weniger schädlich, als jahrelang wirtschaftlich von der EU gefesselt zu sein. Der bisherige Brexit-Minister nennt die Verhandlungstaktik der EU "Erpressung".[2]

### Keine Nachverhandlungen

Verschärft wird die Lage dadurch, dass Berlin und Brüssel Nachverhandlungen bislang verweigern und die Spaltung der britischen Gesellschaft zwischen Gegnern und Befürwortern des Brexit mit demonstrativen Angeboten vertiefen, doch lieber EU-Mitglied zu bleiben. Sie sei "sehr froh" über den Vertragsentwurf, teilte Bundeskanzlerin Angela Merkel mit: "Die Frage" stelle sich "überhaupt nicht, ob wir etwas weiterverhandeln".[3] EU-Verhandlungsführer Barnier nennt den Entwurf eine "gerechte und ausbalancierte Lösung" - eine Äußerung, die nicht nur von entschlossenen Brexit-Befürwortern in Großbritannien als blanker Zynismus empfunden wird.[4] Ähnliches gilt für die gestrige Behauptung von EU-Ratspräsident Donald Tusk, er werde "alles tun", um "unseren britischen Freunden ... den Abschied so wenig schmerzhaft wie möglich zu machen". [5] Tusk, der vor kurzem mit einem Spott-Tweet auf Premierministerin May heftigen Unmut im Vereinigten Königreich ausgelöst hat, legt London jetzt zum wiederholten Mal den Verbleib in der Union nahe. Auf diesen Fall sei Brüssel "am besten vorbereitet", erklärte Tusk gestern.

### Milliarden auf dem Spiel

Während sich die Auseinandersetzungen in London zuspitzen, warnt Bundesfinanzminister Olaf Scholz vor einer "ungeordneten Entwicklung" in Sachen Brexit: Sie wäre "das Schlimmste, was passieren kann".[6] Tatsächlich hat die deutsche Wirtschaft im Fall eines "harten" Brexit Einbußen in Höhe von möglicherweise mittleren zweistelligen Milliardensummen zu befürchten (german-foreign-policy.com berichtete [7]). Wirtschaftsverbände schließen sich entsprechend den Warnungen des Bundesfi-

nanzministers an. "Für ein Aufatmen" sei es "leider noch zu früh", wird Eric Schweitzer, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), zitiert: "Entscheidend" sei, "ob die britische Regierung das Parlament überzeugen kann". [8] Die Chancen dafür sind mit der Tatsache, dass die Union kaum akzeptable Festlegungen im Entwurf für das Brexit-Abkommen durchgesetzt hat, erkennbar gesunken.

#### Anmerkungen

- [1] Jochen Buchsteiner: Das Jüngste Gericht ist gnädig. Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.11.2018.
- [2] Laura Kuenssberg: Raab resignation: A damning verdict on the PM's deal. bbc.co.uk 15.11.2018.
- [3] Liveticker zum Brexit-Beben. n-tv.de 15.11.2018.
- [4] Jon Stone: EU council president mocks Theresa May on Instagram with 'cake' gag after Salzburg humiliation. independent.co.uk 21.09.2018.
- [5] Markus Grabitz: "So wenig schmerzhaft

wie möglich". tagesspiegel.de 15.11.2018.  
[6] Maas: Einigung mit London nur ein Schritt auf dem Weg. Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.11.2018.  
[7] S. dazu Das Feiglingsspiel der EU.  
[8] Beate Tenfelde: DIHK-Präsident: Für Aufatmen beim Brexit noch zu früh. noz.de 15.11.2018.  
<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7785/>  
13.12.2018: „[Alles oder nichts](#)“ - Unter dem Druck faktisch unerfüllbarer Forderungen Berlins und der EU für den Brexit ist am gestrigen Dienstag die Regierungskrise in London eskaliert.

## Sabine Gondro, SiG-Redaktion To Brexit or Not To Brexit? - Die britische Labour-Partei ist tief gespalten über diese Frage

Soll es ein zweites Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs (UK) in der EU geben? Die britische Labour-Partei ist offensichtlich tief gespalten in dieser Frage. Jetzt meldete sich Mitte November der ehemalige Labour-Premierminister **Gordon Brown** im Kreise von Regierungsberatern in London zu Wort. Brown befürwortet eine zweite Volksabstimmung. Sollte es jedoch wie geplant im März zum Austritt des United Kingdom aus der EU kommen, müsse sich das Land eine Hintertür zum Wiedereintritt in die EU offenhalten.

Gordon Browns Meinung wird mittlerweile von zahlreichen Labour-Abgeordneten geteilt. Einer im Machtgefüge der Partei wichtigsten ist wohl Keir Starmer, der Brexitminister des Labour-Schattenkabinetts. Starmer ist der Auffassung, dass der Brexit noch gestoppt werden könne (vgl. [Guardian](#) 12.11.2018).

Damit stehen Starmer, Brown und alle Labour-Abgeordneten, die diese Position teilen, in direkter Opposition zum Labour-Parteivorsitzenden, Jeremy Corbyn.

Nur wenige Tage zuvor erst hatte Corbyn in einem Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ erklärt, dass der Brexit nicht mehr gestoppt werden könne. Er machte in dem Interview deutlich, dass es für Labour um nicht mehr, aber auch nicht weniger gehe, als den Brexit-Deal der Regierung May daraufhin zu überprüfen, ob Labours wichtigste sechs Bedingungen (six tests) erfüllt seien. Damit sind die folgenden Fragen gemeint, die von Alastair Campbell, einst Kommunikationschef von Labour-Premierminister, Tony Blair, kommentiert wurden ([Guardian](#) 27.05.2018):

1. *Stellt die getroffene Vereinbarung eine starke und kooperative Zusammenarbeit mit der EU in Zukunft sicher?* Für Campbell ist klar: Sie wird in jedem Fall schwächer sein und nicht die Zusammenarbeit wie heute garantieren.
2. *Sichert sie uns dieselben Vorteile, die wir gegenwärtig als Mitglied des gemeinsamen*

*Marktes und der Zollunion haben?* Nein, und das gilt für alle Deals dieser Art.

3. *Gewährt sie uns eine faire Migrationspolitik im Interesse der Wirtschaft und des Gemeinwesens?* Campbell hält das für sehr unwahrscheinlich und bringt der Regierung May wenig Vertrauen entgegen, wenn es um die Sicherung der Rechte von EU-Migranten im Vereinigten Königreich oder die von britischen oder nordirischen Migranten in Europa geht.

4. *Verteidigt sie Rechte und Schutzmaßnahmen und verhindert somit den so genannten Wettlauf nach unten?* Campbell ist überzeugt: Ein Wettlauf nach unten ist von den Befürwortern eines Brexit gewollt.

5. *Schützt sie unsere nationale Sicherheit und unsere Fähigkeit, grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen?* Alle auf diesem Gebiet Arbeitenden verneinen dies, sagt Campbell.

6. *Ist sie für alle Regionen sowie Menschen aller im United Kingdom lebenden Nationen gemacht?* Auch hier ein klares Nein, was auch entsprechenden Bewertungen aus der Regierung entspricht.

Über die von Keir Starmer entwickelten sechs Leitfragen, an denen jeder Deal mit Brüssel gemessen werden muss, besteht in der gesamten Partei Konsens. Campbells Kommentierung macht deutlich, dass im Grunde kein Deal der Regierung May diese Tests aus Sicht der Labour-Partei bestehen kann.

Warum verweist also Corbyn darauf? Für ihn geht es offenbar um etwas Grundsätzlicheres. Er übt Fundamentalkritik an der Wirtschaftsweise der Europäischen Union. Die Arbeitsbedingungen in benachteiligten Regionen Großbritanniens hätten sich, so Corbyn in dem Interview, massiv verschlechtert, obwohl eine entsprechende EU-Gesetzgebung die Arbeitnehmerrechte schützen solle. Das Parlament müsse hier die Möglichkeit haben, selbst diese Rechte schützen zu können ([Guardian](#), 10.11.2018). Aus dieser euroskeptischen Position heraus

redet Corbyn einem nicht aufzuhaltenden Brexit das Wort. Damit macht er sich für Starmer und andere angreifbar, weil er so aus ihrer Sicht einen Parteitagbeschluss vom September missachtet.

Im September hatten die mehr als 100 Delegierten auf dem Labour-Parteitag in Liverpool der Parteiführung die Sätze abgerungen, dass für den Fall, dass es nicht zu vorgezogenen Wahlen käme, Labour alle Möglichkeiten ausschöpfen müsse, auch die eines zweiten Referendums. Dieser Beschluss wurde als Sieg der „Grassroots“-Gruppen innerhalb der Labour Partei gefeiert (die Jugend-Organisation FFS, linksgerichtete Gruppen wie „Another Europe is Possible“ und „Labour for a People’s Vote“).

Corbyn, aber auch Schattenkabinettkanzler John McDonnell sowie der einflussreiche Gewerkschaftsführer Len McClusky (Unite) hatten in der Diskussion zuvor deutlich gemacht, dass sie Risiken in einer erneuten Volksbefragung sähen und Neuwahlen für die bessere Option hielten, sollte die Regierung May über den Deal mit Brüssel zerbrechen. Hinter dieser Auffassung steht zum einen die Angst, dass ein Referendum der rechten UKIP in die Hände spielen kann. Es ist zum zweiten die Angst, die große Anzahl der Labour-Wähler zu verprellen, die sich schon klar gegen einen Verbleib in der EU ausgesprochen haben, denen Corbyns Euroskeptizismus somit aus der Seele spricht. Aber in dem zweiseitigen Papier, das am Ende des Parteitages den Delegierten vorgelegt wurde, steht, dass alle Optionen auf dem Tisch liegen – auch die eines People’s Vote, eines zweiten Referendums.

Durch die jüngsten Entwicklungen geht die Diskussion innerparteilich bei Labour in eine neue Runde.

(15.12.: Für ein Referendum gibt es jetzt eine [Kampagne](#), angeführt von Michael Chessum, der vorher bei Momentum war und nun zur Grassroot-Gruppe „Another Europe is Possible“ gestoßen ist. Damit entsteht neuer Druck für Jeremy Corbyn.)

# Das Brexit-Abkommen Theresa Mays mit der EU

15. November 2018

Im EU-Referendum sprach sich **Global Justice Now** für einen Verbleib in der EU bei gleichzeitiger Reformierung der Strukturen aus. *Wir wollten in der EU bleiben, um sie zu verändern* (1).

Wir befürchteten, dass das Verlassen [der EU] dazu führt, dass sich Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Bahn brechen.

Dass es insbesondere durch Handelsverträge zu einer Welle von Deregulierung, Liberalisierung kommt. Wir hatten allen Grund besorgt zu sein.

Heute hat Theresa May ihren lang angekündigten Vertrag zum Ausstieg dem Parlament vorgelegt verbunden mit einer Kombination politischer Ziele, die die Zukunft der Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU regeln (die „politische Erklärung“).

Hier unsere Auseinandersetzung mit den wichtigsten Elementen dieser Vereinbarung für unsere Arbeit.

## 1. Es wird schwieriger für Migranten aus der EU und nicht besser für die anderer Länder

Die Freizügigkeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wird enden. Für Großbritannien geht damit eine wichtige Politik zu Ende, die Menschenrechte über den ökonomischen Wert des Einzelnen stellte und somit die Macht in die Hände des Einzelnen und nicht in des Arbeitgebers legte.

Es werden nach wie vor Rechte von hier lebenden EU-Bürgern sowie Britischen Staatsangehörigen in der EU gewahrt. Jedoch haben wir im Windrush-Skandal (2) gesehen, dass diese Rechte in der Praxis nicht viel zählen, zudem sie mit viel Bürokratie verbunden und deutlich eingeschränkter als die jetzigen Rechte im Rahmen der Freizügigkeit sind.

In Zukunft soll Migration dazu dienen, Personen, Vereinbarungen auf Zeit zu sichern, die *wirtschaftlichen Zwecken* dienen, während die Freizügigkeit der Kapitalströme erhalten bleibt. Nach dem Motto: Befreit das Kapital, nicht die Menschen.

Natürlich ist auch die EU-Migrationspolitik für Angehörige von Drittstaaten eine Schande. Während des Referendums wurde das von einigen thematisiert und uns wurde gesagt, dass der Brexit uns die Chance gäbe, ein gerechteres Einwanderungssystem zu gestalten. Leider war es nie sehr wahrscheinlich, dass dies geschehen würde und unsere zukünftigen

Beziehungen mit der EU beinhalten „die Bekämpfung der illegalen Migration durch operative Zusammenarbeit, Dialog und Zusammenarbeit in Drittländern“.

Das ist zutiefst besorgniserregend und lässt vermuten, dass Großbritannien versuchen wird, Verträge beizubehalten oder abzuschließen, die unsere Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte auf arme Länder in Nord Afrika abwälzt.

## 2. Großbritannien wird weniger Macht über das Abschließen wichtiger Gesetze haben als jetzt

Das Rücktrittsabkommen gibt wichtige Zusagen, für die Dauer der Übergangszeit keine Rückschritte in der Klimapolitik und den Arbeitnehmerrechten zu unternehmen. Und die politische Erklärung verspricht langfristige Konvergenz mit der EU in der Menschenrechts- und Klimapolitik - sowie Konvergenz bei einigen weniger positiven Aspekten der EU-Politik wie Beschaffung und staatliche Beihilfen (diese Klausel, die die Regeln für staatliche Beihilfen für vier Jahre nach dem Übergang fortsetzt, scheint sich insbesondere an eine potenzielle Labour-Regierung zu richten).

Aber es entsteht auch ein enormes Demokratiedefizit. Für die Übergangszeit (die zwei Jahre dauern wird, aber mit ziemlicher Sicherheit verlängert werden muss) wird Großbritannien weiterhin Mitgliedsbeiträge leisten, ohne überhaupt ein Mitspracherecht bei den Gesetzen zu haben, die Großbritannien regieren. Auch wenn das Land akzeptiert, dass eine solche Übergangsphase notwendig sein könnte, schlägt die politische Erklärung eine kontinuierliche Zusammenarbeit und sogar eine Angleichung der Vorschriften in einer Vielzahl von Bereichen der öffentlichen Politik vor, die vermutlich erhebliche Beiträge zu den EU-Haushalten umfassen. Die europäische Rechtsauslegung wird weiterhin von Bedeutung sein.

Doch an Regeln gebunden zu sein, die wir nicht ändern können, vermutlich durch eine Art Handelsabkommen gebunden, kann keine ernsthafte langfristige Strategie sein. Tatsächlich wirft sie große Fragen auf, ob es den Nationalstaaten überhaupt möglich ist, 2018 eine vollständige Souveränität zu erlangen [...]. Trotz all ihrer Probleme und ihres Demokratiedefizits und unter voller Anerkennung der Tatsache, dass viel mehr Entscheidungen auf lokaler Ebene getroffen

werden sollten, gibt uns die EU die Möglichkeit, Regeln und Gesetze auf einer höheren Ebene zu gestalten. Wir verlieren das nach dem Brexit, da wir gezwungen sind, die Regeln anderer zu akzeptieren.

## 3. Brexit birgt das Risiko, die Reform der EU zu erschweren

Wir haben die EU immer sehr kritisiert, insbesondere die Richtung, in der wir uns auf eine von Unternehmen kontrollierte Weltwirtschaft zubewegen, die schändliche Behandlung von Migranten und sogar von Mitgliedsstaaten wie Griechenland. Die Transformation der EU wird schwierig sein, aber wir halten es nicht für unmöglich.

Kurzfristig scheint es jedoch, dass vom Brexit keine positive Kraft ausgeht, diese Reform einzuleiten. In europäischen Kernländern wie Frankreich und Deutschland hat es die Politiker dazu angeregt, die zutiefst umstrittene Integration wie die Schaffung einer EU-Armee voranzutreiben.

Darüber hinaus hat das völlige Durcheinander der britischen Ausstiegspläne eine abschreckende Botschaft an jedes schwächere Land ausgesandt, das aus wirklich guten Gründen gehen will: *“Es brachte Chaos für Großbritannien, man sollte nicht einmal daran denken“*; das macht es für andere Länder deutlich schwieriger, diese Option zu verfolgen.

## 4. Dies ist keine unabhängige Handelspolitik

Das Positive an der *“politischen Erklärung“* (das zweite, weniger detaillierte Dokument, auf das sich die Premierministerin über die zukünftigen Beziehungen zur EU geeinigt hat) ist, dass es ein ziemlich gutes Modell für ein Mandat für Handelsverhandlungen ist. Jedes Handelsabkommen, das das Vereinigte Königreich eingeht, sollte von einem solchen Mandat begleitet werden, das vom Parlament geändert und abgestimmt werden kann. Leider gibt es derzeit keine solche Notwendigkeit, dass der Minister für internationalen Handel ein solches Dokument vor seiner Abreise vorlegen muss, um mit der US-Regierung zusammenzutreffen und ein Handelsabkommen mit ihr auszuhandeln.

Neben der Form gibt es auch einige herzliche Worte in der politischen Erklärung über Klimawandel und Menschenrechte.

Aber die Fahrtrichtung ist noch ungewiss. Einerseits wird ein sehr tief greifendes Handelsabkommen vorgeschlagen, das das Vereinigte Königreich in der Zollunion im wahrsten Sinne des Wortes zurück lässt (mit sehr wenig Einfluss auf die Handelspolitik).

Auf der anderen Seite wissen wir, dass dies für viele "Brexiters" eine rote Linie ist, die nicht überschritten werden kann, und dass sie uns einer Wirtschaft im US-Stil näher bringen wollen. Im Wesentlichen ist diese Entscheidung vertagt worden.

Und so kehren wir zu dem **Dilemma im Herzen von Brexit** zurück.

Brexit ist im Wesentlichen das Ergebnis einer Meinungsverschiedenheit im politischen Establishment (und insbesondere in der Konservativen Partei) über die Richtung der britischen Wirtschaft - als ultrafreier Markt, einem "Singapur auf der Themse" auf der einen Seite oder als Teil der EU auf der anderen Seite - und drängt diesen Block zu immer mehr Politiken des freien Marktes.

Aber diese Wahl – zwischen der Europäischen Zollunion, mit all der neoliberalen

Ökonomie, die damit verbunden ist, und keiner Möglichkeit, sie zu ändern, oder einer unabhängigen Handelspolitik, die uns zu einem Singapur auf der Themse macht - ist keine Wahl, die es wert ist getroffen zu werden. [...].

Deshalb glauben wir weiterhin, dass der beste Weg darin besteht, in der EU zu bleiben und sie von unten zu transformieren - indem wir uns den vielen "radikalen furchtlosen Städten" anschließen, die auf Rekommunalisierung, Energiedemokratie, Ernährungssouveränität und so viele andere Wege drängen, um die Macht der Unternehmen auf unsere Gesellschaft zu begrenzen.

Ob wir die Möglichkeit haben werden, noch einmal darüber nachzudenken oder nicht, bleibt abzuwarten. Aber das heute von Theresa May angekündigte Abkommen enthält die schlimmsten möglichen Konsequenzen, die nach dem Referendum für uns denkbar waren. Daher sollten die Abgeordneten es ablehnen.

<https://www.globaljustice.org.uk/blog/2018/nov/15/what-theresa-mays-brexit-deal-means-global-justice-if-it-happens>

Übersetzung: SiG-Redaktion

[1] S. [SiG 119](#) Seite 32

[2] Im Jahr 1948 kamen fast 500 Einwanderer aus den Britischen Antillenstaaten mit dem Schiff „Windrush“ nach Großbritannien, auf Einladung der Regierung, um beim Wiederaufbau der Wirtschaft zu helfen. Als Bürger des British Commonwealth konnten sie sich automatisch als Briten fühlen, Ausweispapiere waren nicht nötig. Bis 1973 folgten ihnen Tausende nach.

2012 wurde unter der damaligen Innenministerin, Theresa May, die Politik gegen illegale Einwanderung verschärft. Nun musste man die britische Staatsbürgerschaft nachweisen. Die Nachkommen der Windrush-Generation, die niemals das Land verlassen haben, besitzen aber weder Personalausweis noch Reisepass. Die Behörden im Innenministerium unter Mays Amtsnachfolgerin, Amber Rudd, deklarierten diese Personen zu illegalen Einwanderern, die mit Deportation bedroht waren. Etliche verloren ihren Arbeitsplatz, ihre Wohnung, ihr Anrecht auf Sozialhilfe.

Im April 2018 wurde der Skandal bekannt, zu dem sich auch noch behördliche Unregelmäßigkeiten im Umgang mit vorhandenen Registerkarten gesellten, die als Nachweis hätten gelten können, und Rudd trat zurück. Über 5000 Menschen waren laut der britischen Tageszeitung *Guardian* betroffen. Die tatsächliche Zahl mag aber höher liegen. Ebenso ist die Höhe der Entschädigungszahlungen unbekannt, die die Regierung nun zahlen muss. S. auch [arte](#)

## **Die SiG-Redaktion gratuliert Noam Chomsky zu seinem 90. Geburtstag!**

<https://chomsky.info/>

### **Artikel von Noam Chomsky in „Sand im Getriebe“:**

Der Irak ist ein Probelauf, 2003, in [SiG 20](#)

*Susan George, Samir Amin, Noam Chomsky, Naomi Klein u.a.:*

Internationaler Aufruf zu einer unabhängigen Versammlung des irakischen Volkes, 2004, in [SiG 33](#)

Die Integration Lateinamerikas, 2006, in [SiG 50](#)

Vasallenstaaten an den Erdölquellen, 2006, in [SiG 53](#)

Die Armen werden ausgehungert, 2007, in [SiG 59](#)

2009: Hoffnung, aber auch Ängste. Die NATO und ihre Kriege, Afghanistan und Israel, die G20 und die Rolle von Präsident Obama, 2009, in [SiG 73](#)

Obama und der Nahe Osten – ein Wendepunkt?, 2009, [SiG 74](#)

„Responsability to protect“ - Ein rappelndes Gespenst im Kleiderschrank, 2009, in [SiG 76](#)

Atomwaffenfreie Zonen schaffen!, 2010 in [SiG 83](#)

Die „iranische Gefahr“, 2010, in [SiG 84](#)

*T. Ali, S. Amin, Bisky, Chomsky, S.- George, Halliday, Harri-bey, G. Irvin, Khalifa, K.Loach, Massiah, Toussaint, Weisbrot, Ziegler u.v.m.:* Aufruf für eine Prüfungskommission zu den öffentlichen Schulden Griechenlands, 2011, in [SiG 89](#)

*N. Chomsky /Fidel Castro* zum Tod von O. Bin Laden, 2011, in [SiG 90](#)

Die USA im freien Fall, 2011, in [SiG 92](#)

Jeden Zipfel Hoffnung ergreifen!, 2015, in [SiG 115](#)

Trump und dann? , 2017, in [SiG 122](#)

### **Die Schurkenpolitik des Westens -**

Interview mit Noam Chomsky (2013)

<http://www.kontext-tv.de/de/sendungen/noam-chomsky-die-schurkenpolitik-des-westens>

**Noam Chomsky:** MIT Linguist, US-Kritiker und Aktivist, Autor dutzender Bücher über die US-Außenpolitik, den Staatskapitalismus und die Massenmedien, u.a. "Manufacturing Consent", "Profit over People", "Hegemony or Survival" und "Who Rules the World".

*Aus Anlass des Geburtstags des US-Kritikers und Linguisten Noam Chomsky, der vor 90 Jahren am 7. Dezember 1928 in Philadelphia/USA geboren wurde, veröffentlicht Kontext TV erneut ein Interview mit Chomsky, das wir 2013 mit ihm führten. Er spricht im Interview über Angriffe auf Wohlstand, Demokratie und Frieden in Europa und den USA.*

Der Beitrag gliedert sich in drei Teile:

1. Deutsches Spardiktat bedroht Zukunft der Eurozone / Austerität vernichtet eine ganze Generation in Europa, USA / Proteste: „Deutschland im Zentrum dieser Entwicklungen“
2. USA haben weiter Kontrolle über Zentren der Ölproduktion / Islamisten folgen neoliberalen Programmen des Westens / Arabische Revolution: "Machtwechsel wird kommen"
3. Iranische Bedrohung "Obsession des Westens" / USA rüsten Israel gegen Iran auf: Situation „bedrohlich“ / Obama verschärft Nahost-Konflikt: Reaktionärer als Reagan